

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumeration 1
 Vierteljahr 3,50 RM, monatlich 1,10 RM,
 wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 abonnements-Preis 1,10 Mark pro Monat.
 Eingetragen in die Post-Zeitungs-
 Verzeichnisse. Unter Kreuzband für
 Deutschland und Österreich-Ungarn
 2 Mark, für das übrige Ausland
 3 Mark pro Monat. Postabonnements
 nehmen an: Belgien, Dänemark,
 Island, Italien, Luxemburg, Portugal,
 Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Die Inserions-Gebühr
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonnen-
 zeile oder deren Raum 50 Pf., für
 politische und gewerkschaftliche Berichts-
 und Besammlungs-Anzeigen 20 Pf.,
 „Kleine Anzeigen“, das erste (frei-
 gedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere
 Wort 10 Pf., Stellenangebote und Schlaf-
 stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf.,
 jedes weitere Wort 5 Pf., Worte über
 15 Buchstaben zählen für zwei Worte.
 Inserate für die nächste Nummer müssen
 bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition ist
 bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“

Erchelet täglich außer Montags.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Donnerstag, den 2. Dezember 1909.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1981.

Der Kampf um die Finanzhoheit.

Mit der großen Majorität von 350 gegen 75 Stimmen hat das Oberhaus dem Budget der liberalen Regierung die Zustimmung verweigert. Den „Selbstmord des Oberhauses“ nennt die liberale Presse diese Entscheidung. Aber man wird gut tun, abzuwarten, ob die Laten diesen starken Worten entsprechen werden. Denn der nüchternen Betrachtung kann es nicht verborgen bleiben, daß Lords und Regierung in gleicher Weise bemüht waren, das Kampffeld von vornherein so abzugrenzen, daß der Konflikt keine allzu große Ausdehnung gewinnen kann, wenn nicht das Volk die Pläne der Hadernden, denen aber doch das Klasseninteresse an der Aufrechterhaltung der Kapitalherrschaft gemeinsam bleibt, durch eigenes Vorwärtsdrängen bereitet. Die liberale Regierung kämpft nicht für die Abschaffung des Oberhauses, sie fordert nur, daß das Oberhaus nicht überhaupt jede liberale Regierung durch Vereitelung ihrer Reformen unmöglich machen kann. Sie vermeidet es auch, den Konflikt zur vollen Schärfe zu steigern; kein Bairschub zeigt den Lords, daß ihr „Recht“ eine lächerliche Einbildung ist, wenn die Regierung einmal ihre Machtbefugnisse rücksichtslos gegen die Erste Kammer auszuüben will. Aber die liberale Regierung geht noch weiter. Sie erfüllt das Verlangen der Lords und löst das Unterhaus auf, begibt sich also gerade auf den Kampfboven, auf dem die Führer der Lords den Konflikt ausfechten wollen. Der Verfassungskonflikt wird so in einen Wahlkampf aufgelöst und die Entscheidung der Wahl wird ihn wohl beendigen. Der Sieg der Liberalen in dem Wahlkampf wird die Wirkung haben, die Lords in Zukunft noch vorsichtiger sein zu lassen, bevor sie sich in Budgetfragen eine Entscheidung anmaßen. Das Volkwert des Gesetzes aber, das das Oberhaus auch dann darstellt wird, läßt selbst ein liberaler Sieg unangefast, während eine liberale Niederlage das Ansehen des Oberhauses nur aufs neue stärken würde. Man darf sich also durch die liberale Presse, die von Revolution reden und brüllen spricht, nicht täuschen lassen. Geht es nach den klug gewählten Dispositionen der beiden großen Parteien, so wird der Konflikt mit den Wahlen sein Ende finden.

Die Abstimmung der Lords bedeutet gleichzeitig den Schluß der liberalen Legislaturperiode, die nach dem Rücktritt der konservativen Regierung am 4. Dezember 1905 mit den Januarwahlen 1906 ihren Anfang genommen hatte. Die letzten vier Jahre der liberalen Regierung wurden durch einen ununterbrochenen Konflikt zwischen den beiden Kammern und durch ein stilles Ringen zwischen der liberalen und der Arbeiterpartei ausgezeichnet.

In dem Konflikte zwischen den beiden Kammern spiegelt sich der Kampf um die Reorganisation des Britischen Reiches. Die Konservativen wollen eine starke Zentralregierung, Befestigung der Autorität des Staates, Hebung des wirtschaftlichen Lebens durch eine Schutzpolitik, Stärkung der landwirtschaftlichen Bevölkerung, Organisation der Kriegskräfte des Reiches; — Altengland mit seiner robusten Kraft, rücksichtslosem Zugreifen und unerschütterlichem Selbstbewußtsein soll im Britischen Reich verjüngt auferstehen. Der englische Adel war schon seit Jahren nicht so lebendig wie jetzt. Die Grundsteuern sind nur der Anlaß seines Eintritts in den Kampf. Der Etat ist nur die äußere und unmittelbare Ursache der Krise, die vom Standpunkte der Konservativen eine Reichskrise ist und deshalb viel mehr bedeutet als Steuern.

Ihnen gegenüber stehen die Linksliberalen, die das Vorhandensein einer Reichskrise nicht anerkennen. Es gebe wohl staatliche und imperiale Probleme, aber keine umfassende Reichsgefahr. Und diese Probleme lassen sich durch Freiheit, durch intensive Arbeit, durch eine bessere Erziehung, durch Anwendung wissenschaftlicher Grundsätze in allen Zweigen der menschlichen Tätigkeit, durch Gerechtigkeit nach innen und außen wohl lösen. Nicht mehr Staat und Autorität, sondern mehr individuelle Leistungen; weniger Privilegien und Monopole, mehr Gelegenheiten für alle.

Es sind zwei politisch-wirtschaftlich-ethische Anschauungen, die in Form von Konservatismus und Liberalismus um die Herrschaft ringen.

Wichtiger als dieser Parteikampf, in dem viel Tradition und Ideologie steckt, ist der Kampf zwischen der sozialistischen und individualistischen Weltanschauung, der jenes Ringen tief beeinflusst, wenn nicht gar beherrscht. Seit dem Siege der Arbeiterpartei bei den Wahlen des Jahres 1906 ist der Sozialismus ein politischer Faktor geworden, obwohl die Arbeiterpartei kein sozialistisches Programm hat und ihre Kandidaten nicht als Sozialisten auftreten. Das Entstehen der Arbeiterpartei hat den Gegensatz zwischen Konservativen und Liberalen verschärft und den Ausbruch des Konflikts zwischen den beiden Kammern beschleunigt.

Vor dem Jahre 1906 beschäftigten sich die Konservativen hauptsächlich mit der Reichskrise; nach 1906 begannen sie auch nach Mitteln zu suchen, die sozialistische Gefahr zu bannen, und sie glauben die Mittel gefunden zu haben in derselben Politik, die zur Stärkung des Reiches führen könnte. Andererseits suchten sie die Macht des Unterhauses, die die Macht der Demokratie ist, zu schwächen und zwar durch die Stärkung des Oberhauses, des autoritären Prinzip der britischen Verfassung. Dagegen konnten die

Liberalen, sollten sie nicht die Arbeiterwähler abstoßen, den Sozialisten nicht direkt feindlich entgegenzutreten, sondern sie suchten das Volk an sich zu fetten durch legislative Leistungen, durch eine intensivere innere Politik, durch Sicherstellung der Freiheit und der Demokratie. Deshalb ist auch die Session des Unterhauses nicht unfruchtbar gewesen.

Rechnen wir vorerst sozial- und Arbeiterpolitisch. Das unter der konservativen Regierung in den Jahren 1897 bis 1901 geschwächte und verstümmelte Gewerkschaftsrecht wurde durch die Annahme der „Trade Disputes Act, 1906“, nicht nur wiederhergestellt, sondern gegen jeden ernstlichen Angriff gesichert. Das Gewerkschaftswesen, das in seinen Grundfesten erschüttert war, nahm seitdem wieder einen erfreulichen Aufschwung. — Dem Schutze im Lohnkampfe folgte der Schutz in der Fabrik: das Gesetz betreffend Unfallschädigung (Workmen's Compensation Act, 1906) ist eine erhebliche Ausdehnung des alten Gesetzes und umfaßt etwa acht Millionen arbeitende Personen, einschließlich Ladengehilfen, Briefträger, Seelen, Dienstmädchen; es beschränkt die Karenzzeit auf eine Woche. — Die Vergleiche erhielten den Achtstundentag (ausschließlich der Bindungen). Dem Ministerium des Innern wurde eine Abteilung für Bergwerkswesen hinzugefügt, um die Bergwerksinspektion besser durchzuführen. — Den armen Arbeitsinvaliden wurden Alterspensionen gewährt, ohne daß die Arbeiter Beiträge zahlen müssen. — Die Barmherzigen der Mütter und der Besserungsinstitute wurden der Fabrikinspektion unterworfen. — Die Zahl der Fabrikinspektoren wurde um 45 Beamte, darunter 9 Frauen, erhöht. — Für Arbeitslose bewilligte die Regierung einen Staatszuschuß von 200 000 Pfund Sterling (für den kommenden Winter 300 000 Pfund Sterling). Sie bewilligte Anleihen an die Gemeinden zum Zwecke der Beschäftigung von Arbeitslosen. Sie erwarb 13 000 Acres Land für Aufforstung, um hierbei Arbeitslose zu beschäftigen. — In drei Zweigen der Heimarbeit wurden Lizenzen zur Festsetzung von Mindestlöhnen eingeführt. — Die Post-, Telegraphen- und Telephonbeamten erhielten das Recht, sich gewerkschaftlich zu organisieren.

Auf dem Gebiete des Schulwesens wurden die freizeithilflichen Vorlagen der Regierung durch die Konservativen und die Lords unmöglich gemacht. — Die Gemeinden wurden berechtigt, zum Zwecke der Speisung dürftiger Schulkinder eine Gemeindesteuer von 4 Pfennig pro 20 Mark des steuerbaren Wertes zu erheben. — Kezliche Untersuchung der Schulkinder wurde eingeführt.

Das Small Holdings-Gesetz betreffend Schaffung von landwirtschaftlichen Kleinpächtern hat eine Bodenreform eingeleitet, die großes leisten könnte, wenn die Grundherren ihr nicht so große Hindernisse in den Weg legten und wenn die Gemeindeverwaltungen energischer wären.

Die Iren erhielten eine Novelle zum Bodenreformgesetz vom Jahre 1903, die den Austausch der irischen Grundbesitzer erleichtert und dem britischen Steuerzahler Lasten auferlegt zugunsten der irischen Bauern. Ebenso wurde 2000 vertriebenen irischen Pächtern die Gelegenheit gegeben, in ihre Pachtungen wieder einzutreten.

Die Buren Transvaals und Drangefreistaats erhielten freie, demokratische Verfassungen, die sodann zur Einigung Südafrikas führten.

Auch Indien wurde eine Verfassungsreform gewährt. Die nach Transvaal eingeführten Chinesen wurden bis auf 4000 nach ihrem Vaterlande zurückgeschickt.

Dann kommen eine ganze Reihe kleinerer Gesetze, wie die betreffend Errichtung eines Appellhofes in Straßachen, Verbesserung der Patentausübung zugunsten der britischen Industrie, die bessere Verwaltung des Londoner Hafens, Milderung des Impfzwanges usw.

Schließlich wurden beinahe 20 Vorlagen, die fortschrittliche Zwecke hatten, von den Lords teils verworfen, teils verstimmt.

An indirekten Steuern wurden in den Jahren 1906, 1907 und 1908 rund 7,7 Millionen Pfund Sterling abgeschafft und 44 Millionen Pfund Sterling an Staatsschulden getilgt.

Sinzu kommt das Verdienst der Liberalen, den Fehdehandschuh der Lords aufgehoben zu haben. Der Suspendierung des Stats durch die Lords wird die Annahme einer Resolution (Remonstrance) im Unterhause folgen, in der die Liberalen nach dem Muster ihrer Vorfahren die Rechte des Unterhauses in klarer und entschiedener Weise definieren werden, um dann das Parlament aufzulösen und in den Wahlkampf einzutreten. —

Die entscheidende Sitzung.

(Telegraphischer Bericht.)
 Die Rede Curzons.

Aus der Debatte des Oberhauses ist noch der Schluß der Rede Lord Curzons, des früheren Vizekönigs von Indien, hervorzuheben. Curzon leugnete, daß die Handlungsweise der Lords revolutionär sei. Wirklich revolutionär sei das Vorgehen der Regierung, die die alte Verfassung zerbräche, um dem Unterhause eine überragende Stellung zu verschaffen. Es ist wahrscheinlich, daß die Verfassung aus dem Kampfe verändert hervorgehen wird, und

ich heiße ein neugestaltetes Oberhaus willkommen, das die Kraft besitzt, die ihm jetzt abgesprochen wird, und das seine gegenwärtige Gestalt aus zurzeit unzugänglichen Quellen ergänzt. Ich glaube zuversichtlich, daß der Ausgang dieses Streites in einem nicht mißverständlichen vom Lande gegebenen Mandat bestehen wird, worin das Oberhaus für einen wesentlichen Bestandteil der Konstitution erklärt wird, das Oberhaus, von dem ich hoffe, daß es dann in höherem Grade unabhängig, furchlos und stark sein wird.

Vor der Abstimmung.

Je mehr sich die Debatte ihrem Ende näherte, um so größer wurde die Zahl der Peers. Auch die Galerien für die Damen der Lords waren gedrängt voll. Als letzter Redner der Opposition sprach Lord Cadogan. Er kritisierte das Budget in scharfen Worten und sagte, daß das Volk ein Recht hätte, seine Meinung darüber auszusprechen. Solange die Peers damit zufrieden wären, das Rechte zu tun, brauchten sie sich um die Folgen nicht zu kümmern. Bezüglich des finanziellen Ergebnisses einer Ablehnung des Budgets verweise er auf Lord Lansdownes Anerbieten, mit der Regierung zusammen zu arbeiten, um ein Chaos zu vermeiden. Wenn die Regierung es ablehne, sich dieser durchaus leichten Lösung der Schwierigkeiten zu bedienen, so würde die Verantwortung auf ihr haften bleiben.

Das Schlusswort der Regierung.

Der Staatssekretär für die Kolonien Earl of Crewe verteidigte die Vorschläge des Budgets im allgemeinen und erklärte, daß die den Grundbesitz treffenden Steuern vernünftig und mäßig seien. Die Opposition begehe einen tragischen Fehler. Während der letzten 15 Jahre habe sie sich allmählich, aber sehr tatsächliche Uebergänge in die Machtbefugnisse des Unterhauses zuschulden kommen lassen. Trotzdem seien beide Häuser nebeneinander hergegangen, nicht gerade um großer Uneinigkeit zusammen, aber wie Bekannte, die vorzogen, das Geschäft gemeinsam zu machen. Nach dem heutigen Abend würden sie kaum noch miteinander sprechen. Bezüglich der Zukunft spreche er keine Meinung aus. Die Regierung habe die Krise nicht willkommen geheißen, sei aber gezwungen, ihr die Stütze zu bieten, weil die Interessen des Landes und des Reiches auf der Aufrechterhaltung eines vernünftigen Gleichgewichts zwischen den regierenden Gewalten im Staate beruhten. Wenn das Parlament wieder zusammenträte, würden die Parteien ihre Stellung vielleicht vertauscht haben. Aber ob sie sich nun in der Opposition befinden oder nicht, die gegenwärtige Regierung würde sich ans Werk machen, um — nötigenfalls durch die Macht einer Parlamentskette beschulte — Garantien zu erlangen, die jene unterchiedslose Zerstörung der liberalen Erziehung verhindern würden, der die Peers heute nacht die Krone aufsetzten. (Beifall bei den Ministerialen.)

Die Abstimmung wurde unter großer Aufregung vorgenommen und dauerte wegen der großen Zahl der Abstimmenden nahezu eine halbe Stunde. Die Verkündung des Ergebnisses wurde von der Opposition mit Beifall begrüßt.

Man erwartet, daß Premierminister Asquith morgen nachmittags eine wichtige Mitteilung machen wird.

Auf der Straße.

London, 30. November, 10 Uhr 30 Minuten abends. Um den gegen das Oberhaus beschlossenen Kundgebungen vorzubeugen, ist das Polizeiaufgebot auf dem Parlamentsplatz verstärkt worden. Die Volksmenge schwillt allmählich an, doch hält sie gute Ordnung. Auf dem Berkeley Square und in seiner Umgebung patrouillieren berittene Wachtmannschaften, denen der Schutz des Hauses von Lord Lansdowne und der Wohnungen des Adels aufgetragen ist. Ein großes Aufgebot von Schulreuten ist im ganzen Stadtteil Mansfair verteilt. Hunderte von Mannschaften werden außerdem in Reserve gehalten.

London, 30. November, 11 Uhr 30 Minuten abends. Die Umgebung des Oberhauses wurde nach 10 Uhr abends gänzlich von der Polizei geräumt. Die Menge gab nur ihrer Zufriedenheit mit Lloyd George und ihrer Unzufriedenheit mit Lansdowne durch entsprechende Rufe Ausdruck.

London, 1. Dezember, 1 Uhr 45 Minuten früh. Die Polizei, die beständig verstärkt worden war, schloß um Mitternacht das Parlament vollständig ein und drängte die Menge nach Trafalgar Square. Als das Resultat der Abstimmung bekannt wurde, erfolgten keinerlei Kundgebungen, vielmehr ging die Menge in aller Ruhe auseinander.

Pressstimmen.

London, 1. Dezember. „Selbstmord des Oberhauses“ ist heute an der Spitze vieler liberaler Zeitungen zu lesen. Dieses Schlagwort zeigt, wie diese Zeitungen über die Haltung der Lords mit Bezug auf die Ablehnung des Budgets urteilen. Sie erklären, der Staatsstreik sei kurzlebig und gelbe unvermeidlich die Vergeltung nach sich, die Liberalen würden die Waffen nicht niederlegen, bis die Suprematie des Unterhauses wieder gesichert sei. Die konservativen Blätter betonen in ihrer Besprechung der konstitutionellen Lage die Bedeutung der Abstimmung des Oberhauses für England, die darauf hinausläufe, daß sie dem Volke die Möglichkeit gebe, eine Tarifreform vorzunehmen. Sie erachten diese Reform als notwendig für die Sicherheit des Reiches und für die Zukunft Englands als Großmacht.

Die Antwort der Regierung.

London, 1. Dezember. Ministerpräsident Asquith wurde heute nachmittags bei Betreten des Unterhauses mit einer begeisterten Guldigung der Liberalen

empfangen. Die Mitglieder der Partei erhoben sich von den Sitzen und begrüßten den Minister mit Hochrufen. Als Aquith sich dann zum Sprechen erhob, brach auf neue ein minutenlang andauernder Beifallssturm los. Die Erklärung, mit der Aquith seinen Antrag einbrachte, lautete wörtlich:

Ich habe gehört, daß die Finanzbill, die von diesem Hause angenommen worden ist, in der vergangenen Nacht vom Hause der Lords in zweiter Lesung abgelehnt wurde. Deshalb teile ich Ihnen mit, daß ich bei nächster Gelegenheit, nämlich morgen, folgenden Antrag einbringen werde: Das Vorgehen der Lords, die es abgelehnt haben, dem Finanzentwurf für das laufende Fiskaljahr Gesetzeskraft zu verleihen, charakterisiert sich als ein Verstoß gegen die Verfassung und als eine Aumerkennung von Rechten, die dem Unterhause zustehen.

Dieser Erklärung folgte erneuter stürmischer Beifall der Liberalen, Freen und der Arbeiterpartei. Unmittelbar nach dieser Erklärung wurde die Sitzung geschlossen. Die Vertagung des Unterhauses soll am 3. Dezember stattfinden.

Das Landeskulturgebäude angenommen.

London, 1. Dezember. Das Oberhaus trat heute zusammen, um über das vom Unterhause wieder zurückgewiesene Landeskulturgebäude zu beraten. Das Unterhaus hatte die Mehrzahl der vom Oberhause zu dem Gesetz gemachten Zusätze mit der Begründung abgelehnt, daß sie eine Verletzung der Privilegien des Hauses der Gemeinen bedeuteten. Die Lords bestanden nicht auf ihren Abänderungsanträgen, womit das Gesetz angenommen ist. Lord Lansdowne führte aber heftige Klage gegen diese Behandlung von Seiten des Unterhauses und wandte sich nachdrücklich gegen die Art, in welcher seiner Meinung nach die Minister die Privilegien des Unterhauses benutzten, um dem Oberhause die Möglichkeit zu nehmen, über Dinge zu verhandeln, zu deren Erörterung es beauftragt sei. Eine in diesem Sinne gehaltene Resolution wurde mit 41 gegen 21 Stimmen angenommen.

Geschäftsverwirrung.

Aus dem Reichstag, 1. Dezember. Wenn die heutigen Vorkommnisse im Reichstag einen Vorgeschmack abgeben von dem, was wir zu erwarten haben im Laufe der Schnapsblockade, dann können wir schöne Dinge erleben an Geschäftsunordnung und Geschäftsverwirrung.

Auf der Tagesordnung stand die Wahl der Präsidenten und Schriftführer. So etwas pflegt sonst glatt und erregungslos von Station zu Station zu gehen. Die ersten beiden Wahlen vollzogen sich auch ohne Aufsehen. Der konservative Graf Stolberg wurde zum Präsidenten und der Zentrumsmann Spahn zum ersten Vizepräsidenten gewählt. Für beide Kandidaten hatte auch die sozialdemokratische Fraktion zu stimmen beschlossen, indem sie sich als Richtschnur dienen ließ, daß die Fraktionen in der Reihenfolge ihrer Sitze für die Besetzung dieser Posten in Frage kommen müßten. Eigentlich wäre ja nach diesem Grundsatze das Zentrum für die Besetzung des Präsidentenpostens in Frage gekommen; da die Zentrumsfraktion mit der konservativen Fraktion, die der Zahl nach an zweiter Stelle steht, freiwillig getauscht hatte, so wurde die Verechtigung dazu von der sozialdemokratischen Fraktion nicht bestritten.

Der Fraktionsstärke gemäß kam für den Posten des zweiten Vizepräsidenten die nationalliberale Fraktion in Frage. Für Herrn Baasche stimmten deshalb die nämlichen Fraktionen, die ihre Stimmen für Stolberg und Spahn abgegeben hatten; die freisinnige sowie die nationalliberale Fraktion, die beschloßen hatten, sich am Präsidium nicht zu beteiligen, gaben jedoch auch hier weiße Fittchen ab. Herr Baasche selbst erklärte darauf, daß er im Einverständnis mit einem Beschlusse seiner Fraktion die Wahl nicht annehme.

Geschäftsordnungsgemäß hätte nun sofort in die Wahl eines zweiten Vizepräsidenten abnormals eingetreten werden müssen. Das paßte aber den konservativen und Zentrumsleuten nicht in den Kram, da sie sich noch nicht darüber geeinigt hatten, wem sie nunmehr ihre Stimme geben würden, denn offenbar geht es ihnen wider den Strich, den Grundsatze, die Präsidentenposten nach der Stärke der Fraktionen zu besetzen, auch der nunmehr nach dem Ausscheiden der Liberalen nächstberechtigten Fraktion — der Sozialdemokratie — gegenüber zur Anwendung zu bringen. Um nun die für Verhandlungen nötige Zeit zu gewinnen, hätte der Mehrheit der Ausweg zu Gebote gestanden, einfach die Vertagung des Hauses bis Donnerstag zu beantragen. Statt dessen beantragte der Führer der Konservativen, Herr v. Normann, die Aussetzung der Wahl des zweiten Vizepräsidenten bis auf Freitag, aber die sofortige Vornahme der Wahl der Schriftführer. Der amtierende Präsident Graf Stolberg ließ diesen Antrag anstandslos zu.

Genosse Singer wies jedoch in ausführlichen Darlegungen nach, daß das ein geschäftswidriges Verfahren sei. Herr v. Normann verstimmt zunächst. Dann sprangen indes vom Zentrum Herr Gröber und Graf Brahma sowie der konservative Dietrich mit allerhand lendenlahmen Ausflüchten bei, während der freisinnige Müller und der Nationalliberale Wassermann Singers Ausführungen unterstützten. In der Sache gaben jedoch die Vertreter der Mehrheitsparteien nach. Der Präsident trennte zunächst auf eine Anregung Gröbers hin die Abstimmung über Normanns Antrag, indem er zunächst über die Aussetzung der Wahl des zweiten Vizepräsidenten abstimmen ließ, die denn auch von der Mehrheit angenommen wurde. Dann beantragte die Mehrheit die Vertagung des Hauses. Ihr eigener vorheriger Beschluß, die Wahl bis Freitag auszusetzen, nötigte den Präsidenten dann, den Donnerstag überhaupt ausfallen zu lassen. Somit haben die Herren v. Normann und Compagnie in Folge ihrer Unkenntnis der Geschäftsordnung dem Reichstag einen vollen Arbeitstag geraubt und sich selbst bis auf die Knochen blamiert.

Das Ende der schleswig-holsteinischen Städteordnung.

Der Ausfall der diesjährigen Kommunalwahlen in zahlreichen Städten Schleswig-Holsteins hat dem „liberalen“ Bürgerturn die Augen geöffnet. Die alte „bewährte“ schleswig-holsteinische Städteordnung aus dem Jahre 1809 bewährt sich nicht mehr als Bollwerk gegen die Nichtbestehenden. In Kiel hat sich das Bürgerturn nur durch eine schnelle Wahlgeometrie und eine verächtliche Bezirks-einteilung vor dem Ansturm der Sozialdemokratie retten können.

In Wandsbek hat man das stürmische Gegenteil gelast, und der Sieg des geeinten Bürgerturns schmeckt ein wenig bitter. In Norderstedt hat man noch rasch den Zensus auf 1350 W. erhöht, um sich die gefährlichen Ruten für einige Zeit vom Leibe zu halten. In Neumünster, Elmhorn, Iphoe und einigen kleineren Städten hat das Bürgerturn empfindliche Niederlagen erlitten, so daß dem nackten Klasseninteresse fördernden Bürgerturn in Zukunft gehörr auf die Finger gesehen werden kann.

Einer der Mitstifter der schleswig-holsteinischen Städteordnung, der alte Professor Hänel, dürfte an dieser Entwidlung wenig Freude erleben. Aus seinem Werk bröckelt ein Stein nach dem anderen heraus. Als vor einigen Jahren der Kieler Oberbürgermeister auf dem Städtetage in Köln die Meinung aus sprach, die Sozialdemokratie würde auch den Höchstenjudentum (der bekanntlich 1500 W. beträgt) überkneten, da schlug man seine Mahnungen in den Wind. Die Spießbürger fühlten sich so sicher auf den Rathäusern, daß sie die ganze wirtschaftliche Entwidlung und das Aufsteigen der organisierten Arbeiterschaft geistlich überfahren. Seit den Hottentottenwahlen hielten sie die Sozialdemokraten für „total niedergedrückt“. Sie ahnten nicht, daß sich hinter den Niederlagen die Vorbote neuer glorreicher Siege bargen.

Die guten Bürger, die sich auf ihren Liberalismus etwas zugeute laten, scheuten sich nicht, in den Wahlen zu den verwerflichsten Mitteln zu greifen. Das Beamtentum in Schleswig-Holstein erwarbte in den letzten Jahren zum politischen Bewußtsein, es sah sich vom Bürgerturn geprellt und auf die Seite geschoben. Es wollte sich nicht mehr als Stimmvieh bei den Kommunalwahlen gebrauchen lassen, und weil es nicht offen für die Sozialdemokratie eintreten konnte, unterstützte es indirekt durch Wahlenthaltung unsere siegreich vorwärts marschierende Armee. Das liberal schillernde Bürgerturn in Schleswig-Holstein griff deshalb zum schäblichsten Mittel: es benutzte die Beamten der Begünstigung der Sozialdemokratie! Ein führendes liberales Blatt sagte ganz offen, daß wenn die Beamten nicht Obedienz parieren wollten, dann müßte ihnen „von oben“ gesagt werden, welche Pflichten sie gegen Staat und Stadt zu erfüllen hätten. Unter Vorwand ihrer Vorgesetzten wurden die niederen Beamten und Gemeindearbeiter auf Kommando ins Wahllokal geführt. Wehe dem, der sich erdreiste, zu Hause zu bleiben!

Die schleswig-holsteinische Städteordnung ist nun den Liberalen nichts mehr wert. In verschiedenen Bürgervereinen Schleswig-Holsteins ist es offen ausgesprochen worden, daß die Städteordnung viel zu liberal sei — weil — nun weil ein Teil des Bürgerturns und die Beamten mit den liberalen Wahrscheinlichkeiten nicht mehr durch die dünn gehen. Auf diese Weise sorgt das Bürgerturn für seine Selbstzerstörung! Liberal sein ist recht schön, aber zum Teufel damit, wenn es nichts mehr einbringt. Im vorigen Jahre trat ja der sonst so kluge und weisheitsvolle Oberbürgermeister von Kiel, Herr Dr. H. u. H., den Antrag zum Minister v. Dr. an. Er beschwor ihn im innigen Einverständnis mit dem Bürgerturn, doch endlich seine starke Hand zur Abänderung der schleswig-holsteinischen Städteordnung zu bieten. Der Minister wollte aber nur dann seinen Einfluß geltend machen, wenn die Kieler mit der Einführung des preussischen Dreiklassenwahlrechts einverstanden seien. Das ging den tapferen Liberalen damals noch zu weit. In diesem Jahre läßt es aber aus allen Ecken und Kanten: Weg damit! Mit der altbewährten schleswig-holsteinischen Städteordnung sind keine Geschäfte mehr zu machen! Her mit dem Dreiklassen- oder Pluralwahlrecht oder was sonst die rote Bande zur Einflusslosigkeit verdammt. Als sich im vorigen Jahre die schleswig-holsteinischen Bürgervereine ein Stellchen gaben, nahmen sie eine Resolution des Inhalts an, daß überall dort, wo dem Bürgerturn von der Sozialdemokratie Gefahren drohen, das Bezirkewahlrecht zur Einführung gelangen müsse. Wo das nichts nütze, da müsse eine schnelle Wahlgeometrie das übrige tun. Wie's gerade trefft.

Wie heute die Dinge liegen, kann nicht mehr daran gezweifelt werden, daß das Ende der berühmten schleswig-holsteinischen Städteordnung nahe bevorsteht. Von fast einem Duzend Rathäusern in Schleswig-Holstein flattert lustig die rote Fahne. Die traurigen Epigonen der alten aufrechten Fortschrittler à la Hoff in Kiel, die sich, wo sie sich sicher fühlen, so radikal gebärden, haben an sich und ihren sogenannten Prinzipien die Selbstentmannung vollzogen. Der Rest ist Schweigen. Aber auf den alten Ruinen wird neues Leben erblühen und die Sozialdemokratie die Erbschaft antreten!

Politische Uebersicht.

Berlin, den 1. Dezember 1909

Eine Zentrums-Enzyklika.

Die Vorstände der Reichstags- und der Landtagsfraktion des Zentrums haben sich zur Lösung der größten Frage der politischen Gegenwart bezogen gefühlt, nämlich zur Lösung der Frage, ob das Zentrum eine politische oder eine konfessionelle Partei oder gar eine konfessionell-politische Partei sei. Seit fast vierzig Jahren besteht die Zentrumsparlei; dennoch sind sich nicht nur die Zentrumswähler, sondern wie die Streitereien im Sommer dieses Jahres bewiesen haben, selbst die großen Theoretiker und parlamentarischen Kapazitäten dieser Partei völlig unklar darüber, was eigentlich das Zentrum ist. Um endlich Ordnung in diese Konfusion der leitenden Zentrumsgrößen zu bringen, haben sich zu feierlichem Konzil die Vorstände der Reichstags- wie der Landtagsfraktion am 28. November im Fraktionszimmer des Zentrums im Reichstagsgebäude versammelt und auf Grund tiefgründiger Erörterungen einstimmig zur Schlichtung der Streitfragen beschlossen, daß künftighin das Zentrum nur noch als politische, nicht mehr als konfessionelle Partei betrachtet werden dürfe.

In dem Beschluß heißt es: „Die Zentrumsparlei ist grundsätzlich eine politische nicht-konfessionelle Partei; sie steht auf dem Boden der Verfassung des Deutschen Reiches, welche von den Abgeordneten fordert, sich als Vertreter des gesamten deutschen Volkes zu betrachten. Darum erstrebt die Zentrumsparlei den Schutz und die volle Gleichberechtigung aller Staatsbürger, deren Interessen sie in steter Rücksicht auf die Wohlfahrt des Ganzen und auf das Gedeihen aller Klassen zu vertreten sucht.“

Abgesehen von dem Programm bietet die Tatsache der Zugehörigkeit fast aller ihrer Wähler und ihrer Abgeordneten zur katholischen Kirche genügende Bürgschaft dafür, daß die Zentrumsparlei die berechtigten Interessen der deutschen Katholiken auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens nachdrücklich vertreten wird. Dadurch verliert aber die Zentrumsparlei nicht den Charakter einer rein politischen Partei.

Die Zentrumsparlei hat die Zugehörigkeit zur Partei niemals von der Angehörigkeit zum katholischen Glaubensbekenntnis abhängig gemacht, und die Zentrumsfraktion des Reichstages hat auch tatsächlich bis heute stets Angehörige eines nicht-katholischen Glaubensbekenntnisses zu ihren Mitgliedern gezählt, welche allen, auch ihren intimsten Verhandlungen beigegeben haben. Dabei ist es als selbstverständlich zu betrachten, daß in denjenigen Progen,

welche das religiöse Gebiet betreffen, sich jeder Abgeordnete nach den Grundsätzen seines Glaubensbekenntnisses richtet. . . .

Unterzeichnet ist diese hochkonfessionelle Konzilien-Entscheidung von dem Freiherrn v. Hertling und dem Dr. Porck sowie 26 der hervorragendsten Zentrumsparlamentarier, darunter auch von Herrn Noeren.

So ist die große Frage glücklich gelöst; ob endgültig, das ist allerdings zweifelhaft; denn außerhalb der Zentrumsparlei werden nur sehr wenige Politiker den Beschluß als richtig anerkennen. Sie werden daran zweifeln, ob die Versammelten überhaupt zwischen konfessionell und politisch zu unterscheiden vermöchten. Doch das macht nichts. Vielleicht läßt sich noch nachträglich das Zentrum durch den Episkopat feststellen, was im nichtkonfessionellen Zentrumsinne konfessionell ist. Eine solche nähere Interpretation ist entschieden nötig.

Das ultramontane Kulturkampfgeschrei

erhöht allemal dann, wenn es dem Zentrum darum zu tun ist, irgendeine seiner Sünden zu verdecken und das Nichtrauen und den Unwillen seines Gefolges von sich abzulenkeln. Dann schreit es: Die Religion, die Kirche ist in Gefahr oder es deutet geheimnisvoll an, daß diese oder jene Maßnahme, über deren Notwendigkeit der katholische Wähler den Kopf schüttelt, geboten war, wenn nicht ein neuer Kulturkampf heraufbeschworen werden sollte. Einer der das Zentrum recht gut kennt, Johannes Fudangel, hat vor einigen Jahren diesen Schwindel mal offen angeknackst. Im April 1907 war in der „Westdeutschen Volkszeitung“, dem Blatte des genannten Zentrumsmannes, zu lesen:

„Es sind höchst unerfreuliche Erscheinungen, die der Kulturkampf, der sofort nach dem 13. Dezember anhub, gerade im Zentrumslager gezeitigt hat. Zunächst war es vollständig verfehlt, von einem neuen Kulturkampf zu sprechen. Die Regierung denkt gar nicht an einen solchen. Für das Zentrum als Kampfpartei könnte ja nichts erwünschter sein, aber die Regierung wird und diesen Geschehnissen nicht erweisen; sie wird sich streng auf dem geschlichen Boden halten und nichts tun, was unseren Bischöfen Veranlassung zum Klagen geben könnte. Das wissen die leitenden Persönlichkeiten in der Partei auch ganz genau und es macht einen nicht gerade angenehmen Eindruck, daß man unererseits das abgetriebene Kulturkampfwort wieder aus dem Stalle zog und es weiblich tummelte.“

Sind wir denn gar so gedankenarm geworden und steht uns das Volk schon so entfremdet gegenüber, daß wir, um es bei der Stange zu halten, zu solchen Mitteln greifen müssen, die weder den Tatsachen entsprechen, noch unserer Wahrhaftigkeit Ehre machen? Das mag ja sein, daß die kleinen Geschenke, die, wie man zu sagen pflegt, die Freundschaft unterhalten, fürs erste fortfallen, was unangenehm ist für diejenigen, die die parlamentarische Laufbahn als Sprungbrett für ihre Karriere benutzen möchten, falls solche Personen in der Zentrumsfraktion überhaupt vorhanden sein sollten. Allein, das ist kein Kulturkampf und man sollte sich hüten, dieses höfliche Gespenst immer wieder an die Wand zu malen. Wir müssen auch der Regierung gegenüber ehrlich sein und keine Behauptungen aufstellen, für welche wir keinen Beweis erbringen können.“

Johannes Fudangel kennt seine ultramontanen Pappenheimer, er ist unter ihnen aufgewachsen und hat lange genug im Zentrum eine große Rolle gespielt. Er hat es allerdings büßen müssen, daß er gelegentlich seine eigene Meinung und wenig Respekt vor den angejammerten Parteigrößen hatte. Bei der Wahl 1907 hat man ihm von Parteiwegen einen Gegenkandidaten, den jetzigen Abgeordneten Weder, auf die Nase gesetzt, dem er dann weichen mußte, und dann haben es seine ultramontanen Verlegerkonkurrenten fertig gebracht, daß seinem Blatte der Charakter als Zentrumsorgan abgesprochen wurde. Leute mit eigener Meinung und dem Mut der Meinungsäußerung kann man im Zentrum nicht brauchen. Um so mehr Beachtung und Vertrauen verdienen in diesem Falle die Worte des alten Zentrumskämpfers Fudangel.

Viereinhalb Milliarden Schulden.

Stätsächlich geht dem Reichstage eine Denkschrift zu über die Ausführung der seit dem Jahre 1875 erlassenen Anleihegesetze. Die sich nun aus der jüngsten Denkschrift ergibt, beziffert sich der Gesamtbeitrag der Anleihekredite zurzeit im ganzen auf 4 272 957 138 M. Davon sind bis 1. Oktober 1909 realisiert worden 4 228 787 479 M., so daß noch verfügbar bleiben 44 169 659 M. Das gesamte Schuldkapital betrug danach am 1. Oktober: an 4prozentigen Schuldverschreibungen 410 Millionen Mark, an 3prozentigen 2020 Millionen Mark, an 2prozentigen 1783,5 Millionen Mark, und an 4prozentigen Schatzanweisungen 340 Millionen Mark, oder zusammen 4553,5 Millionen Mark! Wenn's so weiter geht, kann bald der Konkursverwalter in Funktion treten.

Im Kieler Werftprozeß

sprachen am Mittwoch nach dem Plaidoyer der Staatsanwaltschaft noch zwei Verteidiger. Abends wurde die Verhandlung dann auf Donnerstag vertagt. Der Angeklagte Siegfried Jacobsohn ist aus der Untersuchungshaft entlassen worden.

Folgen des Sparsystems.

Am 9. Juli 1908 stürzte die im Bau befindliche Sildbrücke in Köln a. Rhein ein. Acht Menschenleben wurden dabei vernichtet. Seit dieser Zeit wird eine Untersuchung geführt, aber die Schuldigen können nicht ermittelt werden.

Jetzt werden von fünf Sachverständigen, die sich in hervorragenden Stellen befinden — zum Teil sind es Professoren an technischen Hochschulen — Gutachten veröffentlicht, die zwar auch nicht die Ursache für das Unglück bezeichnen, immerhin aber erkennen lassen, daß die Hauptschuld das Sparsystem der ausführenden Firma, der Dormunder Union, und der Regierung trägt. Alle Gutachter stimmen darin überein, daß die ungewöhnliche Bauart der Gerüstbrücke bei dem Einsturz wesentlich mitgewirkt hat. Sie bezeichnen sämtlich die vom Unternehmer getriebene Zusammenfügung der Trägerglieder aus vielen einzelnen, meist nur mit Schrauben verbundenen Balken als Vergleich zu den sonst gebräuchlichen Anordnungen als weniger standfester, aber mit Rücksicht auf den Zweck der lediglich als Baugerüst, nicht aber dem öffentlichen Verkehr dienenden Brücke als zulässig. Sie sehen in der Anwendung für diesen Zweck kein strafbares Verschulden.

Es wird also festgestellt, daß beim Gerüstbau nicht die notwendige Sorgfalt beobachtet worden ist. Die Gutachter wollen allerdings kein strafbares Verschulden darin erblicken. — Man wird also in der Annahme nicht fehlschlagen, daß die durch das Kapital verschuldete Vernichtung von acht Menschenleben ungehindert bleiben wird.

Die Vertagung der Witwen- und Waisenversicherung.

Dem gestern (Dienstag) dem Reichstage zugegangenen Gesetzentwurf, der eine Abänderung des § 15 des Sozialver-

Gesetz vom 25. Dezember 1903 sowie des § 2 des Gesetzes betreffend den Hinterbliebenen-Versicherungsfonds und den Reichsinvalidenfonds vom 8. April 1907 bezweckt, ist folgende Begründung beigegeben:

Nach § 15 des Posttarifgesetzes ist der auf den Kopf der Bevölkerung des Deutschen Reiches entfallende Nettozollertrag aus der Einfuhr von Roggen, Weizen und Speis, Rindfleisch, Schafen usw., insoweit er den nach dem Durchschnitt der Rechnungsjahre 1898-1906 auf den Kopf der Bevölkerung entfallenden Nettozollertrag derselben Waren übersteigt, zur Erleichterung der Witwen- und Waisenversicherung zu verwenden. Ueber diese Versicherung ist durch ein besonderes Gesetz Bestimmung zu treffen. Bis zum Inkrafttreten dieses Gesetzes sind die Mehrerträge für Rechnung des Reiches zu sammeln und verzinslich anzulegen. Tritt das Gesetz bis zum 1. Januar 1910 nicht in Kraft, so sind von da ab die Zinsen der angesammelten Mehrerträge sowie die einbehaltenen Mehrerträge selbst den einzelnen Invalidenversicherungsanstalten zum Zwecke der Witwen- und Waisenversorgung zu überweisen.

Eine Reichsversicherungsordnung, die Vorschläge für die gesetzliche Regelung der Witwen- und Waisenversicherung enthält, ist dem Bundesrat unter dem 31. März d. J. im Entwurf zugegangen. Der Entwurf ist veröffentlicht. Seine Vorschläge bilden einen organischen Bestandteil der Reichsversicherungsordnung und können, soll die Einheitslichkeit in der Reform der Versicherungs-gesetzgebung nicht leiden, nur im Rahmen des Gesamtgesetzes verabschiedet werden. Es ist nicht möglich gewesen, die vor der Vorlage an den Reichstag noch erforderlichen Arbeiten zu einer Zeit zu Ende zu führen, in der noch mit der Verabschiedung des Entwurfs bis zum 1. Januar 1910 gerechnet werden konnte. Es empfiehlt sich daher, um eine eingehende sachliche Durchsichtung zu ermöglichen, auf eine Hinausschiebung des Termins für das Inkraft-treten der Witwen- und Waisenversicherung bedacht zu sein. Denn die im Posttarifgesetz für den Fall des Nichtzustandekommens der Witwen- und Waisenversicherung bis zum 1. Januar 1910 vorgesehene Ueberweisung und Verwendung der angesammelten Bestände nach Maßgabe von Statuten, welche die Versicherungs-anstalten zu erlassen hätten, wird jetzt als eine annehmbare Lösung der Aufgabe nicht anerkannt werden können. Die Zinsen des bis jetzt angesammelten Aufkommens aus den Nettozollerträgen, das rund 45 Millionen Mark beträgt, reichen nicht aus, um eine Versorgung der Witwen und Waisen zu gewährleisten. Es und wann etwa von neuem Mehrerträge ein-gehen werden, ist nicht zu übersehen. Außerdem würde die vorgesehene Erfahrmahme die geschickenden Faktoren des Reiches von der Mitwirkung bei der Regelung der Hinter-bliebenenversicherung ausschließen. Es wird daher vorgeschlagen, den Termin für das Inkrafttreten der Witwen- und Waisen-versicherung durch eine entsprechende Änderung des Posttarifgesetzes bis zum 1. April 1911 hinauszuschieben. Geschicht dies, so muß auch in dem Gesetze, betreffend den Hinterbliebenen-Versicherungsfonds, der Termin, bis zu dem die aufkommenden Zinsen des Fonds, wie die Kapitalkonten, zinsbar anzulegen sind und dem Kapitalkonten hinzuzutreten haben, gleichmäßig hinausgeschoben werden.

Im sächsischen Landtage

begann am Dienstag die allgemeine Vorberatung des Etats, wofür vorläufig vier Tage in Aussicht genommen worden sind. Zur Ver- ratung steht auch ein sozialdemokratischer Antrag, wonach alle Einkommen bis zu 800 M. von der Steuer befreit sein sollen, ohne daß den Wahlberechtigten mit niedrigerem Einkommen ihr Recht gekürzt wird.

Die Verhandlungen schloß ein mit einer 27, stündigen Rede des Finanzministers Dr. Kieger, der ein mit viel zu viel Einzelheiten überladenes Bild von dem sächsischen Haushaltsplan zu geben suchte und dabei das alte Lied von der Notwendigkeit der Sparmaßnahme sang. Zum Schluß wendete er sich der Reichs- finanzreform zu. Dabei lamentierte er darüber, daß es auch jetzt noch nicht gelungen sei, mit der Schuldentilgung im Reiche zu brechen, obwohl die Reichsschuld demnach 5 Milliarden erreichen würde. Bedauerlich sei es auch, daß das finanzielle Ver- hältnis der Bundesstaaten zum Reiche noch immer nicht geregelt worden sei. Sodann verurteilte der Finanzminister die Haltung der sächsischen Regierung zur Reichsfinanzreform im Bundesrat zu ver- teidigen, die von jeder der Meinung gewesen sei, daß die Gemein- mittel der breiten Massen besteuert werden müßten. Als Ver- stöße für die Reichseinkommensteuer und die Reichsvermögen- steuer nicht in Betracht kommen, dagegen erfordere das Staats- wohl, die Erbschaftsteuer auszubauen, das sage er, obwohl er persönlich ein Gegner dieser Steuer sei, Einkommen und Ver- mögen seien Steuerquellen der Einzelstaaten und der Gemeinden; wenn das Reich hier einen Eingriff unternehme, würde man Bundes- staaten und Gemeinden den Lebensnerv unterbinden. Der Finanz- minister verurteilte auch einen Appell an die jetzt bös verzerrten bürgerlichen Parteien, sich wieder zu betragen und Schulten an Schulten zu kämpfen, natürlich gegen die Sozialdemokratie.

Von konservativer Seite sprach sich der Agrotier Gähnel gegen den sozialdemokratischen Antrag auf Verringerung der unteren Steuerstufe aus, während der Nationalliberale Pettner verschiedene Reformen und eine liberale Handhabung der Steuer sowie Ver- einfachung der Verwaltung forderte. Hierzu verlangte er die Ein- setzung einer Kommission, zu der auch Sozialdemokraten zugezogen werden sollten. Diese Gattrede bestärkte wieder einmal, daß die Nationalliberalen zwar jetzt eine schärfere Tonart lieben, daß man jedoch von liberalen Taten auch jetzt noch nicht viel bemerkt. Es wäre auch töricht, nach der liberalen Eintrede nun auch auf liberale Handlungen der Nationalliberalen zu rechnen.

Nach Pettner kam Genosse Fröhlich an die Reihe. Er rechnete scharf mit der Regierung und den herrschenden Parteien ab. Wirkungslos und treffend wies er nach, daß in Sachsen nicht die Regierung, sondern die Sozialdemokratie die Mehrheit des Volkes hinter sich habe: Der Wahlausfall in Sachsen sei eine vernichtende Ver- urteilung der bisher betriebenen Landes- und Reichspolitik. Es sei Zeit, daß das auch einige alte Herren auf den Ministerbänken in Sachsen endlich einfassen und Gesundheitsrückfälle bekämen. Das Kuratwahlgesetz unterzog der Redner einer vernichtenden Kritik und be- zeichnete es als ein Ausnahmengesetz gegen die Arbeiter- schaft und ein Verfallensrecht schlimmer Art. Dieses Wahl- gesetz habe den Wahlausfall gestiftet. Wäre bei den sächsischen Landtagswahlen nach dem allgemeinen Wahlrecht gewählt worden, sähe gewiß eine sozialdemokratische Mehrheit in der Zweiten Kammer. Jetzt wehrt, so fährt der Redner fort, ein ganz anderer Wind als nach den Januarwahlen 1907! Was damals von Ihrer Seite in die Welt hinausposaunt wurde, war eitel Lug und Trug! Damals hieß es, der nationale Aufschwung läßt, ja, er hat gelüftet, er hat auch Früchte getragen, aber es sind für Sie sehr bittere Früchte gewesen. Da- mals sprach man vom Niederkommen! Wo sind denn jetzt die Niederkommenen? Die Niederkommenen reiten jetzt wieder! Wenn wir jetzt Reichstagswahlen hätten, dann würden

Sie nicht zu schärf beurteilt, wenn alle 23 sächsischen Reichstagsmit- glieder von Sozialdemokraten eingenommen würden.

Sodann beschäftigte sich der sozialdemokratische Entredner mit den einzelnen Parteien und hielt ihnen ihr Schanderegister vor, das machte er die Liberalen nachdrücklich darauf aufmerksam, daß sie für wirklich liberale Anträge jetzt eine Mehrheit in der Zweiten Kammer finden würden. Sie sollten jetzt einmal durch die Tat zeigen, daß sie ernstlich etwas wollten. Sodann behandelte Genosse Fröhlich die Haltung der sächsischen Regierung im Bundesrat und kam dabei natürlich zu einer scharfen Beurteilung. Er forderte die sächsische Regierung, die oft den Wert der Selbstverwaltung betont habe, auf, für die bedrohte Selbstverwaltung der Kranken- kassen einzutreten. Bei der Behandlung des Reichsfinanz- elends betonte er, die Reichsfinanzschmach müßte schließlich 90 Proz. der Bevölkerung zu Sozialdemokraten machen. Man solle nicht noch einmal mit indirekten Steuern kommen, dann könne man etwas erleben. Schon jetzt habe die Sozialdemokratie die Mehrheit der Bevölkerung für sich. Danach sollte sich die Regierung richten. Unter dem lebhaften Beifall der Sozial- demokraten schloß der Redner seine Ausführungen, die sichtlich auch Eindruck bei den bürgerlichen Parteien und Regierungs- vertretern gemacht hatten.

Die Verhandlungen wurden dann abgedröhnt. Sie dauern noch mehrere Tage fort.

Vom ehrsamem Reichsflügelverband.

Recht interessante Schlaglichter auf die interne Verwaltung des Verbandes warf eine Klage, die am Montag vor dem Amtsgericht Offenbach a. M. verhandelt wurde. Es handelte um den Reichsverband gegen die Sozialdemokratie der frühere Magde- burger Tischlermeister Robert Peters, jetzt wohlbestallter Reichsverbandsgagitor der Ortsgruppe Frankfurt a. M., gegen seinen Vorgänger im Amte, den „Redakteur“ Vary um Heraus- gabe des Kassabuches und verschiedener Akten. Als Zeuge wurde der frühere Reichstagsabgeordnete Dr. Veder-Sprendlingen vernommen. Herr Dr. Veder ist nämlich nebenbei auch Vertrauens- mann des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie für Süddeutschland. Dr. Veder sagte u. a. aus, er habe dem Vary nicht erlaubt, Papiere des Reichsverbandes bei der Entlassung mit- zunehmen. Das Verhältnis des Besagten Vary zu den Angehörigen des Reichsverbandes sei derart gewesen, daß er (Dr. Veder) es unter seiner Würde gehalten habe, mehr als notwendig mit Vary zu reden.

Vary ist nach seinen Aussagen vom 1. Oktober 1907 bis 1. April 1909 auf dem Reichsverbandsbureau Frankfurt tätig ge- wesen. Geschäftsführer war ein gewisser Grund gegen 4000 M. Gehalt und 1000 M. Mietentschädigung. Grund wurde wegen Veruntreuungen vom Reichsverband plötz- lich entlassen. Nach den Befundungen des Vary waren und sind die Zustände beim Reichsverband derartig schlimm, daß er die noch in seinem Besitz befindlichen Schriftstücke nicht eher herausgeben will, als bis er eine „Generalreinigung“ des Verbandes erhält. Auch will er über den Verband eine Drohschüre schreiben!

Herr Dr. Veder sagte weiter aus, nach seinen Informationen sei der Reichsverband bereits seit mehreren Monaten „eingetragener Verein“. Das wurde bestritten und der Termin zwecks weiterer Beweiserhebung auf den 30. Dezember verlagert.

Eine feine Gesellschaft, diese tugendhaften Reichsverbändler, die es unternommen haben, das teure Vaterland vor der Unmoral der Sozialdemokratie zu retten.

Ein neuer Ausweisungsskandal.

Ein als „läppiger Ausländer“ aus Berlin ausgediesener österreichischer Staatsangehöriger war am Dienstag nach Berlin gekommen und hatte als Kläger einen Gerichtstermin wahrgenommen. Nach Fällung des Urteilspruchs wurde der Mann, der geglaubt hatte, daß in diesem Falle die Ausweisung keine Wirkung habe, verhaftet!

Ein reizendes „Kultur“bild!

Nicht ausgewiesen!

Das „Sichtenberger Tageblatt“ teilt mit, daß unsere Meldung von der Ausweisung des Klavierarbeiters Jepsen nach amtlicher Auskunft nicht zutrifft. Das ist richtig. Unser Gewährsmann, ein vertrauenswürdiger Genosse, ist einer falschen Information zum Opfer gefallen. Wir bedauern das und nehmen demnach unsere Bemerkungen, die wir an die falsche Nachricht knüpften, zurück.

Biersteuererhöhung in Waden.

Dem badischen Landtag ist ein Gesetzentwurf über Erhöhung der Biersteuer zugegangen. Danach soll die Steuer für 100 Kilo ungeborenen Malz in einem Steuerjahr betragen bei einem Verbrauch

bis zu 250 Doppelzentner	16 M.
für die folgenden 1250	18
1500	20
2000	21
alle weiteren Doppelzentner	22

Mehrere Brauereien, die für Rechnung einer Brauereigemein- schaft brauen, gelten als ein Verbraucher. Brauereien, die für eigenen Bedarf brauen oder obergärige Biere herstellen, haben 5 Doppelzentner Malz frei, im weiteren werden 100 Kilo mit 4 M. bezahlt.

Für Brauereien, die nach dem 1. Januar 1910 eröffnet werden, erhöht sich der Steuerfuß bis 1912 um 25 Proz. Das Gesetz soll am 1. Januar 1910 in Kraft treten.

Die Wirkungen der Zündwarensteuer.

In der am Montag in Kassel abgehaltenen Generalversamm- lung der Aktiengesellschaft für Zündwarenabfabrikation Stahl u. Wocle fragte ein Aktionär an, ob die Zündwarenindustrie durch die Steuer tatsächlich stark getroffen werde, so daß mit einem bedeutenden Konjunkturabgang gerechnet werden müßte. Die Verwaltung ant- wortete, daß die bereits im Geschäftsbericht erwähnten nach- teiligen Einwirkungen der Steuer noch weit stärker fühlbar seien, als ursprünglich angenommen wurde. Infolgedessen müßten sowohl in der Kasse als auch in der Kasse- heimer Fabrik ganz bedeutende Arbeiterentlassungen vorgenommen werden. Eine Besserung der Verhältnisse ist vor der Hand nicht abzusehen.

Kommunalwahlen.

In Falkenstein (Sachsen) siegte bei der Stadt- verordnetenwahl der dritten Abteilung die sozial- demokratische Liste. Zwei Mandate wurden erobert. Die Zahl der sozialdemokratischen Vertreter stieg von einem auf drei.

Bei der Gemeinderatswahl in Wighelden, einer Landgemeinde im Kreise Solingen, spielte sich am letzten Sonnabend ein bemerkenswerter Vorgang ab. Kurz vor der Wahl fanden sich die Wähler in den Dorfschenken ein, um zur Kandidatenfrage Stellung zu nehmen. Schließlich einigte man sich auf drei Kandidaten, von denen der eine sich bisher schon offen zur Sozialdemokratie bekannte und

auch Mitglied der sozialdemokratischen Partei ist. Von der Schenke ging ins Woklokal und alle drei Kandi- daten wurden glatt gewählt. Nunmehr erklärten die zwei anderen Neugewählten, sich auch der sozialdemokratischen Partei anzuschließen zu wollen und vollzogen auch ihren Beitritt, da der zufällig anwesende Parteisekretär für den Reichstagswahlkreis Solingen ihren Wunsch sofort erfüllen konnte. Ein Teil der Gemeinderatswähler hat sein besonders geis- reiches Gesicht gemacht, als sie von der Wendung der Dinge hörten und die Wahrscheinung machen mußten, daß sie drei Rote gewählt hätten.

Bei der Bürgermeisterwahl in Speyer, dem Siege der völkischen Kreisregierung, wurde der Genosse Graf zum zweiten Adjunkten gewählt.

Bei den Stadtverordneten-Stichwahlen in Bries in Schlesien gelang es den Sozialdemokraten, ihre drei zur Wahl stehenden Kandidaten gegen die vereinten bürgerlichen Wähler durchzubringen. Die sozialdemokratische Stimmzahl stieg im Verhältnis zur Haupt- wahl um 90 Proz.

Am Dienstag erfochten unsere Genossen in Begead bei Bremen einen schönen Sieg. Bei der Stadtverordneten- stichwahl wurden 5 Sozialdemokraten mit 111 bis 198 Stimmen gewählt. Die Gegner erhielten nur 83 bis 87 Stimmen. Von den 24 Stadtverordnetenämtern hat die Sozialdemokratie jetzt 8 im Besitz; bisher waren es nur 3.

Frankreich.

Die Zyanalkalivergiftung.

Paris, 1. Dezember. Nach Meldungen aus Verdun hat der Unteroffizier Taraco, gegen den sich der Verdacht richtete, daß er die Schwadron durch Zyanalkalivergiftung habe vergiften lassen, das Verbrechen eingestanden. Zwei Soldaten des achten Infantere- regiments haben, wie die Blätter melden, trotz des starken Ge- ruches von der vergifteten Suppe gegessen und sind lebensgefährlich erkrankt.

Das Betrüffen zu Last.

Paris, 1. Dezember. Mehrere Parlamentarier, die sich für den Luftschiffverkehr interessieren, sind an den Kriegsminister mit der Erklärung herangetreten, daß der für Militärluftschiffe vor- gesehene Kredit von 500 000 Frank unzureichend sei, um an- gefordert des Anmachens der Zahl von Luftschiffen bei der deutschen Armee Frankreich nicht ins Hintertreffen geraten zu lassen. Kriegs- minister Le Vern antwortete, er werde einen viel höheren Kredit fordern.

Dänemark.

Die königliche Bestätigung.

Der Kopenhagener Stadtverordnetenversammlung am Montag lag die Mitteilung vor, daß der König unterm 24. November die Wahl des Magistratsrates B. Knudsen zum Bürgermeister bestätigt hat. Unser Parteigenosse hat sein Bürgermeisteramt bereits am 1. De- zember angetreten. Die Wahl hatte am 22. November statt- gefunden; der König hat also mit der Bestätigung des neuen sozial- demokratischen Bürgermeisters nicht lange gezögert. In Preußen müssen bekanntlich selbst sogenannte freisinnige Bürgermeister recht lange auf die „königliche Gnade“ der Bestätigung warten.

Rußland.

Eine neue Gefängnisfamilie.

Petersburg, 1. Dezember. In Jaroslaw ist die sieben- jährige Tochter einer administrativ verhafteten Frau, die sich mit ihrer Mutter im Gefängnis befindet und dort in einem unermesslichen Augenblick an das Fenster getreten war, durch einen auf sie abgegebenen Schuß seitens des wachhabenden Soldaten lebensgefährlich verletzt worden. Die Angelegenheit wird von Abgeord- neten der Linken zum Gegenstand einer Interpellation in der Reichsduma gemacht werden.

Das Martyrium der Presse.

Vor einigen Tagen hat Paul Tolstoi in der Literarischen Gesellschaft in Petersburg einen höchst interessanten Bericht über die Lage der russischen Presse erstattet. Er wies nach, daß die russischen Presseverhältnisse unter dem sogenannten konstitution- nellen Regime weit schwieriger und ungünstiger geworden sind als früher. Die russische Presse hatte stets unter den ärgsten Ver- folgungen zu leiden, aber während der letzten drei Jahre nahmen diese Verfolgungen nie dagewesene Dimensionen an. Vom 17./30. Oktober 1905 bis Oktober 1908 sind 1280 Fälle registriert worden, wo Redakteure zur gerichtlichen Verurteilung gezogen wurden. Von ihnen wurden verurteilt: 482 zur Festungs- und Gefängnisstrafe, 16 zur Zwangsarbeit, 3 zur lebensläng- lichen Deportation. Während desselben Zeitraumes wurden in- hibiert 1085 Prekorgane, darunter 821 auf administrativem Wege und bloß 264 laut Beschluß des Gerichtes. Mit besonderer Heftig- keit stürzte sich die Administration während der ersten drei Monate der Existenz der Reichsduma auf die Presse. Während dieses Zeitraumes allein wurden 343 Organe konfisziert, 277 Redakteure wegen Verletzung der Sicherheit des Staates zur Verurteilung gezogen, 92 Organe inibiert und 60 gänzlich eingestellt. In diesem Jahre ist eine enorme Zunahme der Geldstrafen bemerkbar. Vom 1. Januar bis zum 1. November dieses Jahres wurden insgesamt 155 Geldstrafen auf die Summe von 700 000 Rubel von der Presse erhoben. Neben diesen offiziellen Ver- folgungen macht sich aber, namentlich in der Provinz, eine unge- heuere Beeinträchtigung der Presse durch die örtlichen Satrapen be- merkbar. Der außerordentliche und verstärkte Schutz verleiht den letzteren eine solche Gewalt über die Presse, daß die Zensurver- hältnisse, die bis 1905 bestanden, im Vergleich mit den jetzigen Verhältnissen oft als Paradies erscheinen. Tatsächlich ist auch in vielen Provinzen die Präventiv-Zensur wieder hergestellt, obgleich sie laut Gesetz aufgehoben wurde und eine Zeitlang, während die Reaktion sich noch nicht so sicher fühlte, nicht funktionierte.

Montenegro.

Erziehung militärischer Verschwörer.

Wien, 1. Dezember. Das „Neue Wiener Tagblatt“ meldet aus Cetinje: Das wegen des im September verübten Militärputsches eingesehene Kriegsgericht verhängte über den Kapitän Gjinovic und vier andere Mädelführer die Todesstrafe. Die Verurteilten wurden gefesselt erschossen.

Nicaragua.

Eine Niederlage der Regierung.

New York, 1. Dezember. Nach Meldungen aus Blue Fields in Nicaragua sind die Regierungstruppen von den Aufständischen bei Rama in die Flucht geschlagen worden. Die Regierungstruppen hatten 80 tote und viele Verwundete, die Revolutionäre 20 tote.

Gewerkschaftliches.

Bayern in Ostpreußen.

(Eine Warnung für Waldarbeiter.)

Trotz unserer Warnung in Nr. 243 des „Vorwärts“ sind nun doch am 16. v. M. zirka 200 bayerische Waldarbeiter von der Sammelstelle München mit Sonderzug nach Ostpreußen gekommen, um in dem Konnenstraf heimgejagten Forstrevierern am Holzschlag zu arbeiten. Der ihnen versprochene hohe Verdienst lockte sie hierher. Aber schon nach kaum einer Woche sehen sie sich in ihren Hoffnungen betrogen und möchten am liebsten zurück nach ihrer Heimat. Das Holzfällern und Kleinschlagen geschieht in Afford. Weil es aber durchweg dünne Stämme sind, kommen beim Aufmeßern wenig Restmeter heraus. Auch lassen die kurzen Tage eine kaum achtstündige Arbeitszeit zu. Die durchweg sehr tüchtigen, erfahrenen Waldarbeiter bringen es kaum auf einen Tagesverdienst von 3,50 bis 4,00 Mk.; davon gehen für Verpflegung etwa 2,00 Mk. pro Tag drauf, weil die ohnehin hohen Lebensmittelpreise noch durch den Zwischenhandel gesteigert werden.

Und nun aber erst die Schlafstellen dieser Leute. Es ist kaum glaublich, wie die königlichen Forstverwaltungen den Arbeitern so etwas bieten können. Es sind reizbare Holzbaracken aufgebaut. Aber wie? In einem Raum von 12 Meter Länge, 4 Meter Breite und 2 Meter Höhe liegen 40 Mann nebeneinander auf Strohbetteln und mit einer Wolldecke bedeckt. Von der Decke tropft den Schlafenden das Schweißwasser auf die Lagerstätten. Die Ausdünstungen des feuchten, nassen Holzes, von dem die Baracken aufgebaut, verbunden mit den Ausdünstungen der feuchten Kleider der Arbeiter verbreiten eine atembeklemmende Atmosphäre. Zwei kleine Fensterchen, die etwas Licht spenden, aber nicht geöffnet werden können, sind vorhanden; sonst aber keine Ventilation. Und hier sollen nun 40 Menschen des Nachts über atmen. Das ist der Raum unter dem Dache. Schlimmer ist es aber unten zur ebener Erde. Hier schlafen wieder 40 Mann. Weil aber ein Teil des Raumes zur Küche, Kantine und für die Speiseküche abgeht, sind diese Schlafstätten in zwei Etagen geteilt. Unten liegt eine Reihe von 20 Mann und dann, mit nur 65 Zentimeter Abstand darüber, wieder eine Reihe 20 Schlafender. Die Leute müssen eine wunderbar eiserne Natur haben, wenn sie nicht binnen kurzer Zeit von Krankheiten und Ungeziefer heimgeführt werden. Aber mindestens sechs lange ostpreußische Wintermonate sollen die Arbeiter unter solchen Zuständen arbeiten, wenn sie nicht auch noch neben den Kosten für die Herreise die Rückreise aus ihrer Tasche bezahlen wollen, ohne kaum mehr als das Essen verdient zu haben. Etwa 15 bayerische Waldarbeiter, die das Ende dieser Lebenszeit nicht abwarten wollten, sind dieser Tage von ihrer Arbeitsstelle ausgetrieben. Wohin weiß man nicht. Andere haben die Hilfe des Vertreters des Land- und Waldarbeiterverbandes für Ostpreußen angeufen. Organisiert sind aber bis jetzt nur wenige von diesen Leuten.

Die ost- und westpreußischen Waldarbeiter, die nach den ostpreußischen Wäldern herkommen, sind natürlich noch viel weniger schaffst infolge dieser Zustände. Sie ziehen wie in einem Taubenschlag auf und ein.

Es wäre gut, wenn die Partei- und Gewerkschaftszeitungen diese Warnung abdrucken möchten.

Die geschilderten Zustände befinden sich in der Forsterei Kühndruck bei Al.-Schönau, Kreis Wehlau.

Berlin und Umgegend.

Noch eine Tariffündigung in der Holzindustrie.

Für die Kutscher und Hilfsarbeiter in den Holzbearbeitungsbetrieben Berlins hatte der Deutsche Transportarbeiterverband im Jahre 1907 mit dem „Verein der Fräseisenbesitzer und verwandter Gewerbe für Berlin und Vororte“ einen Lohnvertrag vereinbart. Der Tarif läuft am 15. Januar 1910 ab. Vor Ablauf der Kündigungsfrist hat zwischen den Parteien über die eventuelle Verlängerung resp. Vertragsänderung ebenfalls eine Aussprache stattgefunden. Ein endgültiges Resultat konnte hierbei jedoch nicht erzielt werden. Vielmehr hat der genannte Arbeitgeberverein, welcher dem Verband der Holzindustriellen angegliedert ist, am 30. November den Vertrag gekündigt. Die kommenden Verhandlungen werden ergeben, ob für die genannte Arbeiterkategorie wieder ein korporativer Lohnvertrag zustande kommen wird. Daß die Kutscher wachsam sind, dafür bürgt ihr gutes Organisationsbewußtsein. Diefelben sind zu 98 Proz. im Transportarbeiterverband organisiert.

Deutsches Reich.

Christliche Gewerkschaftler gegen das geheime Wahlrecht.

Am Sonntag und Montag fand in der Gemeinde Wesseling bei Bonn (Ahein.) die Ortskrankenkassenwahl statt. Die „Christlichen“ trieben nicht nur eine äußerst verlogene Agitation, sondern sie wollten auch durch eine systematische Kontrolle der geheimen Stimmabgabe die Sozialdemokraten aus dem Felde schlagen. Den Kassiermitgliedern wurde ein Brief mit Flugblatt und Stimmzettel zugestellt, der neben der Adresse eine genaue Kontrollnummer enthielt. Auf dem Kuvert stand in großer Druckchrift:

Christlich-nationale Arbeiter.

Dieser grüne Umschlag ist am Eingang zum Wahllokal abzugeben. Der einliegende Stimmzettel ist zur Wahl zu benutzen.

Trotz dieser schamlosen Anfertigung der geheimen Stimmabgabe sind die „Christlichen“ in dem durch und durch katholischen und halb ländlichen Ort hineingefallen: die Liste der freien Gewerkschaften siegte mit 200 gegen 238 „christliche“ Stimmen.

Wutung, Tabakarbeiter! Wegen fortgesetzter Schikanierungen und Mißregelungen organisierter Arbeiter sowie wegen Lohnabgängen ist die Firma Aug. Wase-Labbeke (Wesfalen) gesperrt. Die Firma unterhält mehrere Filialen.

Die Holzarbeiter in Neustadt an der Orla haben mit dem Arbeitgeberverband einen Vertrag abgeschlossen, der 5 Vertriebe mit 50 Arbeitern umfaßt. Die Arbeitszeit wird von 60 auf 58 Stunden wöchentlich verkürzt. Neben dem Ausgleich für Verfürgung der Arbeitszeit tritt im Laufe der Vertragsperiode eine Lohnerhöhung von 3 Pf. pro Stunde ein. Der Vertrag hat Gültigkeit bis zum 17. Februar 1912.

Die Firma August Sittelbach hat den Vertrag nicht anerkannt, deshalb gilt sie auch weiter als gesperrt.

Christliche Kampfunfähigkeit.

Wie der christliche Gewerkschaftssekretär Funke in einer Versammlung erklärte, wollen sich die christlichen Gewerkschaften in München an den am 5. Dezember stattfindenden Delegiertenwahlen zur Ortskrankenkasse nicht beteiligen. Sie geben an, daß solle ein Protest dagegen sein, daß die jetzige sozialdemokratische Kasserverwaltung sich weigere, das Proporzsystem für die Vertreterwahlen einzuführen. In Wahrheit aber wollen die christlichen Gewerkschaftsführer nicht zeigen, ein wie großer Teil ihrer Mitglieder ihnen davon gelassen ist; außerdem soll es auch an den nötigen Geldmitteln fehlen. Die Christlichen sind also wegen Kampfunfähigkeit die Waffen. Vor der letzten Wahl haben sich die Herrschaften allen Ernstes eingebildet, die Kasserverwaltung an sich reißen zu können. Dabei haben sie sich aber die Finger gründlich verbrannt.

Verantw. Redakt.: Richard Barth, Berlin. Inseratenteil verantw.: H. Glöck, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Druck u. Verlagsgesellschaft, Berlin SW. Diergu 3 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Ausland.

Der schwedische Gewerkschaftskongress.

Im weiteren Verlauf der Sonnabendssitzung beschäftigte der Kongress sich mit einem Antrag des Legationsratens zur Einführung einer den verschiedenen Arbeitsformen entsprechenden Staffelung der Beiträge sowie Extrabeiträge zur Landesorganisation, wozu auch die bei Lohnkämpfen zu zahlenden Unterstützungen bemessen werden sollten. Bis jetzt sind die Beiträge und Extrabeiträge sowie Unterstützungen nur für voll- und halbzahlende Mitglieder (Arbeiterinnen und Lehrlinge) bestimmt. Der Kongress nahm den Antrag nicht an, gab jedoch dem Landessekretariat Auftrag, innerhalb der angefallenen Verbände zu untersuchen, ob ein solches Beitragsystem zweckmäßig und durchführbar ist, und dann dem nächsten Kongress eventuell Vorschläge zur Lösung der Frage zu machen.

Die Interessengemeinschaft zwischen politischer und gewerkschaftlicher Arbeiterbewegung kam bisher in Schweden unter anderem in folgendem Satz des Statuts der Landesorganisation zum Ausdruck:

„Aufgabe der Landesorganisation ist es gleichzeitig, dafür zu wirken, daß jeder Fachverein sich der Arbeiterkammer seines Ortes und damit der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Schwedens anschließt.“

Run ist auch in Schweden schon oft hier und da das Bestreben hervorgerufen, die Gewerkschaften, wenn nicht in der Tat, so doch formell politisch neutral zu machen. Dem Kongress lagen zwei Anträge vor, jenen Satz aus dem Statut zu streichen. Das Landessekretariat empfahl, die Anträge rundweg abzulehnen. Die Streichung jenes Satzes wurde jedoch vom Kongress beschlossen, allerdings nur mit der geringen Mehrheit von 232 gegen 224 Stimmen. Jedoch wurde unmittelbar darauf mit 367 gegen 55 Stimmen folgende Resolution angenommen, in der grundsätzlich ausgeprochen wird, daß Gewerkschaften und Partei zusammengehören.

„In Anbetracht an den Beschluß des Kongresses, daß im Statut der Landesorganisation kein Punkt mehr vorhanden sein soll, der formell auf das Zusammenarbeiten mit einer bestimmten politischen Partei hinweist, erklärt der Kongress, um allen Mißdeutungsverhütung des Beschlusses vorzugehen, daß damit nicht in irgend einer Weise irgendwelche Veränderungen in der geistigen Einheitslichkeit und der Solidarität der Arbeiterbewegung beabsichtigt wird, die schon von Anfang an die schwedische Gewerkschaftsbewegung und Sozialdemokratie verbunden hat. Der Kongress betrachtet die sozialdemokratische Arbeiterpartei Schwedens als die natürliche und berufene Trägerin des politischen Strebens der schwedischen Arbeiterklasse.“

Es kam dann noch ein Antrag zur Verhandlung, der die Parteifunktionäre der Landesorganisation verboten sollte, politische oder kommunale Vertrauensämter anzunehmen. Es sollte also im Statut festgelegt werden, daß kein Angestellter der Gewerkschaftszentrale Reichstagsabgeordneter, Gemeindevorsteher usw. sein dürfe. Der Antrag, von jugoslawischer Seite ausgegangen, wurde teils damit begründet, daß die eigentliche Tätigkeit der Funktionäre unter der Wahrnehmung solcher Vertrauensämter leide, teils damit, daß die Funktionäre als Reichstagsabgeordnete usw. die Interessen der bestehenden Gesellschaft, und somit der Feinde der Arbeiterklasse wahrnehmen.

Der Kongress lehnte den Antrag ab, und nahm statt dessen mit 423 gegen 76 Stimmen diese Resolution an:

„Zwischen der politischen und gewerkschaftlichen Tätigkeit in Schweden hat immer ein intimes Zusammenarbeiten geherrscht, das ohne Zweifel die Stärke der Bewegung ausmacht.“

Rein unpolitische Gewerkschaftstätigkeit würde zweifellos eine schädliche Verflüchtung mit sich bringen. Nach dieser Richtung treiben auch keineswegs die Verhältnisse in unserem Lande. Die letzten Jahre haben im Gegenteil gelehrt, daß es von Jahr zu Jahr immer wichtiger für die Gewerkschaftsbewegung wird, innerhalb ihrer eigenen Reihen ein lebhaftes und wachsendes Interesse für die politische Tätigkeit aufrechtzuerhalten, vor allem mit Rücksicht auf die Gesetzgebung des Landes.

Mangelt es in diesem Punkt an Wachsamkeit und Interesse und läßt die Gewerkschaftsbewegung diese Arbeit gleichgültig liegen, so entsteht die Gefahr, daß die Gewerkschaftstätigkeit mit einem Schlag durch gegen sie gerichtete Gesetze verhindert und vernichtet wird.

In unseren nordischen Ländern und besonders in Schweden ist die letzten Jahre eine intensive Arbeit zur Schaffung solcher Gesetze betrieben worden, und gerade gegenwärtig ist man einer Verwirklichung dessen näher als je zuvor. Es ist zweifellos Tatsache, daß die Interessen der Arbeiter dadurch nur gewinnen, daß sie selbst mittels ihrer Vertreter an den vorbereitenden Arbeiten, die eine derartige Gesetzgebung betreffen, teilnehmen können, und und ebenso zweifellos wichtig ist es, daß die Bewegung bei der Behandlung und Entscheidung solcher Fragen im Reichstage ihre besonderen Repräsentanten hat. Die Zeit, die zu solcher Arbeit von den dazu ausersehenen Repräsentanten der Bewegung verwandt wird, ist also direkt im Dienste der Bewegung angewandt. Bei der Wichtigkeit, die darin liegt, daß solche Fragen im Reichstage sachkundig beleuchtet werden, muß der Kongress es als äußerst unling bezeichnen, den mit der Bewegung am meisten vertrauten Repräsentanten die Teilnahme an der Reichstagsarbeit zu verweigern.

Der Kongress, der nicht findet, daß die Reichstagsarbeit die Funktionäre der Bewegung bisher verhindert hat, auch im übrigen ihre Pflicht zu tun, kann aus den kurz angegebenen Gründen den Anträgen nicht zustimmen.“

Streit der Weichensteller in Minnesota.

Die Weichensteller von dreizehn Linien der Northwestern Railroad sind, wie aus Minnesota gemeldet wird, in den Ausstand getreten. — Infolge des Ausstandes sind viele Güterzüge ausgefallen, auch die Personenzüge verkehren unregelmäßig.

Auf der Duluth Lake Eisenbahn lagen am 1. Dezember alle Güterzüge still. Die Verwaltung der Eisenbahn beabsichtigt zehntausend Eisenbahnarbeiter auszuheben, falls die Weichensteller im Ausstande beharren. Eisenbahnbeamte sollen den Streikenden in den Häfen, indem sie auf den Bahnhöfen in St. Paul Weichenstellerdienste verrichten.

Parlamentarisches.

Aus unserer Fraktion.

Zu unserer gestrigen Mitteilung über die von der sozialdemokratischen Fraktion eingebrachten Anträge teilen wir ergänzend noch folgendes mit:

Der Gesetzentwurf über Abänderung des Krankenversicherungsgesetzes bezieht sich auf Einführung der geheimen Wahl bei den Anwartschaftsklassen. — Der Gesetzentwurf über die Erweiterung der Rechte des Reichstages betrifft die Entscheidung über den Krieg. Nicht die Einführung des Reichstagswahlrechtes, sondern die Einführung des gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts für alle über 20 Jahre alten Reichsbürger ohne Unterschied des Geschlechts wird für alle Bundesstaaten verlangt. — Der Gesetzentwurf betreffend die landwirtschaftlichen Arbeiter bezieht sich auf landwirtschaftliche Arbeiter und das Gefinde und verlangt Aufhebung aller gegen diese Kreise der Bevölkerung bestehenden Ausnahmegesetze, Einführung der Krankenversicherung und Arbeiterschutzmaßnahmen. Nicht ein achtstündiger Normalarbeitstag, sondern eine achtstündige höchstzulässige Arbeitszeit ist verlangt. Die Forderung des Lohnschlagsnahmegesetzes verlangt die Grenze, bis zu der das Beschlagsnahverbot angewendet werden soll, von 1500 auf 2500 Mk. Jahresarbeitslohn auszubehnen.

Eine Änderung des Zolltarifgesetzes wird dahin verlangt, daß 1. der Identitätsnachweis aufgehoben, 2. die Zölle befreit werden sollen, sobald das Getreide einen bestimmten Freiheitsgrad übersteigt.

Ferner hat die Fraktion einen neuen Antrag eingebracht, wonach die Regierung ersucht werden soll, ein Gesetz vorzulegen, das die Rechte und sozialen Verhältnisse des Theaterpersonals regeln soll.

Montag oder Dienstag kommender Woche wird die Interpellation über den Zehnarbeitsnachweis verhandelt. Redner unserer Fraktion sind die Genossen Bömelburg und Hengsbach. Donnerstag nimmt dann die Staatsberatung ihren Anfang. Redner zum Etat sind die Genossen Scheidemann, Dr. Frank und Emmel. Weiter sind als Redner bestimmt: für die Revell zum Strafgesetzbuch Stadthagen und Heine, für den Vertrag betr. Dampfschiffverbindung Roste. Zu der Interpellation betreffend die Unterstützung der Tabakarbeiter sprechen Geyer und Kalkenbühr, zu den Handelsabkommen sprechen Kalkenbühr und Südekum.

Interpellationssturm.

Sieben Interpellationen, sämtlich datiert vom 30. November 1909, liegen dem Reichstage bereits vor. (Nrn. 25—31 der Reichstags-Drucknoten.) Nr. 25 ist von den Freistümmlern eingebracht und behandelt die Kieler Verfassere. Die Nrn. 26 und 27 sind Zentrumsanträge; jener behandelt die Angelegenheit des Zwangsarbeitsnachweises der Arbeitgeberverbände im Ruhrrevier, dieser die Pensionveränderung der Privatbeamten.

Die vier Interpellationen 28—31 sind von den Sozialdemokraten eingebracht; sie behandeln: die Ruhr-Arbeitsnachweise, die Frage der Unterstützung arbeitsloser Tabakarbeiter, die Beziehung von Militär ins Mansfelder Bergrevier und die Mißstände auf den Reichswerken.

Als achte Interpellation haben die Nationalliberalen unterm 1. Dezember an den Reichstanzler die Anfrage gerichtet: Wann ein Gesetzentwurf über die Pensions- und Hinterbliebenenversicherung der Privatbeamten zu erwarten ist.

Verfammlungen.

Die Generalversammlung des Maurerverbandes, Zweigverein Berlin, fand am Sonntagvormittag in der „Neuen Sphäronie“, Köpenicker Straße, statt. Otto Hanke sprach zunächst über den nächstjährigen Verbandstag und legte die Vorschläge über die Verteilung der Delegierten vor, wie sie in der Vertreterwahl angenommen wurden. Danach entfielen auf die Sektion der Puffer mit 1761 Mitgliedern 2 Delegierte, auf die Sektion der Gips- und Zementbranche mit 1329 Mitgliedern ebenfalls 2 Delegierte. Die Sektion der Maurer soll aus 3 Wahlbezirken bestehen; die Zahlstelle Berlin mit 5791 Mitgliedern wird 3 Delegierte erhalten, die Zahlstellen Charlottenburg, Niddorf und Groß-Lichterfelde mit 665 Mitgliedern einen Delegierten und die übrigen Zahlstellen in der Umgegend von Berlin mit 976 Mitgliedern ebenfalls einen Delegierten. — Diese Vorschläge fanden die Zustimmung der Generalversammlung. Die Kandidaten zu der Delegiertenwahl am 5. Dezember wurden dann aufgestellt; es ergab sich die folgende Liste: Sektion der Puffer: Gustav Däumig, Friedr. Lemme, Hermann Neumann, Ernst Schulze und Paul Szymanski. Sektion der Gips- und Zementbranche: Rudolf Grundmann, Karl Gohlke, Otto Hense, Wilhelm Lemme, Otto Ragemann und Friedrich Gasse. Sektion der Maurer: 1. Wahlbezirk: Gustav Dahlenburg, Karl Gerde, Otto Hanke, Julius Heller, Paul Hensel, Marcus Kracht, Hermann Krämer, Moritz Reinert, Christian Motussek, Karl Stegemann und Wilhelm Joch. 2. Wahlbezirk: Karl Doose, Franz Heibemann und Heinrich Schwimann. 3. Wahlbezirk: Karl Heurl, Wilhelm Korfing, Otto Meinke, Richard Rosolf, Ernst Semmler, Samuel Simoleit, August Schulze, Julius Wulff und Hermann Jabel.

Zahlreiche Anträge von den einzelnen Zahlstellen lagen der Generalversammlung vor, um sie vor dem Verbandstag zu bringen. In der Vertreterwahl wurden die Anträge schon gefichtet und nur ein Teil davon der Generalversammlung zur Annahme empfohlen. Diese Anträge bezogen sich auf Einrichtungen in dem neuen „Verband der Bauarbeiter“, der durch die Verschmelzung der Bauhilfsarbeiter mit den Maurern zustande kommen soll. Der Vorsitzende machte bekannt, daß die Zustimmung im Zweigverein Berlin des Maurerverbandes zugunsten der Verschmelzung ausgefallen sei. Das Resultat ist unter den einzelnen Sektionen wie folgt: Von der Sektion der Puffer stimmten 83 Proz. dafür, 69 Proz. dagegen und 7 Proz. enthielten sich der Stimme. Von der Gips- und Zementbranche stimmten 72,9 Proz. dafür, 6,9 Proz. dagegen und 20,2 Proz. enthielten sich der Stimme. Von den Maurern stimmten 70,8 Proz. dafür, 18 Proz. dagegen und 11,2 Proz. enthielten sich der Stimme. Im Gesamtzweigverein waren 60,1 Proz. dafür, 27 Proz. dagegen und 12,9 Proz. enthielten sich der Stimme.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Stadtverordneten-Wahltag.

Dresden, 1. Dezember. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Bei der heutigen Stadtverordnetenwahl wurden 5 Sozialdemokraten gewählt. Die Zahl der sozialdemokratischen Stadtverordneten stieg von 13 auf 15.

Das belgische Militärgesetz angenommen.

Brüssel, 1. Dezember. (B. L. B.) Die Kammer hat nach erregter Debatte das Militärgesetz in zweiter Lesung mit 104 gegen 49 Stimmen und 5 Stimmenthaltungen angenommen.

Bergmannslos.

Neustadt a. b. Saardt, 1. Dezember. (B. G.) Auf der Zett-Kohlengrube bei Gerzweiler verunglückten die Bergleute Kaiser und Engel. Während Kaiser seinen Verletzungen erlag, liegt der andere schwer verletzt danieder.

Ein Schulschiff gestrandet.

Bremen, 1. Dezember. (B. L. B.) Nach einem hier vorliegenden Hoch-Telegramm aus Dominica ist das Schulschiff des deutschen Schulschiffvereins „Großherzogin Elisabeth“, welches am 25. November von St. Thomas nach Dominica weitergesegelt war, bei Portsmouth gestrandet. Nähere Nachrichten fehlen noch. Soweit man hier nach Kenntnis der Bodenbeschaffenheit der dortigen Gewässer die Lage des Schiffes zu beurteilen vermag, liegt kein Anlaß vor, an dem Wiederabkommen des Schiffes Zweifel zu hegen.

Rüstungskoller in Australien.

Melbourne, 1. Dezember. (B. L. B.) Im Repräsentantenhaus des australischen Bundesstaates wurde heute in zweiter Lesung der Gesetzentwurf betreffend die Ausnahme einer Flottenanteile angenommen. Der Antrag soll zur Beschaffung eines Kreuzers vom Indomantatyp, drei Kreuzern zweiter Klasse vom Bristoltyp, sechs Flugkanonenbooten und drei Unterseebooten bestehen. Diese Schiffe werden die australische Flottenmacht bilden, die im Verein mit der indischen und der chinesischen Flottenmacht 39 Schiffe, das ist das für die Ostflotte festgesetzte Minimum, ausmachen wird. Die jährliche Gesamtausgabe Australiens für das neue Geschwader wird 785 000 Pfund Sterling betragen, wozu die Regierung einen Beitrag von 250 000 Pfund angeboten hat.

Reichstag.

2. Sitzung. Mittwoch, den 1. Dezember, nachmittags 1 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht die

Wahl des Präsidenten, der Vizepräsidenten und der Schriftführer.

Die Wahl des Präsidenten geschieht nach der Geschäftsordnung durch Stimmzettel.

Der Wahl des Präsidenten werden 351 Stimmzettel abgegeben, darunter 96 unbeschriebene. Von den verbleibenden 255 Stimmen lauten 236 auf den Grafen Stolberg, 2 auf den Abg. Bruhn (Antl.) (Große Heiterkeit.) Graf Stolberg ist somit zum Präsidenten gewählt und erklärt, die Wahl anzunehmen; zugleich übernimmt er unter Dankesworten von neuem den Vorsitz.

Bei der Wahl des ersten Vizepräsidenten werden 350 Stimmzettel abgegeben, darunter 104 unbeschriebene. Von den verbleibenden 246 Stimmen sind 239 auf Dr. Spaahn (Z.) gefallen, 2 auf den Abgeordneten Paasche (natl.), je 1 auf die Abgeordneten Singer (Soz.), Jungsbach (Soz.), Bruhn (Antl.). Gewählt ist somit Dr. Spaahn (Z.), welcher erklärt, die Wahl anzunehmen.

Bei der Wahl des zweiten Vizepräsidenten werden 351 Stimmzettel abgegeben, darunter 118 unbeschriebene. Von den verbleibenden 233 Stimmen sind 221 auf Dr. Paasche (natl.), zerstückelt sind 12. Abg. Dr. Paasche: Ich sage meinen verbindlichen Dank den Herren, welche mir ihre Stimme gegeben haben. Ich kann aber die Wahl nicht annehmen und lehne sie im Einverständnis mit meinen politischen Freunden ab. (Lebhafte Bravo! bei den Nationalliberalen und den Freisinnigen.)

Abg. v. Normann (L.) (zur Geschäftsordnung): Ich beantrage, die Wahl des zweiten Vizepräsidenten nach der soeben gehörten Erklärung bis übermorgen auszuschieben (Miese links: Wozu denn?) und jetzt die Wahl der Schriftführer vorzunehmen. (Lebhafte Widerspruch links.)

Abg. Singer (Soz.) (zur Geschäftsordnung): Ich bedauere, darauf aufmerksam machen zu müssen, daß eine Vertagung der Wahl des zweiten Vizepräsidenten unter Fortsetzung der Verhandlungen nach unserer Geschäftsordnung unzulässig ist. Würde die Wahl des zweiten Vizepräsidenten vertagt werden, wogegen ich nichts einzuwenden hätte, so müßte unsere gesamte Tätigkeit vertagt werden. Der Reichstag kann erst verhandeln, wenn das Präsidium konstituiert ist. Der Antrag Normann ist also geschäftsordnungswidrig und daher widerprüchlich ihm. Zugleich möchte ich aber auch die Gründe hören, aus denen Herr v. Normann den Antrag gestellt hat, die Wahl des zweiten Vizepräsidenten zu vertagen.

Abg. Gräber (Z.) (zur Geschäftsordnung): Herr Singer hat behauptet, daß es gegen die Geschäftsordnung sei, wenn die Wahl des zweiten Vizepräsidenten ausgesetzt wird. Ich möchte ihn bitten, diese Behauptung zu begründen, zumal früher eine Reihe von Fällen vorgekommen ist, in denen so gehandelt worden ist. Ich glaube, der Abg. Singer ist es dem hohen Hause schuldig, die Behauptung, daß der Antrag v. Normann geschäftsordnungswidrig ist, mit Gründen zu belegen.

Abg. Singer (Soz.) (zur Geschäftsordnung): Wenn der Abg. Gräber die Gründe, welche ich angeführt habe, nicht verstanden hat, so liegt das an ihm. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ich habe jedenfalls die Gründe für meine Auffassung dargelegt und glaube, daß diese Auffassung durchaus stichhaltig ist. Im übrigen würde ich meinerseits bitten, und zwar mit mehr Recht als Herr Gräber, doch zu begründen, weshalb die Wahl des zweiten Vizepräsidenten vertagt werden soll. Ich habe auch nicht dagegen Widerspruch erhoben, daß diese Wahl vertagt wird, sondern gegen den Antrag Normann, der verlangt, daß die Wahl des zweiten Vizepräsidenten vertagt wird, der dann aber die Schriftführer wählen und dann weiter sachlich verhandeln will!

Präsident Graf Stolberg: Gestatten Sie, daß ich Sie unterbreche. Ich habe den Antrag v. Normann nicht so aufgefaßt. Der Antrag geht vielmehr bloß dahin, die Wahl des zweiten Vizepräsidenten zu vertagen und jetzt die Schriftführer zu wählen. (Widerpruch bei den Sozialdemokraten.) Herr v. Normann hat beantragt, die Wahl des zweiten Vizepräsidenten bis übermorgen zu vertagen und heute die Wahl der Schriftführer vorzunehmen; darüber, was morgen geschehen soll, enthält der Antrag nichts.

Kleines feuilleton.

Vom Tierkreislicht, jenem bei uns nur sehr selten, in den Tropen aber fast allmählich sichtbaren merkwürdigen Lichtkegel, der als matter Schein vom Horizont aufsteigt und durchdringt die Sternbilder des Tierkreises überzieht (daher der Name), hat Herr E. A. Rath auf der Lichtreise 1907 und 1909 photographische Spektroskop-Aufnahmen gemacht. Diese erweisen, daß das Leuchten des Nebellichtes durch zurückgeworfenes Sonnenlicht hervorgerufen ist. Verneinung erklärt die Natur des Tierkreislichtes durch das Einfallen von Sonnenstrahlen, der durch den Druck der Sonnenlichtstrahlung von der Sonne fortgetrieben wird, in die Erdatmosphäre. Die Beobachtungen von Rath stützen diese Anschauungen in vorzüglicher Weise.

Theater.

Leistung-Theater: (Gedenkfest der Freien Bühne) „Vor Sonnenaufgang“ von Gerhart Hauptmann. Aus der Wisere unserer heutigen dramatischen Produktion, die längst wieder in die ausgefahrenen Gleise einer eben, von jeder fruchtbarsten Beziehung zu den Strömungen und Nüancen der Gegenwart losgelassen Routine eingelenkt hat, leitete die Aufführung von Hauptmanns Erstling, als Gedenkfest der vor zwei Jahrzehnten gegründeten „Freien Bühne“, den Blick auf jene hoffnungsvolle Zeit zurück, da sich in Sturm und Drang das Kommen einer neuen, von höherem Wahrheitsbewußtsein getragenen Bühnenkunst anzuahnen schien. So kurz die „Freie Bühne“, deren Gründung wenige Monate später die Konstituierung der Freien Volksbühne folgte, gelebt hat, so bedeutende Anregungen sind von ihr ausgegangen. Sie hat entscheidend mitgeholfen, jenseits tiefgründigen Schöpfungen den Weg auf die Theater zu bahnen, hat Hauptmann, das stärkste der jung aufstrebenden Talente, auf den Schild gehoben und den Anstoß zu einer überraschenden Entwicklung im Charakterisierenden Schauspielkunst gegeben. Tendenzen, die von ihrem Leiter Brahm in seiner späteren Tätigkeit als Direktor des Deutschen und des Leistungstheater in erfolgreicher Weise fortgeführt wurden. Seine Neben- und Hauptmann-Aufführungen haben in weitem Umfang richtungweisend gewirkt.

Wander von denen, die bei der Aufführung der Freien Bühne im Streite mit der ärmlichen Opposition dem neuen Stern befeuert zuzubringen, mag zu der Feier mit der Vorführung gegangen sein, daß das Wiederleben nach so langer Zeit ihm eine Enttäuschung bereiten werde. Doch Hauptmanns „Sonnenaufgang“, so sehr das Stück die Prägung einer bestimmten Zeit trägt, haben die Jahre nichts anzuhaben vermocht. Vom Schluß abgesehen, mit dem sich auch damals schon selbst die entscheidenden Bemerkungen nicht beschränken konnten, erregt das Ganze durch die energische, auch die feinsten Einzelzüge beherrschende Zielstreue der Charakteristik, die farbige Abmalung des Dialogs, die bildnerische Kontrastierung der Figuren noch immer Anteilnahme und Bewunderung. Der empörte jugendlich-idealistische Protest wider

Abg. Singer (Soz.): Nach meiner Auffassung hat Herr v. Normann beantragt, die Wahl des zweiten Vizepräsidenten bis übermorgen auszuschieben, dann die Schriftführer zu wählen und dann — so habe ich verstanden — in die sachlichen Verhandlungen einzutreten. (Miese rechts: Nein! nein!) Dann hätten Sie ja keinen Grund, die Wahl bis übermorgen auszuschieben, denn Sie können doch nicht glauben, daß die Wahl der Schriftführer den Tag morgen in Anspruch nimmt! Ich begreife ja, daß die Herren etwas konfuziert sind. (Große Heiterkeit links, Widerspruch rechts.) Nach der Geschäftsordnung werden die Schriftführer nach der Konstituierung des Präsidiums gewählt. Um Sie doch der Geschäftsordnung nicht Gewalt an. Wenn die Wahl des zweiten Vizepräsidenten jetzt ausgesetzt wird, sind alle Verhandlungen des Reichstags so lange ausgesetzt, bis das Präsidium endgültig konstituiert ist. Das geht aus den §§ 4 und 11 der Geschäftsordnung klar hervor. Ich bleibe also dabei, daß Herr Kollege Gräber es dem Hause schuldig ist, mitzutheilen, wie die Situation bei den Wahlen, auf die er Bezug genommen hat, gelegen hat. Aber es ist auch ganz gleichgültig, denn wenn selbst vor zwölf oder zwanzig Jahren das Haus einmal verfahren hat, ohne die Geschäftsordnung zu berücksichtigen, so ist das Haus nicht verpflichtet, heute in denselben Fehler zu verfallen. Es bleibt also dabei, daß zuerst die Wahl der Präsidenten vorzunehmen ist und dann erst geschäftsordnungsmäßig die Wahlen der Schriftführer. Im übrigen, meine Herren, vertagen Sie doch bis morgen, und einigen Sie sich im Laufe des Nachmittags! Ich bestreite dem Hause nicht das Recht, daß es sich in jedem Augenblick vertagen kann, aber doch es die Wahl des zweiten Vizepräsidenten aussetzt und dann trotzdem die Schriftführer wählt und in die Verhandlungen eintritt, ist geschäftsordnungswidrig und deshalb muß ich meinen Widerspruch aufrecht erhalten. (Sehr richtig! links.)

Abg. Dr. Müller-Meinungen (fr. Sp.): Nach der Geschäftsordnung ist die Auffassung des Abg. Singer unzweifelhaft richtig. Es ist im § 9 von der Wahl der Präsidenten die Rede, und es heißt dann im § 10: „In einer einzigen Wahlhandlung erfolgt demnach die Wahl von acht Schriftführern.“ Deutlich kann die Geschäftsordnung sich nicht aussprechen. Es würde gegen die klaren Bestimmungen verstoßen, wenn Sie heute die Schriftführer und übermorgen erst den zweiten Vizepräsidenten wählen würden. (Sehr richtig! links.)

Abg. Gräber (Z.): Es ist ein doppelter Antrag gestellt worden: 1. die Wahl des zweiten Vizepräsidenten auf übermorgen zu vertagen und 2. heute noch die Wahl der Schriftführer vorzunehmen. Herr Singer hat anerkannt, daß er gegen den ersten Antrag nichts einzuwenden hätte, er erklärt sich nur gegen den zweiten. Wie man sich dazu stellen wird, darüber mag das hohe Haus entscheiden. (Zurufe bei den Sozialdemokraten: Die Geschäftsordnung!)

Abg. v. Normann (L.): Herr Singer hat mehr gehört als ich gesagt habe. Von einer materiellen Beratung habe ich kein Wort geredet. Im übrigen möchte ich Herrn Singer fragen: was wird denn, wenn zum Beispiel der zweite Vizepräsident gewählt ist, aber im Hause nicht anwesend ist, so daß er nicht gefragt werden kann, ob er die Wahl annimmt? Können dann auch die Schriftführer nicht vorher gewählt werden? Ich glaube, daß die Wahl der Schriftführer jetzt ruhig vorgenommen werden kann. (Sehr richtig! rechts.)

Abg. Singer (Soz.): Wir können ja abwarten, bis ein solcher Fall vorliegt. Ich würde allerdings sagen, auch dann würde die Sitzung ausgesetzt sein, bis der zweite Vizepräsident da ist. Im übrigen muß ich der Auffassung des Herrn Gräber widersprechen, als handle es sich um zwei Anträge. Rein es liegt ein einheitlicher Antrag Normann vor, und dieser eine Antrag ist geschäftsordnungsmäßig unzulässig. (Sehr richtig! links.) Würde nichts weiter beantragt sein als eine Vertagung, so hätte ich mich gar nicht erst zum Worte gemeldet.

Abg. Vossfmann (natl.): Ich muß mich nach dem Wortlaut der Geschäftsordnung der Auffassung anschließen, daß die Wahl der Schriftführer erst erfolgen kann, nachdem die drei Herren Präsidenten gewählt sind. Das ist auch durchaus verständlich, denn man wird erst wissen wollen, wer zum Vizepräsidenten gewählt ist, ehe man die Schriftführer wählt. Wenn der Gewählte nicht anwesend ist, so wird eben zunächst angenommen, daß er die Wahl annimmt. Hier aber ist eine Ablehnung der Wahl erfolgt und es muß eine Neuwahl vorgenommen werden. Daher kann die Wahl der Schriftführer zunächst nicht erfolgen. (Sehr richtig! links.)

Abg. Dietrich (L.): Die Herren Müller-Meinungen und Vossfmann haben eine juristische Auslegung der §§ 9 und 10 gegeben; sie sind dabei als Juristen merkwürdigerweise derselben Ansicht gewesen. (Große Heiterkeit.) Ich bin auch Jurist und bin

anderer Meinung. (Erneute Heiterkeit.) Herr Vossfmann wollte einen Unterschied machen zwischen den Fällen, wo eine Erklärung über die Annahme der Wahl abgegeben ist oder nicht. In den §§ 9 und 10 steht aber keine Silbe von einer Erklärung über die Wahl. Wenn ich Herrn Singer richtig verstanden habe, sagte er: Den Antrag, heute zu vertagen, will ich mir gefallen lassen, nur nicht, daß die Wahl der Schriftführer sofort vorgenommen wird. Gut, den Gefallen kann man Ihnen ja tun. (Miese und Heiterkeit links.) Ich frage nur: ist es nicht tausendmal vorgekommen, daß, wenn ein Punkt der Tagesordnung ausgesetzt wurde, die übrigen Punkte weiter erledigt wurden? (Zurufe links.) Es wäre allerdings besser gewesen, der zweite Teil des Antrags wäre weg gelassen worden. (Sehr wahr! links.)

Abg. Bebel (Soz.): Ich bin erstaunt, daß keiner der Herren auf den zweiten Teil im § 9 aufmerksam gemacht hat. Dort heißt es wörtlich: „Die Wahlen des Präsidenten, so fern des ersten und hierauf des zweiten Vizepräsidenten erfolgen durch Stimmzettel nach absoluter Stimmenmehrheit.“ Danach ist ganz klar, daß die Schriftführer nicht früher gewählt werden können, als bis alle drei Präsidenten gewählt sind. Die Vertagung können Sie beschließen, aber als ersten Punkt auf die nächste Sitzung müssen Sie die Wahl des zweiten Vizepräsidenten legen. (Zustimmung links.)

Abg. Graf Praschna (Z.): Am 27. Februar 1881 hat der Präsident Graf Arnim am Abend nach der Wahl erklärt, daß er die Wahl nicht annehme. Inzwischen war ruhig die Wahl der Vizepräsidenten und der Schriftführer erfolgt. Am 17. Februar 1879 hat am Tage nach der Wahl der zweite Vizepräsident Fiest Hohenlohe erklärt, aus Gesundheitsrücksichten die Wahl nicht annehmen zu können. Darauf hat der Präsident festgesetzt, daß trotzdem die Konstituierung des Hauses geschehen solle, nicht vollständig sei, man ruhig in der Tagesordnung fortfahren und sachlich beraten könne. Dasselbe ist geschehen am 18. Februar 1880.

Abg. Singer (Soz.): In den von dem Vorredner erwähnten Fällen ist aus dem Hause kein Widerspruch erhoben worden (Sehr wahr! links.) und dann ist es uns, daß Abweichungen von der Geschäftsordnung für zulässig erklärt werden. Außerdem wurde damals im Moment der Wahl keine Erklärung abgegeben wie in dem hier vorliegenden Falle.

Abg. Graf Praschna (Z.): Herr Singer scheint mich nicht verstanden zu haben. Ich habe ausdrücklich festgesetzt, daß man in den sachlichen Erörterungen fortgefahren ist. Das ist doch genau derselbe Fall wie hier. (Lebhafte Widerspruch links. Zurufe: Nur weil kein Widerspruch erhoben worden ist!)

Präsident Graf Stolberg will nunmehr über den Antrag Normann abstimmen lassen.

Abg. Singer: Ich hatte angenommen, nach den Ausführungen des Abg. Dietrich, daß der zweite Teil des Antrages zurückgezogen sei. Wenn das nicht der Fall ist, muß ich dabei bleiben, daß dieser Antrag überhaupt geschäftsordnungswidrig ist.

Abg. Dr. Wiemer (fr. Sp.): Mit Rücksicht darauf, daß nach unserer Auffassung ein solcher Antrag der Geschäftsordnung widerspricht, würde ich namentliche Abstimmung darüber beantragen. (Miese rechts.)

Präsident Graf Stolberg: Ich schlage vor, über beide Teile des Antrages v. Normann getrennt abzustimmen. Ist das Haus damit einverstanden? (Widerpruch links.) Dann werde ich über diese Vorfrage abstimmen lassen.

Der Vorschlag des Präsidenten wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Freisinnigen und Nationalliberalen angenommen.

Abg. Singer: Vor der Abstimmung wiederhole ich nochmals den Protest dagegen, daß überhaupt der Antrag als abstimmungsfähig bezeichnet wird. Um nun festzustellen, wer beabsichtigt, diesen neuen

Geschäftsordnungsbruch

vorzunehmen, beantrage ich, auch über den ersten Teil des Antrags von Normann namentlich abzustimmen. (Miese rechts und im Zentrum.)

Abg. Dr. Südekum (Soz.): Der Präsident wird sich als Hüter der Geschäftsordnung zu überlegen haben, ob er einen geschäftsordnungswidrigen Antrag überhaupt zur Abstimmung bringen darf. (Sehr wahr! links.)

In der namentlichen Abstimmung wird der erste Teil des Antrages v. Normann mit 230 gegen 90 Stimmen bei 42 Stimmenthaltungen angenommen, der zweite Teil des Antrages wird zurückgezogen. (Miese links.)

Präsident Graf Stolberg: Ich schlage nunmehr dem Hause vor, die nächste Sitzung abzuhalten: Donnerstag, den 2. Dezember. (Lebhafte Widerspruch links.)

Ramuel II. fährt im geschlossenen Panzerautomobil, dessen Chauffeur eine Kühlung trägt, in rasendem Tempo in Paris ein, begrüßt von der Polizei.

Von dem dicken Faslières zur Jagd auf Tauben eingeladen, entschuldigt er sich, daran nicht teilnehmen zu können: „Ich schicke niemand. Mein Vater ist einem Unfall erlegen, der durch ein Schießgewehr verursacht wurde.“

Marianne fragt ihn: „Wann werden Sie denn bei Euch endlich die Republik erklären?“ — Ramuel: „Meine Untertanen erwarten vielleicht, daß ich sie selbst erkläre.“

Ramuel zu Faslières: „Care Republik ... mein Gott ... Sie ist ja ein bißchen unbehaglich für meinen Onkel Orleans ... aber im übrigen gleich sie ganz dieser Monarchie.“ (Man sieht nichts als getrimmte Buckel ordensschwägerlicher Väter.)

Alfons XIII: „Was fängst Du mit den Freidenkern in Deinem Lande an?“ — Ramuel: „Ich stopfe sie in die Gefängnisse.“ — Alphonse: „Da tust Du unrecht ... Ich laß sie künftigen ... Das ist sicherer.“

Ramuel (verschwiegelt) zu Faslières: „Herr Präsident, ich danke Ihnen, daß Sie mich gestern Abend ausgehen ließen. ... Diese Nacht wird für mich eine große historische Erinnerung sein.“ (Offenbar hat er sich nach den Rezepten der Schauspielerin Granier, die kürzlich vor Wilhelm II. eine Konferenz über die Liebe und die königliche Abhiebt, in die Liebeshand französischer Schauspielerinnen einwiehen lassen.)

Notizen.

— Theaterchronik. Die Neue freie Volksbühne bringt Sonntagmorgen in der Theater Otto Faldenberg's Komödie „Doktor Eisenhart“ als Novität zur Aufführung.

— Herr Wode wird wichtig. Auf die den letzten Rest von zweifelnden Enthüllungen, die die Flora-Wüste bei der mehrfachen Untersuchung ihrem Herrn und Opfer bereitet, weiß Herr Wode nicht mehr zu erwidern. Er sitzt in der Zeitweil „Kunst und Künstler“, die sich merkwürdigerweise dazu hergibt, einige neue Hypothesen auf, die noch frühere „Restaurationen“ als die von Lucas annehmen, und sagt zum Schluß: „Die Wüste kann und wird schließlich für sich selber sprechen.“ Alle nicht zur Coderique Zahlenden (dazu gehört jetzt die gesamte englische Presse) meinen: das hätte sie mehr als genug bereits besorgt.

— Die soziale Studienreise nach England, die die Deutsche Gartenstadt-Gesellschaft dieses Jahr unternahm, wird 1910 wiederholt. Es sollen zwei Reisen mit einer Höchstzahl von je 100 veranstaltet werden (vom 5. bis 17. Juli und vom 16. bis 28. August). Die Reisen werden durch englische Gartenstadtsiedlungen sowie durch die Städte York, Manchester, Liverpool, Birmingham und London führen und ein Bild moderner sozialer Bestrebungen, sowie englischen Städtebaues und Wohnungswesens geben. Anträgen sind zu richten an die Geschäftsstelle, Heide (Ostbahn).

Humor und Satire.

Manuel auf Reisen.

Dem portugiesischen König, der jetzt seine Antrittslisten an den europäischen Höfen macht, widmet das französische Witzblatt „L'Assiette au beurre“ seine letzte Nummer, die wie immer von einem Künstler besprochen wird und illustriert sehr hoch steht.

Hg. Singer (Soz., zur Geschäftsordnung): Nachdem die Konstituierung des Präsidiums unterbrochen ist, kann morgen eine Sitzung nur stattfinden, um das Präsidium zu konstituieren.
Präsident Graf Stolberg: Wir ist ein lapsus linguae (fallcher Jungenschlag) unterlaufen; ich habe von Freitag sprechen wollen. Nachdem die Wahl des zweiten Vizepräsidenten bis übermorgen vertagt ist, wäre eine Sitzung morgen nur dann zulässig, wenn niemand widerspricht. (Hg. Dr. Sadehm (Soz.): Auch dann nicht) Ich schlage daher dem Hause vor, die nächste Sitzung abzuhalten: Freitag um 1 Uhr mit der Tagesordnung: Wahl des zweiten Vizepräsidenten und der Schriftführer, Gegegnung zur Regelung der Handelsbeziehungen mit dem britischen Reich, Gegegnung zur Abänderung des § 15 des Postarbeitsgesetzes (Notgesetz betreffend die Versicherung der Witwen und Waisen).

Gegen diesen Vorschlag erhebt sich kein Widerspruch.
Schluß der Sitzung: 4 1/2 Uhr.

Aus der Partei.

Die Erziehung auf der Parteischule.

In der gestrigen Nummer des „Vorwärts“ ist aus den „S. M.“ eine Beurteilung des Genossen Bernstein angeführt, die der Befürchtung Ausdruck gibt, daß die gegenwärtige Vorgehensweise in der Parteischule eine einseitige, radikal-dogmatische Erziehungsmethode, die für den praktischen Wirtschaftskampf ungeeignete Personen heranzubilden, zur Folge habe. Das ist das denkbar schärfste Urteil, das über die Parteischule gefällt werden kann, denn wenn sie geradezu das Gegenteil des angestrebten Zieles erreicht, dann sind die recht beträchtlichen Geldopfer, die sie erfordert, in ganz unverantwortlicher Weise zum Fenster hinausgeworfen. Leider beschränkt sich das Mißtrauen gegen die Parteischule und ihre Schüler nicht auf den Genossen Bernstein; wer sich bemüht danach zu forschen, wird leicht ähnliche Urteile finden. Soweit dieses Mißtrauen sich auf die Kenntnis tatsächlicher Mißstände stützt, wäre es wohl Pflicht der Beteiligten, rückhaltlos die Fehler aufzudecken und auf Abhilfe zu drängen. Denn jedes Parteimitglied ist nicht nur berechtigt, sondern verpflichtet, der Verschleierung von Parteigeldern entgegen zu treten. Es wäre daher sehr erwünscht gewesen, wenn Genosse Bernstein etwas ausführlicher sein Urteil motiviert und die ange deutete Kenntnis von etwaigen faulen Zuständen in der Schule eingehend dargelegt hätte.

Ich zweifle nicht daran, daß B. sein absprechendes Urteil im guten Glauben fällt, bin aber ebenso sehr überzeugt, daß er das Opfer solcher Informationen und feilscherer Kombinationen ist. Meine Anschauung über die Parteischule resultiert aus den Erfahrungen, die ich als Teilnehmer des letzten halbjährigen Kurses machen konnte und dürfte daher immerhin von einigem Wert sein.

Für mich bedeutete die Schulzeit eine Unterbrechung in der Tätigkeit auf dem Zentralbureau einer großen Gewerkschaft. Ich brachte daher genügend gewerkschaftlichen Geist mit, um etwaige gewerkschaftsfeindliche Theorien und Ansichten als solche erkennen zu können und es liegt nicht in meinem Temperament, derartige Ansichten widerstandslos zu verschlucken. Ich führe das an, um dem Genossen Bernstein gegenüber meine Objektivität zu legitimieren, wobei ich nicht verhehlen will, daß ich auch ein klein wenig von der Voreingenommenheit, die den Genossen Bernstein besetzt, mit auf die Schulbank brachte. Außer mir waren aus gewerkschaftlichen Kreisen erschienen der Genosse Hufemann vom Vorstand des Bergarbeiterverbandes und der zweite Vorsitzende der Generalkommission, Genosse Silberstein. Wir haben uns anfangs wohl häufiger darüber unterhalten, welche Haltung wir als Schüler einzunehmen hätten, wenn der Unterricht eine unseren gewerkschaftlichen Ansichten widersprechende Wendung nehmen sollte; doch sind wir nie zu einer praktischen Stellungnahme genötigt worden. Im Gegenteil blieb uns nach kurzer Zeit nicht der geringste Zweifel darüber, daß insbesondere der volkswirtschaftliche Unterricht durch die Genossin Luge in der Hauptsache meisterhaft geleitet wurde, daß jede Kritik lächerlich erschienen wäre. Das trifft nicht nur auf die Form, sondern auch auf den Inhalt des Vorgetragenen zu. Freilich bewegt sich der Unterricht in den Bahnen, die durch die theoretische Stellung der Parteilehrer gezogen sind, aber es wäre irrig, daraus auf ein mechanisches Eindringen dogmatischer Lehresätze schließen zu wollen. Nach meiner Beobachtung waren alle Lehrer einig in dem Bestreben, selbständiges Denken bei den Schülern zu entwickeln. Jedenfalls war die freie Meinungsäußerung im weitesten Umfang gewährleistet. Insbesondere war es die Genossin Luge, die im volkswirtschaftlichen Unterricht, die gegenteilige Anschauungen nicht nur duldet, sondern mit ermunterndem Gesicht kritische Gedanken zu produzieren wollte.

Alles in allem kann ich auf Grund meiner persönlichen Erfahrung die Anschauung Bernsteins über die Tätigkeit der Parteischule als irrig bezeichnen. Es drängt mich um so mehr, dies hier auszusprechen, als gelegentlich einer Aussprache am Schluß des Kurses nach dieser Richtung hin völlige Heberesimung bei sämtlichen Mitschülern herrschte. Und darunter befanden sich Genossen, die schon jahrelang in den gewerkschaftlichen Kämpfen an vorderster Stelle standen und trotz ihrer sicherlich gefestigten Anschauung über die bestmögliche Form der wirtschaftlichen Kämpfe mit uneingeschränkter Dankbarkeit den Unterricht der Parteischule genossen haben. Das sollte auch dem Genossen Bernstein zu denken geben, der bei einem gerechten Urteil über die Schule die Erfahrungen und Ansichten der Schüler selbst doch nicht außer Betracht lassen kann.

Fritz Tarnow.

Der Freund der Parteischule.

Die von uns erwarteten Berlegungsbesprechungen und Entschuldigungsverläufe Bernsteins sind pünktlich eingetroffen. Sie führen den Titel „Zurückweisung“ und haben folgenden Wortlaut:

Der Ausschuss der Redaktion des „Vorwärts“ auf meinen, im neuesten Heft der „Sozialistischen Monatshefte“ veröffentlichten Artikel „Die Theorie in der Partei“ veranlaßt mich, drei Sätze aus dem Artikel, die die Redaktion nicht zitiert, den Lesern des „Vorwärts“ zu unterbreiten. Sie lauten:

1. Durch Verdrängung dieser Bedürfnisse — der heutigen Bedürfnisse der Gewerkschaftsbewegung — und tatsächliches Entgegenkommen die notwendige Eintracht zwischen Partei und Gewerkschaft sichergestellt zu haben, ist das große Verdienst der Praktiker der Partei.
2. Man soll doch endlich begreifen lernen, daß die Zeit längst vorüber ist, wo die Frage „Wozu oder nicht Wozu?“ lauten konnte. Nicht mehr um den wissenschaftlichen Fundamentalgedanken des Marxismus handelt es sich in den Debatten. Vielmehr um Spezialfragen, die nicht durch Zurückgreifen auf Marx'sche Behauptungen, sondern durch Prüfung der vor uns sich vollziehenden Tatsachen entschieden werden müssen.
3. Daher sind vernünftige Debatten mit ihr — der Marx'schen Scholastik — ein Ding der Unmöglichkeit. Der Form nach werden sie zu bloßem Gequäl, der Sache nach bleiben sie unfruchtbar. . . . Wie soll man es dann psychologisch nicht verstehen, daß die Männer der Praxis — in Bezug auf die theoretischen Debatten — schließlich das Kind mit dem Bade ausschütten?
Diese Sätze werden die Leser erkennen lassen, daß mein Artikel eine ganz andere Tendenz hat als die Redaktion des „Vorwärts“

ihm unterscheidet. Die unwillkürliche Verdächtigung meiner Motive richtet sich von selbst.

Schöneberg-Berlin, den 1. Dezember 1900.

Ed. Bernstein.

Eine Sensationsnachricht.

Aus den Kreisen des Zentralkomitees der sozialdemokratischen Partei Rußlands wird uns geschrieben: Das „Berliner Tageblatt“ bringt ein sensationelles Telegramm aus Paris mit der Ueberschrift: „Gorkis Ausschluß aus der sozialistischen Partei.“ Der Korrespondent will aus sicherer Quelle erfahren haben, daß Gorki durch einen in Paris gefaßten Beschluß des Zentralkomitees der sozialdemokratischen Partei Rußlands wegen einer Polemik (!) am letzten Sonnabend aus der Partei ausgeschlossen worden wäre.

Das Telegramm weiß sogar diese Nachricht mit pilanten Einzelheiten auszumalen. Der Beschluß soll nämlich noch „geheim“ gehalten werden, ein hervorragendes Parteimitglied sei zu Gorki abgereist, um eine „Versöhnung“ herbeizuführen und dergleichen mehr.

Da wahrscheinlich die übrige bürgerliche Presse begierig nach diesen saftigen Bissen schnappen wird, muß festgestellt werden, daß die ganze Geschichte von A bis Z erfunden und daß an ihr kein Haar wahr ist. Weder hat Gorki „eine Polemik“ gegen die Partei veröffentlicht, noch wurde er überhaupt vor ein Parteigericht gestellt, noch ist das Zentralkomitee besetzt, ein Parteimitglied auszuschließen, noch war jemals in den leitenden Kreisen der Partei davon die Rede, gegen Gorki aus irgend einem Anlaß vorzugehen.

Wenn zwischen Gorki — wie dies auf einige seiner Freunde zutrifft — und dem Gros der Partei tatsächliche Meinungsverschiedenheiten in der Bewertung der Tätigkeit der Dumafraktion und der Zweckmäßigkeit einer Vertretung der Partei in der Duma vielleicht auch bestehen sollten, — ich sage vielleicht, denn Gorki selbst hat sich bis jetzt zu dieser die Partei betrogenden Frage gar nicht einmal geäußert, — so könnte die Idee von einem „Ausschluß“ und dergleichen Schreien aus diesem Anlaß nur in einem Hirn entstehen, in dem jedes Denkvormögen aufhört, sobald eine sozialistische Partei in Frage kommt.

Die Ents ist aber allem Anschein nach aus einem ganz anderen Kesse gestiegen gekommen und hat mit Meinungsverschiedenheiten nicht viel zu tun. Die Sache besitzt eine wirklich pilante Seite, die zur Erweiterung der Leser hier mitgeteilt werden soll. Denn ist der Korrespondent des „V. Z.“ nicht einem Späßvogel aus den Kreisen der russischen Genossen einfach zum Opfer gefallen, so hat er höchstwahrscheinlich eine kleine Verwechslung begangen, indem er nämlich den weltbekannten Dichter Gorki mit einem gewissen Gorkil vertauschte, der der Provolation angehördigt und trotz des Mangels an Beweisen freisprechenden Urteils aus einer russischen sozialdemokratischen Gruppe in Genf ausgeschlossen, die Revision beantragte und in dessen Angelegenheit zurzeit wirklich ein Parteigericht in Paris verhandelt. Es ist nun durchaus möglich, daß das vom „V. Z.“ dem Dichter zugebachte grausame Schicksal den genannten Gorkil getroffen hat, — obwohl wir noch nichts Bestimmtes darüber sagen können.

Warnung. In der in Nr. 278 veröffentlichten Warnung vor einem Polen namens Weinberger ist zu ergänzen, daß der Schwindler einen von einem angeblich in Paris wohnhaften Russen (Name unleserlich) an die Genossin Luge gerichteten Empfehlungsbrief vorgeigt. Er ist schlau und ziemlich groß, hat schwarze Haare, spricht gebrochen deutsch und trägt einen heißen Radfahreranzug.

Es geht vorwärts! Unser Hallesches Bruderorgan, das „Volkblatt“, hat während der Zeit des Mansfelder Bergarbeiterstreiks und der Wahlkämpfe in Halle selbst 8800 neue Abonnenten gewonnen. Davon entfallen auf das Mansfelder Revier annähernd 7000! Hier waren vorher keine hundert Abonnenten. Ueber 1800 Leser sind in Halle und Umgegend gewonnen worden und noch täglich werden aus den kleineren Orten gute Erfolge der Hausagitation gemeldet.

Im Mansfelder Revier werden gegenwärtig von der Partei auch Agitationsversammlungen abgehalten, in denen die Genossinnen Hahnenwald-Berlin, Hollender-Weipzig und Sperling-Halle referieren. Damenliche Frauen nehmen in großer Zahl daran teil. Bis jetzt sind in diesen Versammlungen, die noch fortgesetzt werden, 500 neue Mitglieder für die Partei gewonnen!

Vom Fortschritt der Presse.

Am 27. November ist das „Volkblatt für Bochum“ in ein eigenes neues Heim übersiedelt. Es gab zu diesem Festtage eine besondere, illustrierte Nummer heraus, deren Bilder des sozialistischen Geschäftshauses, die Jubiläums-Notations- und eine der Linotypen-Schwarzmaschinen zeigen. Der textliche Inhalt feiert das Erreichen des Unternehmens und erzählt von den zahllosen Opfern und Mühen, die aufgewendet werden mußten, um das Organ des Wahlkreises auf seine jetzige Höhe zu bringen.

Eine Sonntagsgagitation hat dem „Redar-Club“, unserem Heilbronner Parteiorgan, 800 Abonnenten eingetragen.

Jugendbewegung.

„Arbeiter-Jugend.“

Die Nr. 23 ist soeben erschienen. Sie hat folgenden Inhalt: Lehrjahre. — Was ist Sozialismus? Von Gustav Eckstein. — Der junge Schüler. II. Kindheit und Jugendjahre. — Die Aufgaben unserer Jugend. Von Therese Schlesinger. — Die politischen Parteien. Von Julian Vorchardt. — Neue Jugendheime. (Illustriert.) — Polizeispiegel und Jugendorganisation. — Alarmierende Justiz usw.

Beilage: Vier Tage. Von W. Garstin. — Querschnitt und dann Papa. Erzählung von W. Scharrelmann. — Frey Kapitul. Gedicht von Fontane.

Grube „Luise“ und „Marianne“.

Ein auf Wochen berechneter Vetrugsprozeß Schürmeyer und Genossen begann gestern vor dem hiesigen Gericht. Die Anklage betrifft einmal die

Grube „Luise“.

Alex rückt sich die Anklage gegen den Kaufmann Otto Grunfeld, den Kaufmann Romulo Schürmeyer, den Händler Willi Lanfer und die Frau Elise Bieg, geb. Rißake, die sich wegen wiederholten Vorkommens und versuchten Betruges zu verantworten haben. Im Jahre 1900 ein Banthaus Grunfeld u. Co. Eigentümer waren der Angeklagte Grunfeld und ein über 70 Jahre alter völlig mittelloser Schwiegervater des Schürmeyer, der sich um das Geschäft gar nicht kümmerte. Schürmeyer selbst signierte als Prokurist in dem Bankgeschäft, welches übrigens seit dem März d. J. in die „Preussische Waren Clearing Centrale G. m. b. H.“ umgewandelt worden ist. Das Bankgeschäft beschäftigte sich mit dem Vertrieb von Wertpapieren, die im offiziellen Vertriebsnetz nicht

zugelassen sind, mit faulen Gründungen, von denen mehrere ein noch jüngerer strafrechtliches Verfahren veranlaßt haben, und mit der Emission von Anleihen von Gewerkschaften zweifelhafter Solidität. Die Grube „Luise“ ist ein Grubenfeld im Fürstentum Schwarzburg-Sonderhausen, aus dem Harberde gewonnen werden sollte. Der Betrieb des Bergwerkes gestaltete sich absolut unrentabel und wurde schließlich ganz eingestellt. Das Bergwerk wurde aber im Jahre 1900 von einem Baumeister Daniel in Gemeinschaft mit einem Rentier Löwenfeld wieder von den Toten erweckt und im Anfang des Jahres 1900 erworben Grunfeld und Schürmeyer die sämtlichen Auzer der Grube „Luise“. Dagegen die letztere einen sehr zweifelhaften Wert haben soll, beschloß die Gewerkschaft der Grube „Luise“ im Sommer 1900 die Emission einer Anleihe von 1 1/2 Millionen Mark. Die Obligationen dieser Anleihe sollen dann von Grunfeld u. Co. mit allen Mitteln der Besinnung und vielen raffinierten Hilfsmitteln, zu welchen die Herausgabe eines Anleihezettels, die Gründung einer „Treuhand-Gesellschaft“, die den Anschein erwecken sollte, als handele es sich um ganz solide, unter Kontrolle stehende Papiere, durch Veröffentlichung unwahrer „Anleihebedingungen“ usw. gehörten, in das Publikum gebracht worden sein. Die Angeklagten sollen dabei verschiedene betrügerische Angaben über den Wert der Obligationen gemacht und Grunfeld und Schürmeyer allerlei Transaktionen mit den Obligationen gemacht haben, die als vollendet bezug versuchte Betrugsfälle eingestuft werden. Der Angeklagte Lanfer soll der Hauptvermittler gewesen sein, die Angeklagte Bieg auch das Geschäft der Unterbringung der Obligationen besorgt haben.

Die zweite Gruppe der Anklagepunkte bezieht sich auf die

Grube „Marianne“.

Begen vollendeten und versuchten Betruges konnten hierbei in Betracht: der Agent Arthur Weisenberg, der Kaufmann Willi Lanfer, der Agent Karl König, der Bankier Otto Grunfeld, der Prokurist Romulo Schürmeyer. In dieser Anklagesache handelt es sich um die Grube „Marianne“.

Die in Gotha niedergelassene Berggewerkschaft „Marianne“ war von dem Bankgeschäft Grunfeld u. Co. G. m. b. H. mitgegründet worden. Zugleich spielten Grunfeld u. Co. die Rolle der „Treuhandlerin“. Die von der Berggewerkschaft ausgegebenen 4 1/2 Proz. Obligationen sollen außerordentlich minderwertig gewesen sein, auch waren sie an der Berliner Börse nicht zugelassen Grunfeld und Schürmeyer als Leiter des Bankgeschäftes Grunfeld u. Co. sollen genau gewußt haben, daß die Papiere so gut wie nichts wert waren, trotzdem sie in einer Anzahl von Fällen es verstanden haben, unter Mitwirkung der übrigen Angeklagten die Obligationen als gute und honoretreiche anzubieten. In einzelnen Fällen wurden von Fabrikanten leere Automobile gekauft und mit Marianneobligationen bezahlt, die unter verschiedenen Variationen als durchaus wertvoll hingestellt wurden. Die drei ersten Angeklagten, die bei den Verhandlungen wegen Ankaufs der Automobile als Mittelpersonen in Tätigkeit traten, sollen sich bezüglich der Bonität der Obligationen auf die Firma Grunfeld u. Co. berufen und die beiden letzten Angeklagten sollen, wenn es notwendig erschien, auf eine bezügliche telephonische Anfrage die Angaben ihrer Hintermänner bekräftigt haben. Vor Verlesung des Eröffnungsbeschlusses stellt Rechtsanwalt Dr. Alberg einen Antrag auf

Ablehnung des als Sachverständigen

geladenen Landrats Hellwig-Geheun. Gegen diesen Sachverständigen liegt Befugnis der Befangenheit vor, denn er habe seinerzeit zu dem Angeklagten Grunfeld sich dahin geäußert: „It dies nicht der Schürmeyer aus Kassel? Sorgen Sie dafür, daß Schürmeyer aus der Gewerkschaft herauskommt, der paßt da gar nicht hinein!“ — Landrat Hellwig bestreitet, daß eine Aeußerung, die er einmal gelegentlich über Schürmeyer getan, so gelaunt habe, wie hier behauptet werde. Er sei absolut nicht befangen. — Rechtsanwalt Dr. Alberg beantragt, den Sachverständigen die Frage vorzulegen, ob er die Notizen über den Prozeß in den Zeitungen gelesen und ob er diese für richtig halte. Das Gericht lehnt diese Frage und ebenso den Ablehnungsantrag ab.

Für Verhandlung sind gegen 50 Zeugen geladen.

Die gestrige Verhandlung zog sich bis zum späten Abend mit der Vernehmung der Angeklagten hin.

Bei der Vernehmung des Angeklagten Grunfeld bestätigt der Angeklagte auf Befragen des Vorsitzenden, daß die Firma Grunfeld u. Co. bei der Kolonial-Industrie- und Plantagen-Gesellschaft m. b. H. beteiligt gewesen sei. Der Vorsitzende verweist darauf, daß wegen dieser Gesellschaft ein Strafverfahren bei der Staatsanwaltschaft des Landgerichts III Schwabe. Diese Gesellschaft in Ostafrika besteht, wie der Angeklagte „annimmt“, noch jetzt. Die Firma Grunfeld u. Co. war „Treuhand“ für diese Gesellschaft und hat Obligationen in Höhe von 700 000 M. ausgeben wollen, die, wie behauptet wird, durch hypothekarische Eintragungen auf den ostafrikanischen Grundbesitz gedeckt waren. Grunfeld behauptet, daß nur 100 000 M. Obligationen ausgegeben worden seien. Ein anderes Unternehmen, an dem die Firma Grunfeld u. Co. beteiligt war, war die Gesellschaft m. b. H. „Sana“. Auch wegen der Anleihen dieses Unternehmens schwebt ein Strafverfahren. — Was die Grube „Luise“ — ein Grubenfeld am nördlichen Ausgang von Groß-Weitenbach im Fürstentum Schwarzburg-Sonderhausen — betrifft, so ist diese Anfang 1900 von Schürmeyer und Grunfeld gekauft worden. Grunfeld will 50 000 M. „Marianne“-Obligationen und Schürmeyer einen bis heute noch nicht eingelösten Wechsel über 32 000 M. als Kaufgeld hingegeben haben. Charakteristisch ist, daß Grunfeld sich vor Übergabe des Kaufgeldes das Grubenfeld überhaupt nicht angesehen, sondern, wie er behauptet, sich auf ein Gutachten eines Ingenieurs Eduard Henniger verlassen hat. Er und Schürmeyer haben je 500 Auzer erhalten und eine Gewerkschaft begründet; er wurde erster, Schürmeyer zweiter Vorsitzender. Das Bergwerk, welches oder- und Harberde fördern sollte, war nicht im Betrieb. Schon unter den Vorberatern hatte Landrat Hellwig in Geheun die Aufforderung ergehen lassen, den Bergwerkbetrieb in Angriff zu nehmen, und am 2. Juli 1900 erhielten Grunfeld und Schürmeyer die Anklage des Landrats, daß das Verfahren wegen Entziehung des Bergwerkeigentums eingeleitet werden würde, da der vorchriftsmäßige Betrieb binnen der gestellten Frist nicht aufgenommen worden sei. Auf Betreiben Grunfelds wurde eine weitere Frist bis zum 1. Oktober 1900 gewährt. Es wurden dann, um den Anschein einer vorläufigen Inbetriebsetzung zu erwecken, zwei ganz unerfahrene Arbeiter mit einigen Arbeiten beauftragt, doch ist diese so gut wie nichts. Wie der Vorsitzende bemerkt, ist schließlich später das Bergwerkseigentum wirklich entzogen worden. Grunfeld und Schürmeyer, d. h. die Gewerkschaft „Luise“, beschloßen dann die Emission einer Anleihe und gründeten die „Berliner Treuhand-Gesellschaft m. b. H.“, deren Vermögens sich aber mit dem Vermögen der Gewerkschaft und den Privatvermögen der Angeklagten verquickte. Der Angeklagte Grunfeld behauptet, daß er von der weiteren Entwicklung der Dinge nichts wisse. Er habe sich von Oktober 1900 ab um die Geschäfte nicht mehr bekümmert, sondern sei Reisender für das Geschäft seines Neffen geworden. Im Sommer 1900 hat die Gewerkschaft Obligationen im Betrag von 1 1/2 Millionen ausgegeben. Von diesen Obligationen sind solche von mehreren hunderttausend Mark in die Welt gegangen, Grunfeld behauptet, daß er keine Obligation verkauft habe, und Schürmeyer ihm die Versicherung gegeben habe, daß von den Obligationen kein Pfennig in die eigene Tasche fliehe, vielmehr alle Gelder, die aus den Obligationen erzielt würden, zugunsten der Gewerkschaft verwendet würden.

Der Angeklagte Schürmeyer gibt an, er sei viel in der Welt herumgekommen. Von Chile ging er mit seiner Frau und seinem Sohn nach Kassel; er will damals ein Vermögen von 40-50 000 Mark besitzen haben. Dies war im Jahre 1894. In Kassel wurde er sehr großer Bauunternehmer und will dabei viel Glück gehabt haben. „Alles, was ich anfaßte, wurde unter meinen Händen zu Gold!“ Er baute viel in der Kur und im Westen, kaufte ein großes Terrain zu sehr billigen Preisen, baute viele Häuser und will in

dieser Periode etwa 1/4 Million verdient haben. Ende 1897 gründete Schiermeyer die Kasseler Immobilienbank, trat riesig großartig auf und sein Glückstücken leuchtete sehr hell. Er verweist mit Stolz darauf, daß er 50—60 Häuser und Villen gebaut habe, daß er ein Rittergut besessen und große Pläne vorhatte. Dazu gehörte beispielsweise der Aufbau eines großen Güterblochs zwischen Kammhaustraße, 67/69, Alte Zalsobstraße und Neue Grünstraße zur Errichtung eines großen Warenhauses. Die Sache zerfiel sich durch den Zusammenbruch der Sanden-Bank. Ein anderes großes Objekt in der Neuen Mohltstraße bezifferte sich auf 1/4 Million. Der Angeklagte schiedert nun in großer Verdammtheit den langsamen Niedergang der Kasseler Immobiliengesellschaft, die schließlich in Konkurs geriet, nachdem die städtische Steuerklasse ihn am 7. April 1900 wegen rückständiger Steuern in Höhe von 1100 M. zum Öffentlichen Verkauf hatte vorsehen lassen. Er meint mit lächelnder Miene, daß er, wenn es sich um seine Gläubiger handelte, er noch hätte bezahlen können, aber der Steuerbehörde etwas zu zahlen, habe er nicht für nötig gehalten. Er gebe zu, daß er in diesem Punkte, wie in manchen anderen, manche Unannehmlichkeiten gemacht habe. Als der Arch in Kassel nicht mehr aufzuhalten war, ging Schiermeyer zunächst nach Basel, wo er einige Zeit ein kleines Bankgeschäft betrieb und Silber exportierte. Er will dabei recht gute Geschäfte gemacht haben, bis der Silberkurs sank und das Geschäft nicht mehr lieferte. Er ging dann „zu seiner Erholung“ nach Monte Carlo und dann nach Barcelona. Inzwischen war im Jahre 1901 gegen den städtischen Direktor ein Haftbefehl wegen betrügerischen Bankrotts und Weineids erlassen worden. Schiermeyer tauchte dann in Barcelona auf, wo er unter dem Namen Enrique Willeberd u. Sagman eine Banco garatizador de Valores gegründet hatte. Auf die Frage des Vorsitzenden, warum er denn den doch auch ganz schön klingenden Namen abgelegt habe, erwidert der Angeklagte lächelnd: „Sein Name habe sich schon zu sehr abgenutzt gehabt“. Bei dem großen Arch in Kassel sei er natürlich sein Vermögen zum großen Teil los gewesen. Eines Tages sei er nach Marseille gekommen. Als er dort im Café sah und seinen Absonderlichkeiten, sei plötzlich ein Policeman auf ihn zugezogen, habe ihm eine Photographie gezeigt und gesagt, daß er der gesuchte Schiermeyer sei. Er bestritt dies sehr energisch und der Policeman holte seinen Vorgesetzten herbei, der sehr liebenswürdig und höflich ihn aufsuchte, mit zur Polizei zu kommen. Er hat den höflichen Mann ebenso höflich, daß er ihn doch noch nach seinem Hotel gehen lassen solle. Hierbei hat er dann Gelegenheit gefunden, sich ohne Adieu zu empfehlen. Er wurde schließlich in Barcelona verhaftet und nach langwierigen Verhandlungen über die Auslieferung an Deutschland ausgeliefert. Es wurde das Verfahren wegen betrügerischen Bankrotts und Weineids gegen ihn eingeleitet und nach langer Unteruchungshaft wurde er vor die Geschworenen gestellt, die ihn freisprachen. Das Reichsgericht hob das Urteil auf und das Schwurgericht hatte sich mit der Sache nochmals zu beschäftigen. Er wurde wiederum freigesprochen. Später ist er dann wegen Konkursvergehens zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt worden; die Strafe wurde ihm aber im Gnadenwege erlassen, nachdem er darauf hingewiesen hatte, daß er in der anderen Sache so lange unschuldig in Unteruchungshaft gefesselt habe. Er ist dann noch einmal vor Gericht gewesen. Er hatte ein Buch „Der Theaterrikel“ im Verlage von E. Pierson in Dresden erscheinen lassen, das als unzüchtige Schrift von der Staatsanwaltschaft betrachtet wurde. In dem Roman wurden viele kasseler Persönlichkeiten vorgeführt, und trug derselbe als Titelbild das Porträt einer in Kassel sehr bekannten Tänzerin. Er wurde auf Grund des § 184 Abs. 1 des Strafgesetzbuches zu 400 M. Geldstrafe verurteilt. Lächelnd meint er, daß diese Schriftsteller die bösen Einflüsse gegeben seien, die im Gefängnisse auf den Menschen einwirken. Der Angeklagte wird dann vom Vorsitzenden eingehend über seine weitere Tätigkeit vernommen. Er erzählt wieder mit einer gewissen Bonhomie, wie er in Kassel bald wieder festen Boden gefaßt habe. Von allen Seiten sei man ihm mit offenen Händen entgegengekommen. Schiermeyer kommerziell als Schrotz hat ihm seine Unterstützung zugesagt, und die kleinen Leute, die er bald wieder in dieser seiner zweiten Bauperiode in Kassel beschäftigte, seien wieder zu ihm gestromt und waren froh, daß er wieder da war. Als Generalsvollmachtgeber seines Schwiegervaters hat er viele Bau- und Pargellierungsgeschäfte gemacht und unter anderem auch für seinen Schwiegervater mehr als ein Rittergut gekauft. Er hat daneben mehrmals den Offenbarungseid geleistet. Der Vorsitzende hält ihm vor, warum er denn nicht mit Hilfe der Geschäfte, die er unter dem Namen seines Schwiegervaters gemacht, seine Schulden abgetragen habe. Der Angeklagte meint, so viel Geld gebe es gar nicht, um die bei dem Arch ausgefallenen Hypotheken zu bezahlen. Er sei froh gewesen, daß er in Kassel bald wieder festen Boden gefaßt habe, mit dem er hineingefallen war. Er erzählt ganz frohgemut, daß er, um eine Hypothek auf dieses Rittergut zu erhalten, eine Champignonzucht angelegt habe. Die Sache sei auch ganz nett gewesen. Der Richter war nur der, daß keine Champignons dort wuchsen. Nach langer Erörterung der vielen kasseler Geschäfte, die der Angeklagte in seiner zweiten kasseler Bauperiode gemacht, wird die Ueberlieferung nach Berlin und seine Beteiligung an der Firma Grunzfeld u. Co. unter die Lupe genommen. Er behauptet, daß die 75 000 M., mit welcher die G. m. b. H. begründet worden, zur Hälfte von ihm und zur Hälfte von Grunzfeld in Wirklichkeit eingezahlt worden seien. Er habe als Geschäftsinhaber nicht figurieren können, deshalb ging das Geschäft auf den Namen seines Schwiegervaters und des Grunzfeld. Er nahm die Stellung eines Prokuristen ein. Zweck des Geschäfts seien Bau- und Hypothekengeschäfte gewesen. Das Geschäftslot befand sich zuerst unter den Linden 61, dann wurde es nach dem Erdgeschoss des Hauses Velle-Allianzplatz 14 und Wilhelmstr. 1 verlegt. Dort hatte es einige kleine Kontoreäume inne und das Kontorpersonal des Bankgeschäfts Grunzfeld und Co. bestand einzig aus der Mitangeklagten Frau Dieb. Schiermeyer behauptet, daß das Geschäft ganz gut gegangen sei und alles habe bezahlt werden können, sowohl die Miete für die Räume wie die Gehälter und alle sonstigen Verbindlichkeiten. Die Firma Grunzfeld u. Co. sei heute noch solvent. Die Firma sei seit dem 5. März in die „Preussische Waren Clearing Centrale G. m. b. H.“ umgewandelt worden und bestrebe nach Velle-Allianzplatz 14. Die wiederholte Aufforderung des Vorsitzenden, doch ein gehöriges Geschäft zu nennen, aus welchem dies kleine Bankgeschäft größeres Vorteile gezogen habe, blieb ohne Antwort seitens der beiden ersten Angeklagten. Wiederholter Döbel erklärt hier, daß aus den wenigen Büchern, die überhaupt vorhanden waren, nichts hervorgehe. — Auf Vorhalt des Vorsitzenden, wie denn ein so kleines Bankgeschäft mit so geringen Mitteln sich auf Millionen-Unternehmungen einlassen könne, gibt Schiermeyer zunächst Auskunft über das gepflanzte Plantagengeschäft in Ostafrika. Das sei sein Schwindelunternehmen, sondern ein sehr reiches Unternehmen gewesen, das außerordentliche Chancen hatte, wie Schiermeyer in langatmiger Darlegung zu erläutern suchte. Da diese Plantagen-geschäfts-Anglegenheit, die in dem Eröffnungsbeschlusse nicht enthalten ist, vom Angeklagten außerordentlich weitläufig behandelt wird, bittet Rechtsanwält Dr. Halpert den Vorsitzenden, die Verhandlung doch nicht ins Uferlose auszuwaschen, sondern sie auf die beiden Dinge, die der Eröffnungsbeschluss berührt, zu beschränken, nämlich: „Luise“ und „Marianne“. Hier würden Dinge in aller Ausführlichkeit behandelt, die die Angeklagten König und Frau Dieb absolut nichts angingen und deren Einzelheiten plötzlich ganz neu auf sie eintrügen. Er würde eventuell genötigt sein, einen beglückten Antrag schriftlich einzuweisen. — Justizrat Dröster und Rechtsanwält Dr. Halpert halten es dagegen für notwendig, daß Schiermeyer Gelegenheit gegeben werde, sich über diese Dinge eingehend auszusprechen, denn in der Anklage werde darauf Bezug genommen und behauptet, daß auch hier betrügerische Handlungen vorlägen, was der Angeklagte widerlegen wolle. — Der Angeklagte Schiermeyer behauptet, daß seinerzeit bezüglich des Gebietes der Kolonial-Industrie, und Plantagen-geschäfts eine sehr günstige Lage des Generalleutnants Erzengel's v. Lieber vorgelegen habe. Das in dieser Angelegenheit eingeleitet gewesen

Strafverfahren sei, wie er behauptet, schon längst eingestellt. — Auch bezüglich der in der Anklage vorübergehend berührten „Zausin G. m. b. H.“, an denen sich die Firma Grunzfeld u. Co. in der Weise beteiligt hatte, daß sie als Treuhänderin die von dieser Gesellschaft emittierten Obligationen in den Verkehr brachte, erklärt Schiermeyer, daß es sich um ein sehr ausgedehntes Unternehmen handelte. Auf eine Bemerkung des Vorsitzenden erklärt er: „Wenn ich zu einer guten Sache Geld brauche, habe ich immer Geld. In Kassel habe ich noch viele gute Bankiers an der Hand, die mir gerne Geld geben, wenn es sich um eine ernste Sache handelt. Ich habe noch nie einen Menschen betrogen; wenn Leute Geld verloren haben, so ist das nicht immer zu vermeiden.“ Was die „Luise“ betrifft, so belundet Schiermeyer, daß sie die Grube „Luise“ von dem in Frankfurt a. M. lebenden Samuel Neumann, der hier in Berlin, unter den Linden 61, ein Bureau unterhält, übernommen haben. Neumann erklärte: er sei Schuldner der Firma Grunzfeld u. Co. für 50 000 M. „Marianne“-Obligationen, außerdem sei ihm von Schiermeyer ein Wechsel von 20 000 M. des russischen Generals Fürsten Alexander Anatole Wajadinski übergeben worden. Diese Schuld wurde dadurch ausgeglichen, daß dem E. 1000 Mark „Luise“ übergeben wurden. Diesen Wechsel will Schiermeyer von dem „Generalvertreter“ des Fürsten, dem Johannst. Marcus in Frankfurt a. M., erhalten haben. Das Vergehen „Luise“ habe er auf Grund des Gutachtens des Ingenieurs Eduard Henniger für durchaus gut und preiswert halten dürfen. Der Angeklagte wird dann noch ausführlich über die Einzelheiten der Gründung der Gewerkschaft und die Ausgabe der Obligationen der Reihe „Luise“ vernommen, wobei er im wesentlichen ähnliche Angaben macht, wie der Angeklagte Grunzfeld. Die Vernehmungen haben wir ausführlich wiedergegeben, weil sie so weit widerspiegeln, wie in der bürgerlichen Gesellschaft auch aus dem Kolonialtrummel Geld gemacht wird. Die Verhandlung wurde auf heute 9 1/2 Uhr vertagt.

Soziales.

Einstattung von Gift als Betriebsunfall.

Vor kurzem konnten wir darlegen, daß auf Grund eines Gutachtens des bekannten Professors Dr. Lewin Poranitolin-bergung als Betriebsunfall anerkannt ist. Heute können wir einen weiteren Fall mitteilen, in dem auf Grund eines eingehenden Obergutachten desselben Gelehrten eine Vergiftung als Betriebsunfall anerkannt wurde.

Der Arbeiter Albert V. hatte im Betriebe der Chemischen Fabrik, Gesellschaft auf Aktien, vorm. Schering (Charlottenburg) in der Abteilung der künstlichen Kampferfabrikation die Heizung der Kisten zu überwachen, in denen der künstliche Kampfer (Campholen) in den flüssigen Zustand übergeführt wird. Am 17. September 1907, morgens 6 Uhr, wurde V. (er hatte Rechtschutz) auf einem Sammelkasten, der mit heißem flüssigem Campholen gefüllt war, liegend, tot aufgefunden. Die angelegten Wiederbelebungsversuche waren erfolglos. Der sofort hinzugerufene Arzt konnte nur noch den Tod feststellen.

Die Witwe des Verstorbenen stellte bei der Berufsgenossenschaft der Chemischen Industrie den Antrag auf Hinterbliebenenrente, da ein Betriebsunfall vorliege; sie führte den Tod auf Vergiftung durch die künstlichen Kampferdämpfe zurück. Die Berufsgenossenschaft der Chemischen Industrie wies den Antrag der Witwe infolgedessen nach Anhörung des Medizinikrats Dr. Klein ab. Das Schiedsgericht urteilte in derselben Weise. Es stützte sich auf ein Gutachten des Sanitätsrats Dr. Heyl. Beide Kerzte vernichteten, daß Kampfer einen auf den Organismus schädigenden Einfluß habe.

Vom Reichsversicherungsamt wurde ein Obergutachten des Prof. Dr. Lewin erfordert. Sein eingehendes Gutachten, das in dem in Hannover erschienenen „Proletarier“ wiedergegeben ist, legt in überzeugender, die Verkehrtheit der früheren Gutachten in einer auch für Laien laien Weise dar, daß die Ursache des Todes die Einatmung des künstlichen Kampferdampfes war.

Die Berufsgenossenschaft überreichte demgegenüber ein Gutachten ihres technischen Aufsichtsbearbeiters, der den Kampfer für „völlig ungefährlich“ erklärte. Das Reichsversicherungsamt hielt das Gutachten unter Zugrundelegung des Prof. Dr. Lewin ab und erließ eine Gegenüberlegung zu der Ansicht des technischen Aufsichtsbearbeiters. Prof. Dr. Lewin legte darauf ausführlich die völlige Unmöglichkeit der Ansicht dieses Beamten dar und gelangte in seinem Gutachten zu folgendem, allgemein interessierenden Schluß:

„Die Chemische Fabrik auf Aktien kannte meiner Ueberzeugung nach die Giftigkeit des künstlichen Kampfers in großen Mengen:

1. Sie kannte sie aus Experimenten, zu denen sie das Material geliefert hat und die in der Literatur bezeichnet sind.
2. Sie kannte sie aus den Erfahrungen, die sie selbst mit Arbeitern und einem Chemiker gemacht.
3. Sie kannte sie, weil sie, wie aus der Verhandlung am 7. April hervorgeht, angeordnet haben will, daß die Dadel nicht zu weit geöffnet werden sollten.
4. Sie kannte sie wissen, weil auch der Vorarbeiter angab, daß die Dämpfe „unangenehm“ waren.

Es mußte eine Sicherung dafür getroffen werden, daß: a) die Dadel der Sammelkasten (schließen), b) ein zu starkes Dampfzulassen in die Sammelkasten verhindert würde, c) eine genügende, stetig wirkende Ventilation in dem Raume vorhanden war. Es mußte d) eine Belehrung für den die Regulation der Dämpfe besorgenden Arbeiter gedruckt in dem Raume angebracht werden, und e) der technische Aufsichtsbearbeiter durfte sich nicht auf die willkürliche Angabe des Betriebsführers verlassen, daß er — obgleich Laie — diesen Spezialbetrieb als für gefahrlos ansehe. Er mußte den nicht schließenden mittleren Sammelkastendeckel dicht machen lassen, weil meiner wissenschaftlichen Ueberzeugung nach schon diejenigen Mengen Campholendampfes, die dem nicht schließenden Kasten entweichen, ausreichen, um einen auf dem Kasten längere Zeit sitzenden Menschen zu vergiften.

Wah nimmt es Wunder, daß hier nicht strafrechtlich eingeschritten worden ist.

Es ist durch die Aufnahme übermäßiger Mengen frei den Sammelkasten entströmender, an und für sich giftiger Campholendämpfe zugrunde gegangen.“

Die Berufsgenossenschaft der Chemischen Industrie erkannte nunmehr den Tod als Betriebsunfall infolge Vergiftung an.

Die Witwe erhält nach diesem, ohne rühiges Eingreifen der Gewerkschaft, der ihr Mann angehörte, kaum durchführbarem langen Verfahren nun ihre Rente.

Die Allgemeinheit interessiert aus diesem Prozeß einmal die Möglichkeit, daß zwei Kerzte absolut falsche Behauptungen über die Todesursache feststellen, ja ohne Logikologen zu sein, es wagen konnten, ihre tollirre durch keinerlei Literatur- oder Erfahrungkenntnis getriebene Ansicht zur Grundlage eines wichtigen Gutachtens zu machen. Nicht minder die Unkenntnis des technischen Aufsichtsbearbeiters und die Fahrlässigkeit der großen Firma, die die zum Schutz von Leben und Gesundheit der Arbeiter erforderlichen Maßnahmen unterließ. Würde das Reich dazu übergehen, Arbeiterkontrollen einzuführen, den Arbeitern bei der Verwaltung der Berufsgenossenschaftsaufgaben gleiche Rechte mit der Unternehmerklasse einzuräumen, die Unternehmer für alle fahrlässig veräußerten Unfälle auch dem Arbeiter gegenüber haftbar zu machen und das System der sogenannten Vertrauensleute der Schiedsgerichte und Berufsgenossenschaften zu brechen, so würde mancher Prozeß erspart und manchem Verletzten sowie seinen Hinterbliebenen die Entschädigung sofort zu teil werden, die ihm heute jahrelang oder völlig infolge des ungerechten auf Kränkung der Rechte des Arbeiters abgelenkten Verfahrens in Unfallsachen vorenthalten wird.

Aus der sozialistischen Genossenschaftsbewegung in Oesterreich.

Soeben ist das Jahrbuch des Zentralverbandes österreichischer Konsumvereine für 1909 erschienen. Dem stättlichen Bande ist ein erfreuliches Wachstum der proletarischen Genossenschaftsbewegung, der Konsumorganisation zu entnehmen. Die sprachliche n Schwirrigkeiten, mit denen jede ernste, nicht auf einzelne Völker sich beschränkende Sache in Oesterreich zu kämpfen hat, drücken sich hier darin aus, daß im Zentralverband vereinigt sind (nach der Geschäftssprache eingereiht) 820 deutsche Genossenschaften, 101 tschechische, 29 polnische, 17 italienische, 10 slowenische. — Es mag mit einer Folge dieser erfreulichen Umstände sein, daß nicht weniger als 60 Proz. der Verbandbeiträge für die Kosten der Revisionen verbraucht werden. Die Agitation tritt da natürlich und bedauerlicherweise zurück, obgleich das Wüten gegen die Arbeiterkonsumvereine zum eisernen Bestand der aristokratischen, nationalen und agrarischen Demagogen gehört. — Nach den 1908 erfolgten Neubereitungen von 69 Konsumvereinen, drei Produktivgenossenschaften und zwei Baugenossenschaften, denen bloß acht Austritte gegenüberstehen, gehören dem Zentralverbande derzeit an: 418 Konsumvereine, 43 Produktiv- und 6 Baugenossenschaften, insgesamt 467.

Sehr interessant sind die Berichte der Landes- bzw. Distriktsverbände, die alle eine große Steigerung von 1905 auf 1908 erkennen lassen. Die Vergleichsziffern für alle berichtenden Vereine zusammen sind:

	1905	265	1908	381
Vereine	109 000		175 000	
Mitglieder	2 700 000		3 200 000	
Umsatz	2 000 000		8 200 000	
Reingewinn				

Ueber die wichtige Frage der genossenschaftlichen Disziplin tut der Bericht dar, daß der auf das einzelne Mitglied entfallende Umsatz am höchsten (367 Kronen jährlich) bei den tschechischen Vereinen während war, während in Niederösterreich, wo die Mitgliederzahl 95 000 beträgt, der Jahresumsatz pro Kopf nur 282 Kr., im durch und durch sozialistischen Nordösterreich nur 257 Kr. ist.

Der Deutvoortrag am Warengeschäft war durchschnittlich 14 Proz. in Salzburg stieg er bis 19.5 Proz. Wie der Reingewinn verwendet wird, geht aus folgender Aufstellung hervor: Von 1000 Kr. Reingewinn entfallen 824 (1) auf die Mitglieder, 20 auf die Vergütung der Geschäftsanteile, 74 werden dem Reservefonds zugewiesen, 2 gemeinnützigen Zwecken gewidmet und 77 anderweitig verwendet.

Es beharf noch vieler Arbeit zur Gewinnung der Massen wie zur Erziehung der Mitglieder.

Verfammlungen.

Den Frauen das Wahlrecht zum Gewerbe- und Kaufmannsgericht.

Diese Forderung, welche unsere Partei von jeher vertritt, wurde aufs neue erhoben in sieben Versammlungen für Frauen und Mädchen, welche der Aktionsausschuß gemeinsam mit dem Ausschuß der Gewerkschaftskommission am Dienstag veranstaltet hatte. Referentinnen waren die Genossinnen Baader, Hoppe, Jhret, Tich, Wehl, Wurm und Zacher.

Ein kleiner Abschnitt aus dem großen Kapitel: Rechtlosigkeit des weiblichen Geschlechts war es, den die sachkundigen Rednerinnen ihren Zuhörerinnen vor Augen führten. Handelte es sich doch für diesmal nur um die Darlegung der Gründe, welche dafür sprechen, daß auch den erwerbstätigen Frauen und Mädchen das Wahlrecht zu den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten erteilt werden muß. Größer und größer wird die schon nach Millionen zählende Schaar der Frauen und Mädchen, welche durch die wirtschaftliche Entwicklung hineingerissen werden in den harten Kampf und Dasein. Millionen von Angehörigen des weiblichen Geschlechts sind gezwungen, ihren Unterhalt durch Erwerbsarbeit in den verächtlichsten Berufen zu suchen. In der Ausbeutung der Arbeitskraft kennt der Kapitalismus keinen Unterschied zwischen Mann und Frau. Ganz davon abgesehen, daß schon nach allgemeinen Grundsätzen von Recht und Billigkeit dem weiblichen Geschlecht in öffentlicher Beziehung die Gleichstellung mit dem männlichen Geschlecht nicht vorenthalten werden dürfte, sprechen wirtschaftliche Gründe und praktische Erwägungen dafür, daß den erwerbstätigen Frauen das Wahlrecht zu den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten erteilt werden muß. Der Gedanke, aus dem heraus die Gewerbe- und Kaufmannsgerichte eingeführt worden sind, ist der: Die Beurteilung der gewerblichen Rechtsstreitigkeiten soll nicht ausschließlich in den Händen weltfremder Juristen liegen, sondern das Laienelement, Leute, die mitten im Erwerbsleben stehen und deshalb die zur Beurteilung der Streitfälle erforderliche Sachkenntnis und praktische Einsicht besitzen, sollen in der gewerblichen Rechtsprechung den Ausschlag geben. Dieser Grundsatz aber wird auf das schwerste verletzt, wenn man das weibliche Geschlecht von jeder Beteiligung an den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten ausschließt. Gibt es doch eine nicht kleine Zahl von Berufen, in denen vorwiegend, ja fast ausschließlich weibliche Arbeitskräfte beschäftigt werden. Man kann nicht erwarten, daß Männer, mögen sie auch den besten Willen haben, in allen Angelegenheiten dieser Berufsgruppe so sachkundig sein können, um sich ein zureichendes Urteil in Streitfällen zu bilden. Sollen Arbeiterinnen und weibliche Angestellte Vertrauen zu der gewerblichen Rechtsprechung haben, dann muß ihnen das Recht gewährt werden, als Wählerinnen auf die Zusammensetzung der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte Einfluß zu üben und Angehörige ihres Geschlechts zu Weisgerinnen in diese Gerichte zu entsenden. Diese selbstverständliche, von der Sozialdemokratie vertretene Forderung wird von der Regierung und den bürgerlichen Parteien nicht nur nicht anerkannt, sondern auf das entschiedenste bekämpft. Daß Frauen und Mädchen befähigt sind, an der gewerblichen Rechtsprechung mitzuwirken, können selbst die Gegner des Frauenwahlrechts nicht bestreiten. Trotzdem wird ihnen die Recht beharrlich verweigert, weil es — wie in der Begründung zum Kaufmannsgerichtsgesetz gesagt wurde — der erste Schritt zum politischen Wahlrecht der Frauen sein würde. Aus Angst vor der politischen Gleichberechtigung der Frauen wollen also Regierung und bürgerliche Parteien auch nicht das geringste an dem standalösen Zustande völliger Rechtlosigkeit des weiblichen Geschlechts geändert wissen. Doch die Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse sind nicht willens, die ihnen aufgezogene Rechtlosigkeit schweigend zu ertragen. Sie fordern die endliche Gewährung eines Rechts, das dem weiblichen Geschlecht als einem bedeutsamen Faktor im wirtschaftlichen Leben zuzieht. Einmütig wurde diese Forderung in allen Versammlungen erhoben und einstimmig wurde überall die folgende Resolution angenommen:

„Die Gewerbe- und Kaufmannsgerichte sollen für die in der Industrie, im Handel und Verkehr tätigen Personen beiderlei Geschlechts insofern ausgedehnt werden, als sie in den aus dem gewerblichen Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer sich entwickelnden Streitfällen eine im besonderen Maße des Vertrauens der Beteiligten versicherte und besonders beschleunigte Rechtspflege zu schaffen berufen sind. Durch die geltenden Geschlechtsbestimmungen sind aber die Arbeiterinnen und weiblichen Angestellten von dem aktiven und passiven Wahlrecht für diese Körperparteien ausgeschlossen, da das Recht, Weisger zu wählen und als solche gewählt zu werden, nur Personen zusteht, die zum Amte eines Schöffen fähig sind.“

Durch diese Bestimmungen werden die Frauen auf eine Stufe gestellt mit Verbrechern und geistig nicht Normalen, denn nur diese erachtet man — neben den Frauen — als zum Amte eines Schöffen nicht fähig. Angehts der Tatsache, daß Millionen von Frauen und Mädchen schuldlos für ihren Unterhalt Steuern für Staat und Kommune zahlen müssen, bedeutet die Ausschaltung der arbeitenden Frauen und Mädchen von der Anteilnahme an der Tätigkeit für die Gewerbe- und Kaufmannsgerichte eine wirtschaftliche Schädigung und außerdem eine schwere Beleidigung für die

Partei-Angelegenheiten.

Erster Wahlkreis. Sonntag, den 5. Dezember, abends 6 Uhr, in den Arminkassen, Kommandantenstr. 58/59: Versammlung mit anschließendem geistlichen Beisammensein. Vortrag des Genossen Bernuth über: Nichte und sein Erziehungsproblem. Eintritt inkl. Garderobe und Tanz 30 Pf.

Hilgendorf. Heute abend 8 1/2 Uhr findet im Karlsgraben, Karlsgrabenstraße 6-10, eine öffentliche Wählerversammlung für den 22. und 24. Kommunalwahlbezirk statt. Auf der Tagesordnung steht: 1. Vortrag des Stadtverordneten Genossen Pagels. 2. Diskussion. 3. Auffstellung der Kandidaten.

Genossen! Sorgt für guten Besuch dieser Versammlung. Das Wahlkomitee.

Pankow. Heute Donnerstag, abends 8 1/2 Uhr, findet bei Kochski, Kreuzstr. 9/4, eine öffentliche Frauenversammlung statt, in der Genossin Frau Luise Sieg referieren wird. Ein jeder agitiere für Massenbesuch.

Die Bezielleitung.

Berliner Nachrichten.

Vom Unterrichtserfolg der Gemeindeschule mit Achtklassensystem.

Vor mehreren Wochen lief durch die Presse die Nachricht, daß der schon seit längerer Zeit bestehende Plan einer Neubildung des Achtklassensystems der Gemeindeschule Berlins auf ein siebenklassensystem nunmehr in nächsten Jahr ausgeführt werden solle. Vom Rathaus wurde geantwortet mit der „Richtigstellung“, zu einer Entscheidung hierüber sei weder die Schuldeputation noch das Kultusministerium bereits gelangt. Aber die Absicht, der Gemeindeschule Berlins früher oder später eine derartige „Reform“ zuzuführen, konnte leider nicht bestritten werden.

Man weiß, daß es vornehmlich finanzielle Gründe sind, aus denen der Berliner Stadtfreisinn das Achtklassensystem schon wieder beseitigen möchte, noch ehe es voll hat wirken können. Die finanziellen Gründe wurden anfänglich auch ganz offen genannt, später aber kamen die freisinnigen „Schulfreunde“ uns mit der Klage, daß die neue Organisationsform „sich nicht bewährt“ habe. Sie meinten das zu wissen bereits zu einer Zeit, wo das im Herbst 1902 eingeführte Achtklassensystem noch lange keine acht Jahre bestand. Acht Jahre besteht es auch jetzt noch nicht, aber schon hat von Jahr zu Jahr immer mehr sich gezeigt, daß der Erfolg des Achtklassensystems mindestens sich in aufsteigender Linie bewegt. Soeben veröffentlicht der Magistrat den neuesten Jahresbericht der Schuldeputation, der das Schuljahr 1908/09 behandelt. Die dreifache Behauptung, daß das Achtklassensystem „sich nicht bewährt“ habe, wird durch die Angaben des Berichtes aufs neue widerlegt. Auf's neue wird durch sie bestätigt, daß unter dem Achtklassensystem, je länger es besteht, desto mehr der Unterrichtserfolg der Gemeindeschule sich bessert.

Ein äußerliches Mittel, den Unterrichtserfolg zu messen, ist die Häufigkeit der Versetzungen. Vor Ostern 1909 saßen in den Ofterklassen 112 447 Kinder, wovon 110 801 für die Versetzung in Betracht kamen. Versetzt wurden 97 535 Kinder, das sind 88,3 Proz. Selbstverständlich war in den einzelnen Klassenstufen der Anteil der Versetzten verschieden, er stand in den untersten Klassen über, in den obersten unter diesem allgemeinen Durchschnitt von 88,3 Proz. Versetzt wurden aus den Ofterklassen VIII O 89,9 Proz., VII O 89,3 Proz., VI O 88,3 Proz., V O 87,6 Proz., IV O 88,2 Proz., III O 87,2 Proz., II O 83,6 Proz. (Die Zahlen von Michaelis 1908 waren, wie immer zum Michaelisterrnin, auf allen Stufen etwas geringer; der allgemeine Durchschnitt war dort 86,3 Proz.). Daß in den letzten Jahren das Versetzungsergebnis sich immer mehr gebessert hat, zeigt eine Vergleichung des Ergebnisses von 1909 mit denen von 1908 und 1907. Weiter kann hier nicht zurückgegangen werden, weil vorher noch keine Angaben über die Versetzungen in den Schuldeputationsberichten enthalten waren. Von Ostern 1907 bis Ostern 1909 stieg der Prozentanteil der Versetzten im allgemeinen Durchschnitt von 85,4 auf 88,3, im einzelnen für die Klassen VIII O von 86,9 auf 89,9, VII O von 87,4 auf 89,3, VI O von 86,3 auf 88,3, V O von 84,2 auf 87,6, IV O von 85,9 auf 88,2, III O von 85,1 auf 87,2, II O von 78,6 auf 83,6. Diese Ergebnisse stehen schon jetzt nicht mehr erheblich unter denen der höheren Lehranstalten, die ja unter ganz anderen Bedingungen arbeiten können und daher sehr viel bessere Resultate erzielen müßten.

Die Besserung der Versetzungsergebnisse bewirkte, daß auch die Erreichung der Klasse I immer häufiger wurde. Im Schuljahr 1908/09 (Ostern und Michaelis zusammen) gingen nach Vollendung der Schulpflicht 23 911 Kinder ab, davon aus den Klassen I 10 558, II 6930, III 3847, IV 1705, V 510, VI-VIII 59, aus Nebenklassen 302. Von je 100 dieser abgehenden Kinder saßen in den Klassen I 43,2, II 29,0, III 16,1, IV 7,1, V 2,1, VI-VIII 0,3, Nebenklassen 1,3. Die Vergleichung mit den Vorjahren ist hier auch für die Jahre vor 1907 möglich, weil Angaben dieser Art sich bereits früher in den Berichten der Schuldeputation fanden. In den letzten fünf Schuljahren 1904/05 bis 1908/09 saßen von je 100 nach Vollendung der Schulpflicht abgehenden Kindern in den Klassen I 35,1, 37,1, 40,4, 41,0, 43,3. Für alle anderen Klassen (abgegeben nur von den Nebenklassen) ist dementsprechend der Anteil heruntergegangen, wenig in den Klassen II, von 30,3 auf 29,0, mehr in den übrigen Klassen, in III von 20,1 auf 16,1, in IV von 9,9 auf 7,1 usw. Für I und II zusammen ist der Anteil gestiegen von 65,4 auf 72,3, für I, II, III ergibt sich eine Steigung von 85,5 auf 88,4. Auch der Bericht sagt I, II, III zusammen (sie bilden die „Oberstufe“), außerdem zieht er die vor Erfüllung der Schulpflicht Dispensierten hinzu und rechnet dann heraus, daß im letzten Jahr 90 vom Hundert aus der Oberstufe abgegangen seien.

Die Schuldeputation schweigt diesmal darüber, ob dieses Ergebnis ihr günstig erscheint oder nicht. Wir wünschen, daß die Erreichung nicht nur der Oberstufe, sondern vor allem der Klasse I noch erheblich häufiger würde. Wir sind auch der Meinung, daß die nächsten Jahre hier noch weitere Besserung bringen werden. Kein Freund der Volksschule kann wünschen, daß Berlin das schlechte Beispiel gibt, das Achtklassensystem wieder zu beseitigen.

Beht der Schuldeputation die Bewahrung dieser neuen Organisationsform nicht schnell genug, so möge sie dafür sorgen, daß in den unteren und untersten Klassen die Frequenz noch sehr viel weiter herabgedrückt werde, z. B. in den achten Klassen auf höchstens 40. Um so zahlreicher würden dann die Kinder ohne Unterbrechung in die oberen Klassen aufrücken, so daß die meisten noch in die ersten Klassen gelangen könnten und auch diese so „voll“ würden, wie das für Gemeindeschulen als „normal“ gilt. Doch bei einer solchen Maßregel würden die unteren Klassen vermehrt werden müssen und die obersten nicht vermindert werden können, und eben dann würde die Absicht des Stadtfreisinns vereitelt, dem es vor allem darum zu tun ist, an der Volksschule so viel wie möglich zu sparen.

Kein neuer Dampfhammer in der Kolonie Grunewald.

Einen zähen Kampf gegen die Errichtung eines fünften Dampfhammers auf dem Fabrikgelände der Königl. Eisenbahninspektion B am Bahnhof Grunewald hat die Gemeinde Grunewald mit der Königl. Eisenbahninspektion ausgefochten und auch gewonnen. In dieser exklusiven Gemeinde mit ihren 5000 Einwohnern herrschen die strengsten Baubestimmungen und man macht eifrig darüber, daß der Charakter als Villenort gewahrt bleibe. Um so mehr erregte es unter den Einwohnern einen Sturm der Entrüstung, als das Vorhaben der Eisenbahninspektion, besagten Dampfhammer zu errichten, bekannt wurde. Die Gewerbeinspektion in Groß-Friedrichsfelde hatte gegen das Projekt Einspruch nicht erhoben, auch nicht der Kreisbaumeister. Als nun im „Feldtöwer Kreisblatt“ der Plan publiziert wurde, legten fünfzehn Grundbesitzer aus Grunewald Protest ein. Sie wiesen auf die „besten Erderfahrungen“, auf den lästigen Lärm und auf die gesundheitlichen Begleiterseignungen hin, die durch die Errichtung des Dampfhammers bewirkt würden. Ebenso hoben sie den schon erwähnten Umstand hervor, daß der Villenort Grunewald in der Bauklasse B rubriziere. „Da gehöre ein Dampfhammer nicht hin.“ Auch wurde daran erinnert, daß der preussische Fiskus Land seinerzeit nur unter der Bedingung verkauft habe, daß „gewerbliche Betriebe in der Kolonie für alle Zeiten ausgeschlossen sein sollten“. Gleichzeitig wurde der Protest auf die stetige Erweiterung der Eisenbahnanlagen im Grunewald ausgebeugt und bemerkt, daß die Eisenbahnverwaltung, ohne die Genehmigung der Polizei zu besitzen, 3 bis 6 Meter hohe Kohlenlager aufhäufe, die unästhetisch wirkten und die Gefahr der Selbstentzündung in sich birgten. Wie rüchloslos die Eisenbahnverwaltung überhaupt sei, zeige sich schon darin, daß sie täglich 10-12 Wagen Düng aufstapeln lasse. (Wüstinger ist allerdings ein sehr naturalistisches Parfum für verwöhnte Nasen.)

Diesen Einwänden trat die Eisenbahndirektion entschieden entgegen. Die Errichtung eines Dampfhammers könne gesundheitliche Schädigungen nicht hervorrufen, zumal nur ein Tagesbetrieb von 6-6 Uhr vorgezogen sei. Auch seien schon vier Dampfhammer vorhanden. Die Gewerbeinspektion habe den Fall geprüft und gewisse Beschränkungen erlassen, die der Fiskus auch akzeptiert habe. Die gesamte Anlage als solche besitze die Konzession, darin seien auch die Dampfhammer inbegriffen. Uebrigens bestände die Werkstättenanlage schon länger als die Grunewaldgemeinde, sie habe mit der Eisenbahn nichts zu tun. Es handele sich nicht um eine größere Anbauvermehrung, sondern man begreife nur eine größere Wirtschaftlichkeit. Der bestehende Dampfhammer stelle einen kleinen Schmiedehammer dar und solle zum Schmieden kleinerer Werkzeuge benutzt werden. Die Entfernung betrage 370 Meter, da könne von gesundheitsschädlichen Einflüssen keine Rede sein.

Hiergegen wandte sich ein Einwohner, der in der Nähe der Anlage wohnt, indem er unter anderem auch einen Anspruch des verstorbenen Landrats v. Stubenrauch zitierte: „Wir wollen einmal gegen die Entwertung meiner steuerkräftigsten Gemeinde vorgehen.“

Die Eisenbahnverwaltung antwortete hierauf wieder und erklärte, daß Eisenbahn und Werkstätte immer noch verwechselt würden. Es sei nur Tagesbetrieb geplant, auch sollten Luftschicht, Holzunterlage usw. vorgezogen werden.

Der Kreisaußsicht entschied sich dahin, daß er die Errichtung nicht genehmigte und fügte sich dabei auf die neue Baupolizeiverordnung vom 28. Mai 1907, die besagt, daß es Sache der Baupolizei ist, die Angelegenheit zu prüfen. Es heißt dort:

„Die Herstellung von Anlagen, welche starken Rauch oder Staub, Gerüche oder schädliche Ausdünstungen, oder ungemessenes Geräusch verursachen, ist im Gebiete der Bauklassen A, B, D und E sowie in denjenigen Gebieten, in welchen die Bauklasse C oder D nach Wahl des Bauenden Anwendung findet, ohne weiteres, in Gebieten der Bauklasse C, in denjenigen Gebieten verboten, für welche sie in der Anlage ausdrücklich bestimmt ist.“

Somit hat die Gemeinde Grunewald gegen die Eisenbahninspektion den Kampf gewonnen. Das Verbot der Errichtung ist auf 10 000 M. festgesetzt. Ob man in Arbeiterbezirken im Kampfe gegen gesundheitsschädliche Betriebe auch so viel Glück hätte wie die Grunewalder?

Berlin im neuen Reichsetat für 1910.

Im neuen Militäretat ist Berlin und Umgebung durch nachfolgende Forderungen vertreten:

- 1. 705 000 M. zum Erwerb der Schießstände in der Jungfernheide bei Berlin, Schlusrate. Die Schießstände für das 2. Garderegiment, das Garde-Füsilierregiment, das Luftschifferbataillon und das 2. Garde-Infanterieregiment müßten verlegt werden, da das bisherige Gelände der Verabnung erschlossen werden soll.
2. 135 000 M. zum Erwerb der Schießstände des Elisabeth-Regiments im Grunewald, die wegen des Baues der Döberitzer Heerstraße verlegt werden müssen.
3. 50 000 M. als 2. Rate zu Erweiterungsbauten auf dem Heubergplatz Döberitz.
4. 82 000 M. zur Verbesserung der Unterkunft in den beiden Barackenlagern auf dem Truppenübungsplatz Jüterbog.
5. 200 000 M. zur Vergrößerung des Truppenübungsplatzes Jüterbog, 3. Rate.
6. 1 250 000 M. als 9. Rate zum Neubau für die Kaiser-Wilhelm-Akademie.
7. 15 000 M. als 1. Rate zum Neubau eines Dienstgebäudes für die Ober-Militärprüfungscommission in Berlin.
8. 40 000 M. als 1. Rate zur Herstellung von Wasserleitungen auf dem Wasserübungsplatz des Garde-Pionierbataillons in Berlin.

Der neue Postetat enthält folgende Forderungen für Berlin:

- 1. 64 800 M. zur Erwerbung eines Grundstückes in der Französischen Straße in Berlin, 4. Rate.
2. 19 125 M. für Vergrößerung des Postgrundstückes Oranienburger Straße 70/73, 4. Rate.
3. 150 000 M. zur Herstellung eines neuen Dienstgebäudes in der Französischen Straße 9/12, 3. Rate.
4. 150 000 M. zur Vergrößerung des Postgrundstückes Köpenicker Straße 182.
5. 104 100 M. zur Erwerbung eines Grundstückes in der Invalidenstr.
6. 220 000 M. zur Vergrößerung des Postplatzes, Ecke Magazin- und Alexanderstraße, und zur Herstellung eines neuen Dienstgebäudes auf diesem Platz, 2. Rate.
7. 60 000 M. zum Erweiterungsbau für das Fernspreckamt 7 (Palisadenstr. 90).
8. 172 775 M. für Erwerbung eines Grundstückes in der Scharnhorststraße in Berlin, 2. Rate.
9. 150 000 M. zum Umbau des Fernspreckamts 2 (Zurmsstraße), 2. Rate.

10. 150 000 M. zum Umbau des Postzeitungsamtes, 1. Rate. Es sollen auf dem Grundstücke Dessauer Straße 8 Neubauten errichtet werden, da die jetzigen Räume nicht mehr ausreichen.

11. 140 000 M. zum Umbau für das Postamt 19 (Kommandantenstraße), 1. Rate, die in benachbarten Grundstücken untergebrachten Teile des Amtes sollen auf dem Grundstücke Kommandantenstr. 7/9 vereint werden.

12. 500 000 M. zur Verlegung des Haupttelegraphenamts nach der Oranienburger Straße 1. Rate.

13. 175 000 M. zum Neubau für das Fernspreckamt 4 (Nitterstraße 6/7), erste Rate, das den modernen Verhältnissen nicht mehr angepaßt ist.

14. 415 430 M. für Erwerbung eines Bauplatzes für ein neues Dienstgebäude des Telegraphenzugamtes in Berlin.

Ferner werden in den anderen Staats noch folgende Forderungen für Berlin gestellt:

- 1. 87 084 M. zur Erweiterung des Grundstückes der Reichsdruckerei, 11. Rate.
2. 323 000 M. zum Ankauf der Grundstücke Wilhelmstr. 62 und Nauenerstr. 45/46 als Dienstgebäude der Kolonial-Zentralverwaltung.
3. 200 000 M. für Erweiterung der Diensträume des Reichsschatzamt und zur Errichtung eines neuen Dienstgebäudes auf dem Grundstücke Wilhelmplatz 2, 3. Rate.
4. 630 790 M. zum Neubau eines Dienstgebäudes für das Reichsmilitärgericht, letzte Rate.

„Intelligente“ bürgerliche Wahlmänner.

Eine Korrespondenz erzählt folgende Geschichte: „Bei den Landtagswahlen am Dienstag war es im liberalen Bureau des zweiten Wahlkreises aufgefallen, daß eine Anzahl Wahlmänner, die ihr Erscheinen mit Bestimmtheit zugesagt hatten, auch am späten Nachmittag nicht zur Stimmabgabe gekommen waren. Es wurden Schlepper nach verschiedenen Richtungen abgeschickt und mehrere der nun recht kräftig bearbeiteten Wahlmänner beteuerten hoch und feierlich, daß sie ihrer Wahlpflicht Genüge geleistet und Prediger Runge gewählt hätten. Nach langwierigen Verhandlungen gelang es zunächst, einen der Wahlmänner nochmals nach dem Wahllokal in der Pagenhofer Brauerei zu begleiten, wo sich nummehr der Wähler überzeugte, daß er „verkehrt“ seine Stimme abgegeben habe. Er erzählte nämlich, mehrere Männer hätten ihn auf seine Frage nach dem Wahllokal in ein Bureau geleitet, welches — in Wirklichkeit das sozialdemokratische Parteibureau war. Wie ermittelt wurde, haben in dieser Weise nicht weniger als vier Wahlmänner ihre in diesem Falle ungültige Stimme in dem sozialdemokratischen Parteibureau abgegeben, wo sie ohne Widerspruch und mit behaglichem Schmuggeln von den Anwesenden entgegengenommen wurden. Es bedurfte seitens der Schlepper hartnäckiger Aufklärungsarbeit, um die vier heimlichen Wahlmänner zu veranlassen, noch ein zweites Mal, und diesmal an der richtigen Stelle, zur Stimmabgabe zu erscheinen.“

Ob die hier erzählte Geschichte wahr ist, wissen wir im Augenblick nicht. Ist sie aber richtig, so würde sie für die Intelligenz der bürgerlichen Wahlmänner ein bedenkliches Zeichen bedeuten. Auf den Wahlmännermandaten ist bekanntlich deutlich das Wahllokal verzeichnet. Wenn trotzdem bürgerliche Wahlmänner ihre Stimme in einem Parteibureau abgegeben haben sollten, so müssen sie schon bümmer sein, als es die Polizei erlaubt.

Eine Wertzuwachs-Steuerordnung, wie sie nicht sein soll, hat jüngst das Oberverwaltungsgericht beschäftigt, und da das Urteil desselben von allgemeinem Interesse ist, wird es jetzt im „Ministerialblatt“ für die innere Verwaltung“ veröffentlicht. Wir entnehmen demselben folgendes: „Es hatte sein durch Erbgang erworbenes Grundstück bald nach Inkrafttreten der Wertzuwachs-Steuerordnung verkauft und sollte nun rund 786 M. Wertzuwachssteuer entrichten, entsprechend der Differenz zwischen dem früheren Erwerbspreis (bezug. der erstmaligen Veranlagung zur Grundsteuer nach dem gemeinen Werte vom Jahre 1906) und dem letzten Veräußerungspreise. Da der Magistrat den Einspruch zurückwies, erhob B. Klage beim Bezirksausseh. Dieser wies die Klage ab; das Oberverwaltungsgericht gab ihr aber statt und erklärte den Kläger steuerfrei. Die Gründe lassen sich kurz dahin zusammenfassen: Nach dem Wortlaut der Steuerordnung unterliegt jeder nicht unmittelbar auf Grund einer Erbschaft erfolgende Eigentumsübergang an einem Grundstück der Wertzuwachssteuer; die Verkünderung tritt aber in Wirklichkeit nur nach gewissen Bestimmungen ein, nämlich wenn eine Wertsteigerung vorliegt, d. h. der früher vom Verkäufer gezahlte Preis höher ist als der geforderte Preis bezug. der im Jahre 1906 festgelegte gemeine Wert. Alle diese Voraussetzungen beziehen sich aber nur auf entgeltliche Erwerbungen, und die Bestimmungen der Steuerordnung sind gar nicht auf einen Fall zugeschnitten, in welchem der Erwerb des Grundstücks im Wege des Erbganges erfolgt ist. „Es war Sache des lokalen Gesetzgebers, Klare und unzweideutige Bestimmungen über die Besteuerung zu geben. ... Aus diesen Gründen unterliegt die Borenscheidung wegen unrichtiger Anwendung der Steuerordnung der Aufhebung und es ergibt sich bei seiner Beurteilung von selbst die Freistellung des Klägers.“ Die Klause wurden dem beklagten Magistrat auferlegt.

Diese Entscheidung sollte Veranlassung geben, bei der dem Berliner Stadtverordneten vorliegenden Wertzuwachssteuervorlage Bestimmungen zu treffen, die Mißdeutungen nicht ausgelegt sind.

Mittelstandskrankenhäuser.

Die gemischte Deputation zur Beratung des Antrages der Stadtverordneten Dr. Gelpke und Genossen wegen Errichtung besonderer Abteilungen für zahlende Kranke in den städtischen Krankenhäusern hat in ihrer Sitzung am 1. Dezember unter Vorsitz des Oberbürgermeisters mit großer Majorität beschlossen, daß es wünschenswert sei, besondere Stationen für Patienten des Mittelstandes (sogenannte 2. Klasse) in den städtischen Krankenhäusern einzurichten. Die in den Stationen vorhandenen kleinen Zimmer sollen jedoch ihrem bisherigen Zweck nicht entzogen werden. Es wurde eine Subkommission eingesetzt, welche diese Angelegenheit näher prüfen und an die gemischte Deputation berichten soll.

Wir halten die Einrichtung von Stationen für Patienten des Mittelstandes in unseren Krankenhäusern für schädlich und haben uns wiederholt gegen die dahingehenden Bestrebungen gewendet. Wir meinen, daß unsere Krankenhäuser so eingerichtet sein müssen, daß jeder Aufgenommene so verpflegt und ärztlich behandelt wird, daß er möglichst bald wieder hergestellt wird. Eine Einrichtung, nach der eine gewisse Klasse von Patienten bevorzugt werden soll, kann nur dazu beitragen, die übrigen Patienten zu vernachlässigen und die schon jetzt bestehenden Mißstände in Krankenhäusern zu verschlimmern.

Gegen das Schnellfahren der Postwagen. Infolge der Häufung von Unfällen, die in der letzten Zeit durch übermäßig schnellfahrende Postwagen hervorgerufen sind, hat die Oberpostdirektion Berlin eine Verfügung an das Oberpostinspektariat erlassen, die das Schnellfahren auf belebten Straßen grundsätzlich verbietet und nur ein fahren im Trabtempo gestattet. Die sogenannten „Kochkarriolen“, die spät abends von den einzelnen Postämtern eilige Sachen nach den Bahnhöfen zu befördern haben, sollen in Zukunft nur noch durch Postautomobile ausgeführt werden. Bisher war noch kein einziger Unfall durch Postautomobile zu beklagen.

Im Krankenhaus vergiftet hat sich die 34 Jahre alte Krankenpflegerin Elise Ebert aus der Grenadierstraße 18. Sie war seit zwei Jahren wegen eines Nierenleidens erwerbsunfähig und lag seit über Jahresfrist im Hedwigskrankenhaus, wo sie zweimal operiert wurde. Aus ihrer früheren Tätigkeit besaß sie noch einige Sublimatpastillen. Auf ihre Bitte brachte ihre Stiefmutter ihr diese Pastillen mit, ohne zu wissen, daß sie giftig waren. Gestern sollte die Kranke nach dem St. Hedwigskrankenhaus übergeführt werden. Sie fürchtete aber, daß sie auch dort nicht geheilt werden könnte, nahm am Montagabend heimlich die Pastillen und starb noch im Laufe der Nacht.

Als Kautionschwindler ist ein 50 Jahre alter Kaufmann August Bed aus der Mantuffelstraße festgenommen worden. Er betrieb ein Inlasto-, Auslasto- und Detektivinstitut, das nicht gut ging. Er stellte Kassierer, Kocherheute unter dem Vorwande an, daß er Filialen errichten wollte und nahm jedem einige hundert Mark ab, die als Bürgschaft dienen, aber im Geschäft verwendet werden sollten. Dabei spiegelte er den Leuten vor, daß ihr Geld nicht gefährdet sein könne, weil er Hausbesitzer sei. In Wirklichkeit gehört aber das Haus seiner Frau und die Leute belamen weder eine Anstellung noch eine Filiale, sie waren nur ihr Geld los. Es ist festgestellt, daß sich Bed auf diese Weise mehrere tausend Mark erschwindelt hat, seine Schwindelbeute sind aber wahrscheinlich noch nicht alle bekannt. Gestaltigte, die noch keine Anzeige gemacht haben, können sich bei der Kriminalpolizei im Zimmer 177 melden.

Größe aus der Erziehungsanstalt. Ein ganz raffinierter Schwindler treibt gegenwärtig sein Unwesen. Der schlaue Bursche sucht sich seine Opfer unter den Angehörigen von Fürsorgezöglingen. Er orientiert sich in den Erziehungsanstalten über die verschiedenen Persönlichkeiten und Inlasten und sucht dann die Eltern der Jügelinge auf. Er bestellt ihnen Größe von den Söhnen und im Laufe des Gesprächs bittet er um Ausbündigung verschiedener Kleidungsstücke, um die die Jügelinge gebeten haben. Während nun die Sachen zusammengesucht werden, führt der Betrüger schnell Diebstähle aus. Er eignet sich Verfassungen an und verschwindet dann mit den gestohlenen Gegenständen, nachdem ihm vorher noch unter Donnesbezugungen die Kleidungsstücke für den angebliebenen Jügeling ausgedient wurden.

Der Deutsche Arbeiter-Sängerbund (Gau Berlin) hielt am Sonntag seine Ausschussung ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Vorsitzende in warmen Worten des verstorbenen verstorbenen Bundespräsidenten Richard Nobel. Die Versammelten ehrten das Andenken durch Erheben von den Plätzen. In den Bund wurde der Verein der Dichter aufgenommen. Ein Antrag auf Aufnahme des „Freien Männerchor“ (Kathenow) lag vor, wurde jedoch auf Grund der in Kathenow gefassten Resolution abgelehnt. Zum Stiftungsfest haben sich die Mitglieder der mitwirkenden Vereine durch ihre Wundesfahrten zu legitimieren. Die größte Pünktlichkeit der Sänger ist erforderlich. Der Bund veranstaltet am 1. Weihnachtstage eine Ratinee in der Brauerie Friedrichshain. Das Konzert unter Leitung des Dirigenten Alexander Schirrmann (des russischen Strauß) findet von 1—4 Uhr statt. Der Gesangsverein „Liberté“ wirkt an diesem Tage mit. Auf das Ausschreiben für den Posten zum Bundesdirigenten sind circa 60 Bewerbungen eingegangen. Zur Prüfung dieser Bewerbungen ist eine neungliedrige Kommission gewählt. Eine Anfrage, ob der Bund dem Dirigentenverband gegenüber eine Verpflichtung bezüglich der Bewerbungen hat, wird verneint. Es haben vier Sängerverbände im Anschluß an das Flugblatt, welches mit Zustimmung des Aktionsausschusses am letzten Jahrestag zur Ausgabe gelangte, stattgefunden, in denen, wie bereits mitgeteilt ist, der Reichstagsabgeordnete Eichhorn über: „Was will der Deutsche Arbeiter-Sängerbund?“ referierte. Es waren hierzu Einladungen an Vereine ergangen, die dem Bunde nicht angehören. Die Abrechnung vom Sängerkongress ergab: Einnahme 6359,17 M., Ausgabe 3198,15 M., bleibt Ueberschuss 3161,02 M., nachträglich gingen ein 640 M., Gesamtüberschuss 2167,42 M. Kupfer macht auf die vom Deutschen Arbeiter-Sängerbund herausgegebene Notenlehre aufmerksam. Ausgetreten aus dem Bunde ist der Verein der „Wummelbörser“ (Ludenwalde), da dieser seinen Pflichten dem Bunde gegenüber — Jugendlichkeit zur Organisation — nicht nachgekommen ist. Verschmolzen haben sich: „Gesangsfreunde 1906“ mit „Jugend“, jetzt „Gesangsfreunde“; „Deutsche Eiche“ mit „Freiheit“ (Brandenburg), jetzt „Brandenburger Freier Männerchor“. Der Verein der Schneider heißt jetzt „Friedrichshäufiger Männerchor“.

Feuerwehbericht. Wegen einer Ofenexplosion wurde die Feuerwehre nach der Streiferei Straße 14 alarmiert. Die Gefahr konnte schnell beseitigt werden. In der Nacht zum Mittwoch brannten in der Kreuzbergstraße 27 Holzstohlen auf dem Hofe und in der Friedriehstraße 84 Schafbeden in einer Vadekubel. In der Friedenstraße 99 waren Gardinen und anderes in Brand geraten. Außerdem hatte die Feuerwehre in der Großbeerenstraße 44 und anderen Stellen zu tun.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Die Säuglingsfürsorge in Charlottenburg im Rechnungsjahr 1908. Daß die Bemühungen, die Säuglingssterblichkeit herabzumindern, auch schon unter den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen von einem gewissen Erfolg sein können, zeigt die Abnahme der Säuglingssterblichkeit in Charlottenburg in den letzten 23 Jahren. Sie betrug auf 100 Lebendgeborene berechnet 1880: 83,67, 1885: 28,75, 1890: 25,8, 1895: 22,61, 1900: 17,11, 1905: 15,62 und 1908: 12,40.

Nur in drei preussischen Städten mit über 100 000 Einwohnern bestand, wie der Charlottenburger Bericht für 1908 hervorhebt, eine noch geringere Säuglingssterblichkeit: Barmen mit 9,94 Proz., Kassel mit 11,0 Proz. und Oberfeld mit 11,7 Proz. Allerdings weisen noch eine Reihe kleinerer Städte in Westfalen, Hessen-Nassau und der Rheinprovinz auch eine niedrigere Säuglingssterblichkeit auf als Charlottenburg. Auch ist in manchen Jahren die Abnahme der Säuglingssterblichkeit neben hygienischen Maßnahmen auch einem nach-sicheren Sommer zu danken, der die große Sommersterblichkeit der Kinder herabmindern hilft. Daß letzteres aber diese Abnahme nicht allein bewirken kann, zeigt sich darin, daß auch in solchen Jahren in den Provinzen Ost- und Westpreußen, Pommern, Posen und Schlesien die Säuglingssterblichkeit meist noch über 24 und 25 Proz. bleibt.

In Charlottenburg haben in den letzten Jahren zu der Herab-minderung wesentlich in der Stadtverordnetenversammlung von der sozialdemokratischen Fraktion angeregte Beschlüsse beigetragen. Wohl hatten auch die Liberalen zu diesem Zweck die Anschaffung eines Milchsterilisierapparates beantragt, aber Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion erklärten mit Nachdruck die Beschränkung auf diese Anschaffung für ganz ungenügend. Sie zeigten in ganz unwiderleglicher Weise, daß ein wirksamer Schutz der Säuglinge schon von ihrer Geburt beginnen müsse, daß den Säuglingen, wenn ihre dürftige Luge ihnen eine kräftige Kost nicht ermöglichen, diese kräftigende Kost, besonders im Winter, schon einige Wochen vor der Entbindung regelmäßig gemährt werden müsse. In diesem Sinne wurde auch nach einigem Bedenken beschlossen. Im Jahre 1908 ist bereits von 808 künstlichen Müttern von dieser Einrichtung Gebrauch gemacht worden. Die Kosten hierfür betragen 4700,30 M. oder pro Mutter 8,64 M. Mit gleichem Nachdruck haben die sozialdemokratischen Mitglieder der Versammlung darauf hingewiesen, daß gerade die künstliche Ernährung dieser Säuglinge das große Sterben unter ihnen verurteile, und daß dieses nur dadurch wirksam bekämpft werden könne, daß den Müttern in größerem Umfange als bisher das längere Selbststillen ihrer Kinder ermöglicht werde. Erst nach zähen Kämpfen drangen unsere Genossen mit ihren Forderungen durch. Am 15. Juni 1908 wurden die ersten vier städtischen Säuglingsfürsorgestellen in Charlottenburg eröffnet, nach zwei Jahren mußte schon eine fünfte und in diesem Jahre noch eine sechste eröffnet werden.

Die Bemühungen der Verze sind namentlich darauf gerichtet, die Mütter über die Grundzüge einer richtigen Säuglingspflege zu unterrichten und sie möglichst zum Selbststillen zu veranlassen. In diesem Zweck werden den bedürftigen Müttern Stillprämien in der Hauptsache in Form von 1 Liter guter Milch und meist unentgeltlich täglich verabfolgt, wozu, wenn sonst die Mutter ihre Fabrikarbeit nicht unterlassen kann, in den letzten Jahren noch bare Unterhilfungen gefügt werden. Im Jahre 1907 wurden als Beihilfe an stillende Mütter 21 835,12 M. und 1908 27 837,50 M. verwendet. Diese Kosten waren nicht vergeblich aufgewendet, wie die oben angegebene Herabminderung der Sterblichkeit zeigt. In den drei Vierteljahrs des Rechnungsjahres 1908 kamen neben 187 Brustkindern noch 684 Flaschenkinder und 107 mit gemischter Ernährung zur Fürsorge; 1908 dagegen 1565 Brustkinder, 127 Brust- und Flaschenkinder und 641 Flaschenkinder. Während also 1905 von den zur Fürsorge gebrachten Kindern nur 19,5 Proz. Brustkinder waren, waren es in 1907 66,8 Proz. und 1908 67,08 Proz. Von den an der Brust genährten Kindern zeigten nur 4,7 Proz. eine ungenügende Entwicklung, von den Flaschenkindern dagegen 14,85 Proz. Die Zahl der Kinder, für die die Fürsorgestelle in Anspruch genommen wurde, stieg von Jahr zu Jahr, natürlich damit auch die Kosten. Sie betragen:

	1905	1906	1907	1908
Zahl der Kinder . . .	958	2 007	2 989	3 279
die Kosten für die Milch . . .	8 207 M.	24 018 M.	30 312 M.	35 816 M.
die Gesamtkosten der Fürsorgestelle . . .	20 488	72 830	83 392	103 667

In Charlottenburg verursachen die Säuglingsfürsorgestellen der Stadt größere Kosten als in den Nachbarstädten, aber sie gewähren auch der Bevölkerung größeren Nutzen und das wird auch geschätzt. Die Kinder werden früher und häufiger als in anderen Orten den Verätern vorgeführt. Im letzten Jahre wurden 57,6 Proz. aller Geborenen vorgeführt, von den Unehelichen allein sogar 82,5 Proz., dagegen in Berlin nur 30,5 Proz., in Nigsdorf 20,9 Proz. und in Schöneberg nur 15 Proz.

Außer den Fürsorgestellen dienen in Charlottenburg der Pflege der Neugeborenen und ihrer Mütter vor, bei und nach der Entbindung die Entbindungsanstalt des städtischen Krankenhauses Kirchstraße, wo 1908 69 künstliche Mütter aufgenommen wurden, von denen 36 bis zu 4 Wochen, 23 von 5 bis 10 Wochen und 5 von 10 bis 12 Wochen schon vor ihrer Entbindung kostenlos versorgt und nur mit leichter Handarbeit beschäftigt wurden. In Kürze wird mit einem größeren Neubau begonnen, in den dann die städtische Entbindungsanstalt verlegt wird.

Am 15. November 1908 wurde in Westend ein neues großes Säuglings- und Mutterheim eröffnet, in dem ebenfalls künstliche Mütter schon vor ihrer Entbindung unentgeltliche Aufnahme finden. Eine kleine Anzahl Schwangere werden in dem neuen Auguste-Viktoriahause aufgenommen, oft kostenlos. Soweit die Entbindungen in den Wohnungen erfolgen, unterziehen sich der Hauspflegeverein und der Hilfsverein Frauenverein der Pflege der Entbundenen und des Kindes, im Jahre 1908 in 994 Fällen. Bei städtischen Arbeitern und unteren Beamten trägt die Stadt die Kosten, auch einige Fabriken tun dies.

Eine für uneheliche Mütter und Kinder sehr nützliche Einrichtung, die Generalvormundschaft, ist auch in Charlottenburg eingeführt. Ihr Unterstand 1908 784 Kinder, für die in Folge der Bemühungen der Anstalt circa 48 000 M. Alimente und Abfindung von den Vätern eingezogen und 229 Kinder legitimiert wurden. Alle diese Einrichtungen tragen ebenfalls in der einen oder anderen Weise dazu bei, die Neugeborenen zu erhalten und ihre Lebensfähigkeit zu erhöhen.

Aber leider gibt es in Charlottenburg trotzdem auch schädliche Zustände, die gerade der Gesundheit der kleinsten Kinder besonders gefährlich werden, und deren Beseitigung, obwohl schon lange verlangt, immer und immer wieder versögert wird. In erster Linie der auch in Charlottenburg vorhandene schlechte und unhygienische Zustand vieler Wohnungen, wenigstens solcher, die von der armeren Bevölkerung besonders benutzt werden, und die Einrichtung eines Wohnungsamtes und einer Wohnungsinspektion, die von den Sozialdemokraten schon lange und oft verlangt, auch ebenso oft versprochen, aber bis heute noch nicht eingeführt sind, und deren endliche Vorlage durch den Magistrat geradezu eine Sache der Pflicht ist.

Wilmerdorf.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ und der Fall Beckmann. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ enthält in ihrer Nr. 281 vom 1. Dezember 1909 die folgende Notiz:

„Der „Vortwärts“ bringt in seiner Nr. 277 vom 27. November 1909 die Mitteilung, gelegentlich der Erörterung des Falles Beckmann in der Wilmerdorfer Stadtverordnetenversammlung habe der Stadtverordnete Dr. Schwarz die Deffektivität mit der interessanten Nachricht überreicht, daß dem Staatssekretär des Innern die Wilmerdorfer Angelegenheit vorgelegt worden sei, und daß dieser hohe Beamte an ihr keinen Anstoß genommen habe. Demgegenüber ist festzustellen, daß der Staatssekretär des Innern von dieser Gelegenheit erst durch die Mitteilungen der Presse über die Vorgänge in der Stadtverordnetenversammlung Kenntnis erhalten hat. Eine „Vorlegung“ hat weder vorher noch nachher stattgefunden. Der Staatssekretär des Innern hat deshalb zu der Angelegenheit bisher auch keine Stellung nehmen können, namentlich nicht in dem Sinne, daß er an ihr keinen Anstoß genommen habe. Wohl aber sind als bald nach dem Erscheinen der Meldung die erforderlichen amtlichen Ermittlungen eingeleitet, von deren Ergebnis die etwa von Aufsicht wegen zu ergreifenden Maßnahmen abhängen werden.“

Diese Notiz drückt die bürgerliche Presse zum Teil ab. Wer unseren Bericht über die Behandlung des Falles Beckmann in der Wilmerdorfer Stadtverordnetenversammlung nachliest, wird finden, daß wir lediglich wiedergeben haben, was der Stadtverordnete Dr. Schwarz in seiner Einlage ausgesprochen hat. An die Adresse dieses Herrn muß sich daher das Organ der Regierung wenden, wenn Unrichtiges behauptet worden ist. Eine Vergleichen des amtlichen stenographischen Berichtes mit dem unstrigen, wird aber bestätigen, daß wir die Ausführungen des Redners dem Sinne nach richtig wiedergegeben haben. In der Sache selbst bleibt ja immerhin beachtenswert, daß die Regierung eine Aufklärung für angebracht hält.

Tempelhof-Mariendorf.

Der Wert der Konsumgenossenschaft kam am Sonntag aus Anlaß der von beiden Verfassungen der Konsumgenossenschaft Groß-Berlin im Lokal von Pöwenhagen, Mariendorf, veranstalteten gemeinsamen Warenausstellung vollumfänglich zur Geltung. Es wurden vollständig einwandfreie Personen beauftragt, in einer Anzahl Privatgeschäfte verschiedene Waren einzukaufen. Diese Waren wurden dann denen der Konsumgenossenschaft gegenübergestellt. Dabei wurden meistens solche Waren herausgenommen, die im Haushalt hauptsächlich gebraucht werden, wie Kolonialwaren, Hülsenfrüchte, Mehl, Gewürze usw. Die Zusammenstellung der Waren ergab zunächst, daß die Privatkaufleute für dieselben Produkte verschiedene Preise führten, aber immer höher als im Konsumverein. Ebenso stand es mit dem Gewicht. Der Mittelpreis der Waren — also nach Abzug der Dividende, Rabatt und sonstigen Vergütungen — die bei den verschiedenen Kaufleuten gekauft wurden, schwankte zwischen 3,19 M. — der niedrigste Preis — und 3,22, 3,33, 3,35, 3,36 bis zum Höchstpreis von 3,38 M. In der Konsumgenossenschaft kosteten dieselben Waren 3,07 M. Dabei ist noch nicht die Güte der einzelnen Waren in Betracht gezogen, wo ebenfalls noch Unterschiede herrschen. — Der überaus starke Besuch der Ausstellung zeigte, wie großes Interesse der Bevölkerung entgegengebracht wurde. Konnte man doch die erfreuliche Beobachtung machen, daß Besucher der Ausstellung, die noch nicht Mitglieder waren, sich sofort aufnehmen ließen.

Grünau.

Die Gemeindevertretung beschäftigte sich in ihrer letzten Sitzung mit der Einführung der Wertzuwachssteuer. Während in früheren Sitzungen die Stimmung für die Einführung dieser Steuer günstig

war, fielen jetzt sogar die Befürworter um, und zwar lediglich durch die Erklärung des Gemeindevorsethers, daß nach einem Artikel des Kreisblattes die Reichwertzuwachssteuer zum 1. April 1912 eingeführt werde, und demnach die Steuer fast gar keine Erträge brächte. Die Privatkaufleute, die einen jährlichen Zufluß von 1500 M. erfordern, wirtschafte fortgesetzt mit Unterbilanz. Eine von der Gemeindevertretung eingesetzte Kommission, die die Verhältnisse der Schule prüfen soll, beantragte 600 M. als außerordentlichen Zufluß für die Schule. Ohne Debatte wurde dem Antrage zugestimmt. Wie verlautet, soll die für diese Verhältnisse überflüssige Schule später von der Gemeinde übernommen werden. Notwendiger wäre für die noch sehr verbesserungsbedürftige Gemeindegemeinde etwas aufzuwenden.

Spandau.

Submissionsblüten. Erhebliche Preisunterschiede traten bei der Ausschreibung der Arbeiten zutage, die die Dammerschüttung für den Hofendbau in der alten Havel betraf. Mit der Herstellung des Damms, bei der es sich nur um Erdbewegung handelt, ist der Einbau zweier zu Wasserburdchlässen bestimmten Kanäle vereinigt. Für beide Arbeiten zusammen belief sich das teuerste Angebot von Röll u. Schirrmann-Berlin auf 55 377 M.; es folgten Hölz-Berlin mit 52 163 M., Weit-Berlin mit 72 390 M., Rautenberg-Berlin mit 60 351 M., Höner-Berlin mit 67 490 M., Leich-Berlin mit 55 255 M., Karl Brandt-Berlin mit 54 844 M., Löwendorf-Spandau mit 53 215 M., Plum u. König-Magdeburg mit 40 179 M., E. Senf-Charlottenburg mit 42 094 M., Drenthahn u. Endhopp-Braunschweig mit 40 394 M., Brod-Charlottenburg mit 38 780 M. und Rönning-Spandau mit 34 688 M. Die Differenz zwischen dem Höchst- und Niedrigstfordernden betrug also 50 730 M.

Notawes.

Dem Ersuchen des Gewerkschaftskartells an die Eisenbahndirektion, die Arbeiterwochenlarten Wabersberg-Friedenau auch auf die Strecke Wabersberg-Charlottenburg zu übertragen, ist leider nicht stattgegeben worden. Der Preisunterschied beträgt nur 10 Pf., es wäre daher für die Behörde ein Leichtes, den betreffenden Arbeitern entgegenzukommen. Für die Arbeiter aber, die infolge ihres Arbeitswechsels gezwungen sind, einen Wechsel auf diesen Strecken vorzunehmen, und daher eine neue Karte lösen müssen, bedeutet es eine Härte. Die Behörde geht noch weiter. Sie schreibt, daß sie dem Gewerkschaftskartell im Jahre 1908 entgegengekommen sei und die Uebertragbarkeit der Wochenlarten für die Strecke Notawes-Friedenau bezw. Notawes-Charlottenburg zugestanden habe. Sollte nochmals eine derartige Eingabe erfolgen, so sehe sie sich „zu ihrem Bedauern“ genötigt, diese Vergünstigung zurückzuziehen. Man gibt also zu, daß unsere Beschwerde gerechtfertigt ist, aber — man will eben nicht.

Zu den Firmen, die den Tarif der Tabakarbeiter unterschrittlich anerkannt haben, gehört nunmehr auch die Firma Lüdicke, Auguststraße. Da der Tarif auf die Anerkennung der Organisation verlangt, so wird auch diese Firma nicht umhin können, ihre bisherige scharfe Stellung gegen die Organisation aufzugeben.

Nieder-Schönhausen.

Das Opfer einer eigenartigen Explosion ist der 37 Jahre alte Kaufmann Schirmer aus der Umlandstraße geworden. Er, der der freiwilligen Feuerwehr angehört, hatte sich vorgestern Abend mit zwei Kameraden nach Wilhelmshagen begeben, um dort während einer Theaterdarstellung Wache zu halten. Nichts machten sich die Drei dann wieder auf den Weg nach Nieder-Schönhausen. Er trug auf dem Rücken eine tragbare Schweißsäurezylinder, die mit Säure angefüllt war. Untere Weg gab es plötzlich einen lauten Knall und im nächsten Augenblick stand er in Flammen. Die Spritze war zur Explosion gekommen und der Träger in Brand geraten. Schnell waren die Begleiter den Brennenden zu Boden und erstickten die Flammen an ihm. Sie konnten aber nicht mehr verhindern, daß er im Gesicht und am Kopf schwer verbrannt wurde. Das rechte Auge ist vollständig verblüdet worden. Auch das andere Auge hat erheblich gelitten. Auf welche Weise der Apparat zur Explosion kommen konnte, ist nicht festgestellt worden.

Potsdam.

Ein Baumsturz ereignete sich gestern auf einem Neubau in der Alten Königstraße. Von einem der Neubertischen Häuser stürzte ein Balken herunter, dabei erlitten zwei Maurer Verletzungen, die jedoch nicht bedenklich sind. Beide befinden sich in häuslicher Pflege.

Vermischtes.

Die Diebe und der Rauchredner.

Wie man auf eine originelle Art Diebe sicher fangen kann, ohne den Polizeiapparat in Bewegung zu setzen, das lehrt eine Verhandlung vor dem Stettiner Schöffengericht: Dem Hausbesitzer J. in Podesuch war im September wiederholt Obst aus seinem Garten gestohlen worden. Als er eines Nachts nach Hause kam, hörte er, wie die Wispel der Bäume in seinem Garten raschelten, obwohl es windstill war. Er ahnte sofort Obstdiebe und ging deshalb um das Haus herum nach seinem Garten. Wirklich bemerkte er auch drei Gestalten, die eifrig bemüht waren, große Säcke mit dem feinsten Obst zu füllen. Der Bestohlene ist in seiner Nachbarschaft als Rauchredner bekannt, und diese Kunst kam ihm jetzt zustatten. Er schrie den Dieben kräftig zu: „Halt! Keiner rührt sich von der Stelle!“ und dann mit veränderter Stimme, als sei es eine andere Person: „Karr! hol man die Dogge achter rup!“ Dazwischen markierte er das Knurren eines Hundes. Da belamen es die Diebe, drei Personen, mit der Angst zu tun, ließen ihre Säcke fallen und verstruden, nicht auszurufen. Der Rauchredner ging nun auf sie zu, drehte sich vorher aber noch einmal um, rief nach der Straße hin: „Herr Sergeant, bleiben Sie an der Ecke stehen!“ und ließ diesen auch antworten, so daß es den Anschein gab, als ob das ganze Haus umstellt sei. Auf diese Weise gelang es dem schlauen Rauchredner, die Diebe mit nach der Straße zu nehmen und sie dann mit Hilfe zweier zufällig daherkommender Soldaten auf die Polizeiwache zu führen.

Aufklärung des Diebstahls auf der Frede Glabbed.

Gestern ist es den Bemühungen des Berliner Kriminalkommissars v. Treskow II gelungen, den großen Raffendiebstahl auf den fiskalischen Wollerschächten in Glabbed, bei dem den Tätern 279,500 M. in Wertpapieren, Banknoten und Bargeld in die Hände fielen, aufzuklären. Die Täter sind der Maschinenfeiger Heinrich Reuß und der Schichtmeister Opel, in dessen Garten vergraben ein Teil des Geldes gefunden worden war. Beide wurden überführt und sind geständig.

Erst die königlich bayerischen Wildsäue und dann die „Unter-tanen“. Das „Bayer. Wochenblatt“ schreibt: Raucherlei Freuden erleben die Bewohner der Spessarttäler. Während ihnen im Sommer in verschiedenen Gemeinden das Beerenpflücken nur gegen eine Gebühr von 3 Mark erlaubt wurde, gehen jetzt einige Forstämter rigoros vor gegen jene, die die heurige gute Wuchereuernte dazu benützen wollen, sich für den Winter mit dem nötigen Specköl zu versehen. Insbesondere ist es verboten, den königlich bayerischen Wildsäuen ihr Futter wegzunehmen, und die armen Speck- oder Schmalzbesitzer nur dort Vucheln holen, wo auch der Fied der zahmen Schweine mit seiner Herde sich umhertreiben darf. Es ist das wieder eine Rücksichtlosigkeit sondergleichen, bezeichnet aber so recht die Moral der heutigen Staatsordnung, die den Menschen vor-enthält, was doch schließlich auch für sie gewachsen ist. Auf jeden Fall erwische doch dem Forstwart sowie den königlich bayerischen Wildsäuen kein großer Schaden, wenn sich ein armes Württemberg einen Stroh voll Vuchern holte!

Ein Eisenstahldrama. Die „Dresdener Nachrichten“ melden aus Kosen: In Rodowitz erschick der hellenlose 15jährige Dienst-knecht Gaida aus Eiserfucht seine Geliebte, die 24jährige Landwirt-

schaffensmagd Rudolf. Als er verhaftet werden sollte, schoß er sich selbst eine Kugel in die Schläfe. Der Tod trat bei beiden sofort ein.

Das erste österreichisch-ungarische Militärflugzeug „Porfabel“ trat, wie aus Wien gemeldet wird, gestern vormittag 1/2 11 Uhr bei äußerst günstigem Wind eine über 200 Kilometer lange Distanzflug an, die über Wien, Schönbrunn, Weikersdorf, Preßburg, Bruck an der Leitha und nach Fischamend zurückführt. Das Flugzeug wird auf seinem Wege von Automobilen verfolgt und die Route kontrolliert.

Ein großer Juwelenraub

Ist wieder einmal auf der italienischen Bahn auf der Strecke zwischen Mailand und Rom verübt worden. Die Bestohlene ist die Prinzessin Antonia Mattei. Ihr ward am 18. November eine braune Juchtenstutze mit einem dreieckigen Perlenkollier mit 24 Perlen, einem Haarschmuck, einer Brillantbroche aus Silber, goldenen Ohrringen mit Brillanten und brennfarbenen Perlen, einer Schmuckkette als Armband mit Brillanten und Smaragden, ein Armband mit in Krallen gefaßten Saphiren und Brillanten, einem verstellbaren Armband, einer Schmetterlingsbroche mit Brillanten und Rubinen, einer Schleifenbroche mit Rubinen, Brillanten und Smaragden, goldenen Ringen mit Brillanten, einer Doppelpistole mit einer Wappengravierung, Rubinen, Perlen und Brillanten usw. und anderem mehr entwendet. Die Untersuchungen früherer Diebstähle haben ergeben, daß auf den italienischen Eisenbahnen wirklich nette Inhäufende herrschen. Es ist vorgekommen, daß Stationsvorsteher, Zugführer und anderes Begleitpersonal Hand in Hand arbeiteten, um die Reisenden zu bestehlen. Nur so war es auch möglich, daß Koffer schon plombiert an der Grenze anlangen und dennoch ihres wertvollen Inhalts beraubt waren.

Streik bei der Jagd. Wir lesen in der „Mündener Post“: In Garching fand vor einigen Tagen Jagd statt, zu der sich zahlreiche Eingeladene eingefunden hatten, denen es Vergnügen und Ehre zugleich ist, königliche Hasen niederzuknallen zu dürfen. In den ersten beiden Vögen der Treibjagd wurden ungefähr 130 Hasen zur Strecke gebracht, und die Treiber — etwa 30 an der Zahl — fühlten sich durch dieses Resultat, an dem sie nicht unschuldig waren, ermutigt, eine Lohnforderung einzureichen. Sie verlangten pro Hasen nur 50 Pf. Aufbesserung, eine bezeichnende Forderung, da bei Jagden unter dem ordentlichen Jagelohn ausbezahlt wird und der „gelernte“ Treiber nur 2,50 M., der „ungelernte“ 1,50 M. erhält. Bei Privatjagden wird bedeutend mehr bezahlt. Allein die Forderung wurde abgewiesen und beim dritten Vögen traten nur mehr sechs Streiktreiber an, denen dann aus der königlichen Kasse 3 M. für den Kopf ausbezahlt wurden. Die Hasen hatten den Klagen davon, denn es fielen nur neun Stück. Die Streikarbeit, obwohl sie „königlich“ bezahlt wurde, war also, wenigstens vom Standpunkte des Jägers aus betrachtet, keine legendreiche.

Ein Messina im Kleinen.

Eine eigenartige Katastrophe verbreitete in einer der letzten Nächte unter den Dorfwohnern der schottischen Gemeinde Dalkeith, Mid Lothian Entsetzen und panischen Schrecken. Durch ein furchtbares Getöse wurden die Schlummernden aus dem Schlafe geschreckt; über ihren Häuptern begann das Dach zu schwanken und zu brechen und fröhend fürzten Fiegel und Balken hinab in die Häuser. In wenigen Sekunden waren die Straßen von halb-bekleideten Flüchtlingen gefüllt, die angsterfüllt auf das unerklärliche rätselhafte Bild der Verwüstung starrten, das sich ringsum ihren Blicken darbot. Erst später erfuhr man den Ursprung der Katastrophe. In der Nachbarschaft war die Fabrik von Arnison, in der größere Mengen von Pulver und Sprengstoffen lagerten, explodiert. Das Gebäude wurde völlig gesprengt, aber obgleich es weitab entfernt in der Einsamkeit lag, reichte die Wucht der Explosion doch aus, um im Umkreis von mehreren Kilometern nicht weniger als 12 Bauernhäuser völlig zu zerstören und 90 schwer zu beschädigen. Doch keine Menschenleben zu beklagen sind, ist der entsetzlichen Katastrophe zu danken, mit der man sofort in den Trümmern nach Halberschütteln grub und sie aus ihrer gefährlichen Lage befreite.

Gefunktene Dampfer. Aus Tokio wird gemeldet: Der Name des bei Simonoefski gefunktene Dampfers ist „Mitogotamaru“. Ein zweiter japanischer Dampfer mit Namen „Jinfumaru“ ist auf der Höhe von Jangampo untergegangen.

Antiklerikal Marktbericht der holländischen Marktstellen-Direktion über den Weizenhandel in den Zentral-Markthallen. Markttag: Freitag. Zufuhr reichlich, Geschäft sehr still, Preise unverändert. Weizen: Zufuhr etwas reichlicher, Geschäft reger, Preise nachgebend. Weizen: Zufuhr reichlich, Geschäft schleppend, Preise wenig verändert. Roggen: Zufuhr ziemlich reichlich, Geschäft ziemlich lebhaft, Preise wenig verändert. Hafer und Gerste: Zufuhr über Bedarf, Geschäft ruhig, Preise wenig verändert.

Witterungsbericht vom 1. Dezember 1909, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometrischer Luftdruck	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in Grad C.	Stationen	Barometrischer Luftdruck	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in Grad C.
Zwettendorf	751	SW	3	4 heiter	3	Dapundo	757	DND	2	halb b.	-14
Dampburg	748	SW	3	6 bed.	6	Petersburg	749	D	2	Schnee	-8
Berlin	753	SW	3	8 heiter	3	Seila	749	SW	3	5 Regen	-8
Frankfurt	753	SW	3	6 bed.	6	Oversee	738	SW	1	wolflg	1
München	758	SW	3	4 bed.	1	Varis	754	SW	3	bed.	4
Wien	760	D	1	1 bed.	-2						

Wetterprognose für Donnerstag, den 2. Dezember 1909. Ein wenig kühler, teilweise heiter, aber noch veränderlich mit geringen Niederschlägen und ziemlich lebhaften südwestlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Leise und distanzierend. „Johann Jacoby“. Heute abend 8 1/2 Uhr bei Dugge, Antanien - Allee 95/96: Sitzung. Gäste willkommen.

Leise und distanzierend. „Wilhelm Liebsch“. Heute Donnerstag abend 9 Uhr, Sitzung bei A. Eichhorn, Danziger Straße 98. Vortrag. Gäste willkommen.

Deutscher Arbeiter - Klubabend. Dritgruppe Berlin. Freitagabend 8 1/2 Uhr im „Gemeinschaftshaus“, Engelstr. 15. Vortrag des Arbeitersekretärs Rudolf Wolff über: „Gemeinschaftsbewegung und Volkshilfe“. Eintritt 10 Pf. Rein Getränkeauskunft.

Eingegangene Druckchriften.

Vom „Kampf“, der Monatschrift der deutsch-österreichischen Genossen, ist Heft 3 des 3. Jahrganges (eben erschienen). Es hat folgenden Inhalt: Karl Renner: Gedächtnisrede. — Otto Bauer: Die starke Regierung oder die starke Demokratie. — Franz Tomásek: Nationale Kinderkinderkinder als soziale Erziehung. — Jakob Winkler: Lebensmittellieferung und Gemeinlichkeitsbewegung. — Rudolf Hilferding: Darstellung und Befreiung. — Gustav Epstein: Landard. — Wädershäuser: Literatur. Kunst. Pädagogische Belletristik.

Das bunte Schilf. Neue Gedichte von D. Winkler. 10 Seiten. — Im Lande der Torheit. Neue Verse von J. Wertheimer. 94 Seiten. D. Heller, Wien.

Lautes Göttliche Komödie. Bearbeitet von R. Hoffhammer. Buchhandlung von F. Schöler, geb. 3 M. D. H. Teubner, Leipzig.

Auerbachs Deutscher Kalender 1910. Herausgegeben von G. Wöllner. 160 S. L. Fernau, Leipzig.

Wasserland	am 30.11.	am 29.11.	Wasserland	am 30.11.	am 29.11.
Regel, Teltow	2019	-7	Saale, Brandenburg	168	+10
Regel, Ankersburg	377	+1	Qavel, Prandau	81	+1
Regel, Thon	645	-10	Rathenow	84	0
Oder, Rathow	145	+18	Spre, Spremberg	92	+2
• Krossen	110	0	• Beetzow	84	+4
• Brandeburg	1307	0	• Weiser, Witten	98	+9
Wartze, Schrimm	465	-5	• Ribben	136	+23
• Landsberg	445	0	• Rhein, Ragnitzland	350	-6
Regel, Borsdorf	-4	0	• Raab	162	-4
• Rölln	-37	+4	• Rölln	197	+3
• Dresden	-154	-8	• Redar, Weißbrom	79	-1
• Harbo	130	-3	• Rain, Eberthum	160	+7
• Wangen	118	+4	• Woiel, Trier	117	+13

*) + bedeutet Wind. — 1/2 Unterpegel. *) Wind. *) Wind. Die Rogai hat jetzt mit Ausnahme eines Kilometers durchweg Eisstand. — Auf der Oder bei Schwedt am 30. 8 1/2, nachmittags Eisgang. — Die Leine und Ganneke haben mittelfrohes Hochwasser, geringere Anschwellung die Berra, Fulda, Main und Maif. —

21. Ziehung 5. Kl. 221. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 1. Dezember vormittags. Für die Gewinne über 100 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt. (Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

3 24 208 208 30 [1000] 693 775 71 802 1112 79 423
[1000] 82 520 740 89 821 2090 317 [1000] 810 14 [1000]
439 501 726 812 3069 818 81 507 63 646 789 841 65
4023 124 [1000] 91 737 [1000] 48 484 370 503 48 955 5191
253 202 [1000] 448 74 [1000] 691 [1000] 30 708 613 6000
133 84 688 796 37 825 7075 39 547 214 5109 83 253 265
70 704 893 808 87 9083 25 354 489 709 944
10044 189 315 33 229 [1000] 67 73 612 88 66 [1000]
730 948 80 11123 73 329 739 978 12993 38 592 [1000]
623 698 [1000] 75 909 1374 470 89 121 89 14061 225
622 843 928 15082 151 385 375 731 599 347 [1000] 33
16389 73 296 472 60 609 17636 944 18395 156 547 54
[1000] 336 871 931 [1000] 19426 37 403 71 618 [1000] 84
20178 221 38 [1000] 818 913 38 21339 83 [1000]
971 [1000] 22168 [1000] 94 [1000] 248 548 49 93 702 20 846
702 27 [1000] 27 23055 14 260 958 18 24007 250 83 218
43 430 208 738 800 833 25309 484 7 551 547 26130 [1000]
25 64 730 [1000] 340 [1000] 408 887 734 825 904 27944
[1000] 74 119 10 10 210 600 449 48 575 [1000] 977 85 717
28069 85 161 348 402 621 43 800 29192 224 354 [1000] 476
820 928 112 80 879 590
30041 97 109 840 80 401 733 31012 373 [1000] 441
68 915 [1000] 32120 330 31 436 734 801 33000 233 83
237 48 870 818 [1000] 963 34447 300 621 50 80 908
33555 139 406 302 983 39087 129 238 487 583 636 876
37044 172 88 391 401 19 78 839 731 863 93 32888 359
63 484 779 89 39014 111 735 584 715 26 616 980 [1000]
40043 171 221 348 [1000] 464 728 54 [1000] 88 41260
58 98 842 82 42034 87 243 306 74 443 509 837 48 918
43892 208 608 17 66 406 621 50 44033 63 [1000] 105
[1000] 212 458 53 80 610 65 99 518 800 45426 656 889
46971 139 270 483 62 600 3 27 605 47006 81 92 708 363
43 [1000] 300 804 21 48023 203 [1000] 5 280 450 77 922
49188 496 513
50096 420 61 643 781 875 887 51195 818 52184
88 828 908 741 804 978 63281 [1000] 324 95 473 607 54218
43 120 848 400 [1000] 28 537 55 908 65 55064 391 3 463
86 875 885 895 80882 394 473 75 831 827 44 78 57721
230 817 710 812 19 55906 211 661 73 [1000] 215 756 806
59136 819 63 693 811 979
60049 129 318 118 878 81 730 895 61784 [1000] 838
27 62319 30 376 93 530 874 64211 219 618 58 802 35
[1000] 65074 124 306 18 448 336 66029 426 510 [1000]
612 987 67393 987 68302 672 736 935 69002 [1000] 414
588 783 94 234 74 817
70079 121 210 30 [1000] 834 449 821 71044 138 117
603 711 889 72058 343 48 485 565 674 714 320 73302 23
68 811 41 440 221 97 624 604 43 74458 354 [1000] 49 608
62 883 75004 171 329 360 81 719 81 856 221 41 78311
76480 883 881 [1000] 967 77023 126 362 422 841 78311
73 896 127 815 65 79356 553
80023 [1000] 275 [1000] 318 [1000] 985 986 81179
688 [1000] 745 82071 420 251 33 445 58 [1000] 797 808
[1000] 523 83188 84071 143 92 282 306 85 88 55 307 883
[1000] 625 40 [1000] 85711 [1000] 822 86323 33 945 87161
[1000] 70 543 923 88060 145 224 82 261 483 390 724 821
[1000] 89080 212 374 85 725 987
90045 230 571 91002 146 454 785 807 92158 309
20 227 60 621 744 844 93124 330 563 831 95046 476
602 732 883 14006 869 808 [1000] 724 909 96051 401 543
65 69 883 97 97281 429 64 98349 [1000] 71 309 [1000]
123 224 71 81 99119 83 217 414 627 713
100139 376 330 82 829 49 49 880 101478 530
[1000] 102106 304 440 761 72 86 [1000] 812 [1000] 50
[1000] 547 249 439 737 825 [1000] 49 907 [1000] 104349
42 [1000] 44 492 532 643 687 696 103097 170 30 [1000] 60
208 44 200 100806 168 [1000] 874 78 107251 29 74 55
815 420 [1000] 429 [1000] 214 108085 629 698 734 837
109087 [1000] 254 207 400 504 81 [1000] 923
110079 313 410 734 111008 664 718 81 568 377
112026 241 411 635 97 123 112009 200 423 818 770
[1000] 829 114296 424 65 519 26 892 993 65 81 11537
602 706 351 116306 271 32 710 74 86 814 117007 171
232 44 561 94 96 582 671 864 118023 86 [1000] 200 383
[1000] 424 [1000] 616 908 67 [1000] 927 119395 362 602 843
120093 421 231 235 888 374 121301 99 478 80 674
671 995 122127 377 352 81 [1000] 55 415 519 43 83 709
687 123812 85 [1000] 378 707 878 124413 80 182 848 561
37 [1000] 920 81 125609 899 260 80 842 79 126113 61
12 87 223 790 127106 743 97 384 408 39 600 742 128304
436 233 [1000] 235 [1000] 51 811 21 84 [1000] 64 129171
84 277 [1000] 636 943
130274 119 30 278 [1000] 609 610 710 74 57 131049
132222 43 111 823 907 133321 502 78 134111 70
423 [1000] 614 135112 33 289 853 136290 371 473 325
[1000] 137054 85 320 423 880 977 138093 102 [1000] 369
[1000] 481 577 646 139029 43 347 72 [1000] 551 [1000] 369
89 725 806
140386 218 47 [1000] 489 802 768 870 141016 [1000]
97 256 [1000] 82 [1000] 216 [1000] 17 33 759 [1000] 200
[1000] 142150 39 543 87 537 41 64 390 143005 251
85 [1000] 423 35 759 854 144169 356 824 709 64 708 61
[1000] 145012 [1000] 190 601 3 1 121 854 146174
758 147019 173 34 294 499 892 835 148122 225 30 73
149184 311 410 51 [1000] 888 813
150170 [1000] 329 389 299 151042 171 817 152260
86 450 786 505 63 153004 14 69 [1000] 165 96 268 87
214 827 [1000] 83 154065 10 42 449 582 759 815 155193
[1000] 229 222 22 34 [1000] 609 141 387 159183 369

21. Ziehung 5. Kl. 221. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 1. Dezember nachmittags. Nur die Gewinne über 100 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt. (Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

39 445 809 805 1204 45 809 890 951 89 2389 845 855
872 88 860 3122 59 75 89 443 83 255 506 712 832
4061 106 [1000] 12 65 283 273 682 590 5063 109 29 702
26 828 804 6845 52 417 284 877 829 7023 291 324 [1000]
877 43 [1000] 498 [1000] 783 889 987 [1000] 8166 313 [1000]
93 [1000] 328 550 [1000] 9478 598 83 675 505 909
10021 613 24 [1000] 11185 553 512 702 809 80 12114
20 245 728 47 88 838 13088 72 127 99 221 35 40 [1000] 315
94 874 808 14487 39 138 43 327 483 [1000] 61 223 [1000]
669 796 59 15342 582 16260 391 508 [1000] 17251 84
819 [1000] 33 489 85 588 [1000] 897 84 18061 406 33 226
877 714 96 19006 46 120
20118 891 487 21760 727 981 [1000] 22212 628 787
[1000] 871 [1000] 87 23196 300 813 24561 901 123 83
353000 210 83 335 498 355 26007 194 256 80 711 24 2707
133 44 65 79 271 28229 149 82 85 295 446 604 42 707 49
45 [1000] 29182 70 [1000] 91 317 73 [1000] 454 325 305
30006 75 375 421 [1000] 85 235 387 821 31144 379
609 580 58 32127 79 [1000] 204 84 710 [1000] 33109 23
44 [1000] 60 458 81 900 32 913 34010 230 43 306 97 481
583 39 685 904 30 35107 212 30 289 661 719 578 71 628
33009 185 [1000] 33 299 [1000] 411 52 55 353 780 73 887
37007 140 323 489 637 68 583 38073 970 39294 33 331
43 54
40108 228 301 23 675 787 319 921 41129 67 346 405
47 354 70 628 780 813 42006 170 239 514 826 33 43299
80 120 21 [1000] 234 258 448 628 327 626 48 44004 95
373 78 [1000] 302 440 514 716 [1000] 70 200 21 [1000] 892
45199 269 427 [1000] 204 [1000] 614 719 46154 248 508
736 364 47010 113 50 414 878 882 87 899 833 48011 33
[1000] 129 62 258 60 [1000] 686 661 101 65 933 48017 31
63 87 130 431 79 648 724 70
50064 30 139 607 33 126 [1000] 51108 63 [1000] 428
626 544 50 52294 305 644 53307 485 [1000] 576 607 812
54166 80 812 [1000] 663 718 734 814 970 55134 618 83
718 50 972 65 [1000] 56132 656 836 57189 41 [1000] 525
[1000] 698 978 58147 210 806 101 621 80 791 [1000] 827
858 908 79 59180 893
60113 55 401 857 67 61121 378 824 45 86 806 93
802 6233 844 911 [1000] 82 64 63199 [1000] 171 95 [1000]
299 399 300 [1000] 24 609 718 [1000] 70 860 64183 [1000]
617 332 806 65029 70 707 [1000] 990 [1000] 66083 116 325 78
67458 65 99 501 717 61 65 815 63 011 68031 66 325 78
615 544 83 69104 8 34 [1000] 706 51 217 678 959
7089 118 256 456 493 791 809 71170 409 978 641
825 72007 97 190 254 311 [1000] 317 67 712 73788 238 83
[1000] 825 903 [1000] 74093 153 [1000] 61 325 51 678 83
80 75299 39 124 715 27 [1000] 80 851 76099 19 820 68
838 77022 [1000] 80 356 554 603 [1000] 952 78184 378
425 912 79223 [1000] 817 [1000] 86
80019 60 206 41 712 807 81002 99 394 378 819 59
732 825 86 863 82103 22 497 633 79 85 83066
[1000] 818 78 296 401 759 89 894 851 84064
175 [1000] 821 35 784 90 856 85008 489 79 805 974 86184
231 448 67 310 72 600 100 87182 28 78 889 88012 42 149
[1000] 241 70 589 616 17 788 559 [1000] 70 84 80043 180
237 69 403 288 822 87 988
90079 96 494 522 600 719 896 944 32 91073 220 [1000]
88 217 595 958 89 92057 510 820 123 328 234 25 51 92016
246 270 242 227 425 84 807 63 [1000] 824 59 81 948 64
94183 213 227 33 455 759 95118 [1000] 841 83 89 478
614 [1000] 27 885 812 12 91078 350 209 217 27 [1000] 432
27 671 747 815 52 [1000] 97008 210 49 [1000] 218 [1000] 518
603 74 764 809 98043 87 92 135 [1000] 896 470 [1000] 863
912 22 42 [1000] 99022 219 43

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin, Hauptbureau: Hof 1. Amt 3, 1239. Charitstraße 2. Hof III. Amt 3, 1967.

Sonntag, den 5. Dezember,
vormittags 10 Uhr bis nachm. 1 Uhr,
findet die

Wahl eines Beamten

in folgenden Lokalen statt:

- Bockbrauerei, Chausseestr. 68.
- Brunnen-Theater, Badstr. 58.
- Hönischs Restaurant, Wichertstr. 3.
- Obigios Festsäle, Schwedter Str. 23.
- Karsowskis Restaurant, Bernauer Str. 82.
- Schulz' Restaurant, Maxstr. 13b.
- Kronen-Brauerei, Alt-Moabit 47/48.
- Reichenberger Hof, Reichenberger Str. 147.
- Graumanns Festsäle, Nausynstr. 27.
- Heitmanns Festsäle, Schönleinstr. 6.
- Schmidts Festsäle, Lindenstr. 3, 2. Hof.
- Wiemers Restaurant, Bülowstr. 58.
- Litfns Festsäle, Memeler Str. 67.
- Bökers Festsäle, Weberstr. 17.
- Rummelsburg, Blumes Restaurant, Boxhagen 56.
- Rixdorf, Hoppes Festsäle, Hermannstr. 40.
- do. Zibells Restaurant, Elbestr. 8.
- do. Rückheims Restaurant, Lahnstr. 1.
- Tempelhof, Müllers Restaurant, Berliner Str. 40/41.
- Charlottenburg, Volkshaus, Rosinenstr. 3.
- Köpenick, Ritters Restaurant, Bahnhofstr. 44.
- Steglitz, Clements Restaurant, Düsselstr. 7.
- Ober-Schöneweide, Weralckes Restaurant, Wilhelmshof-Strasse 18.
- Weißensee, Roskopfs Festsäle, König-Chaussee 38.
- Pankow, Rozyckis Restaurant, Kreuzstr. 2/4.
- Spandau, Hulhs Restaurant, Linden-Ufer 17.
- Tegel, Halfers Restaurant, Branowstr. 23.

Ohne Mitgliedsbuch kann niemand wählen!
Die Stimmzettel werden am Eingang zu den Wahllokalen verteilt.
Wahlleiter ist der Kollege Otto Handke, Charitstr. 3.

Weihnachts-Prämien für unsere Leser.

Von den vorjährigen Weihnachts-Prämien sind noch vorhanden:

- Schillers Werke 2 Bände illustriert . . 3.50 M.
- Heines Werke 2 Bände illust., herausgeb. v. Dr. G. Karppeles 3.50 M.
- Hackländer Werke 2 Bände illustriert 3.50 M.
- Freiligraths sämtl. Werke 3 Bände elegant geb. 3.00 M.
- Gerstäckers Werke 2 Bände illustriert 3.50 M.
- Grillparzers sämtl. Werke 2 Bände illustriert 3.00 M.
- Goethes Werke 2 Bände illustriert . . 3.50 M.
- Reuters sämtl. Werke 2 Bände illust. 3.00 M.

Expedition des „Vorwärts“
Berlin SW. 68 247/19*
Lindenstraße 69, Laden.

Getragene eleg. Damengarderobe
billig, Reichenbergerstr. 104, pt.

Ohne Anzahlung Teppiche, Gardinen, Portieren, Bilder, Spiegel, Uhren
Auf Teilzahlung.
L. Matzner, Auguststr. 50.
Nur Karten erbot.

Amor

bleibt das beste Metallputzmittel.

Zentralverband der Maurer. Zweigverein Berlin.

Am Sonntag, den 5. Dezember, vorm. 10 Uhr, finden im ganzen Zweigverein Berlin in untenstehenden Lokalen die Mitgliederversammlungen statt, die sich mit den Delegiertenwahlen zum Verbandstag beschäftigen sollen.

Sektion der Maurer. Berlin:

- Norden I und II bei Obigios, Schwedter Str. 23/24.
- Nordosten bei Spatz, Georgenkirchstraße 65.
- Osten I bei Borgmann, Andreasstraße 21.
- Osten II in der Germania-Brauerei.
- Südosten bei Böhm, Raunungsstraße 6.
- Süden bei Döring, Briher Straße 32.
- Südwesten bei Pabel, Baumgartenstraße 5-7.
- Westen bei Wiemers, Bülowstraße 58.
- Moabit bei Stark, Balbistr. 8.
- Oranienburger Vorstadt in den Borussia-Sälen, Aderstraße 6/7.
- Wedding bei Hoffmann, Tafelwaller Straße 3.

- Charlottenburg im „Volkshaus“, Rosinenstraße 3.
- Rixdorf bei Wolf, Kirchhoffstraße 41.
- Lichtenberg bei Pielchenhagen, Scharnweberstraße 60.
- Friedrichsfelde bei Sommerfeld, Riquelstraße 70.
- Schöneberg bei Großer, Weininger Straße 8.
- Mahlsdorf bei Müller, Berliner Chaussee 20.
- Adlershof bei Baskin, Reher Straße 1.
- Friedrichshagen bei Verbe, Friedrichstr. 112.
- Mariendorf bei Löwenhagen, Chausseestr. 27.
- Mariensfelde bei Berger, Berliner Str. 114.

- Friedenau bei Schönefeld, Rheinstraße 31.
- Pankow bei Schulz, Mühlenstraße 21.
- Steglitz bei Rohmann, Schloßstraße 117.
- Gr. Lichterfelde im „Kaiserhof“, Am Kranoldplatz 1.
- Zehlendorf bei Witsch, Potsdamer Str. 25.
- Wilmersdorf bei Rüdler, Lauenburger Straße 21.
- Weißensee bei Roskopf, Königshaussee 38.
- Tegel bei Kienzler, Schlieperstraße 64.
- Tempelhof bei Müller, Berliner Straße 41.
- Pankow bei Clemen, Bolkansstraße 122.
- Reinickendorf bei Anders, Hauptstraße 51.

Sektion der Putzer.

„Arminhallen“, Kommandantenstr. 58/59 (großer Saal):
1. Delegiertenwahl zum Verbandstag. 2. Vortrag des Arbeiterssekretärs Genossen Ritter über: „Genossenschaftswesen“. 3. Verschiedenes.

Sektion der Gips- und Zementbranche.

„Gewerkschaftshaus“, Engelauer 15 (großer Saal).

Sektion der Fliesenleger.

„Gewerkschaftshaus“, Engelauer 15 (Saal 10).

Mitgliedsbuch legitimiert, ohne dasselbe kein Zutritt.

Börsenbesuch erwartet

Der Zweigvereinsvorstand.

Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher usw.

Reichthorstraße 28, part. Filiale Berlin. Fernsprecher Amt IV Nr. 4787.

Sonntag, 5. Dezember, vormittags 10 Uhr, in der Neuen Welt, Gasenheide 108-114:

Mitgliederversammlung.

Tages-Ordnung:
1. Der neue Reichstarif. Referent: Kollege Jakobkeit.
2. Beschlußfassung über die Annahme desselben und über die weiteren Verhandlungen über Arbeitszeit und Stundenlöhne.
Kollegen! Es gilt nunmehr die Entscheidung zu treffen, ob Ihr dem vorgelegten Reichstarif Eure Zustimmung geben wollt!
Deshalb ist es Pflicht eines jeden Verbandskollegen, in dieser Versammlung zu erscheinen.
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt! Die Ortsverwaltung.

Zur Beachtung! Die Kollegen werden ersucht, die letzte Nummer des „Verbands-Anzeigers“, welcher den Entwurf des Reichstarifs enthält — der besseren Information halber — mitzubringen.

Heute, Donnerstag, den 2. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15: 190/12*

Sektionsversammlung der Lackierer.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen W. Schütte: „Friedrich Schiller und die Arbeiterklasse.“ 2. Diskussion.
3. Vereinsangelegenheiten. Die Sektionsleitung.



Auch nach der jetzt wesentlich höheren Steuer auf Cigaretten werden

JOSETTI JUNO

CIGARETTEN
in unveränderter Güte hergestellt, da wir vollen Wert darauf gelegt haben, dieser Marke ihre besonderen Vorzüge in jeder Beziehung zu erhalten.
Josetti-Juno-Cigaretten m. u. a. M. 10 Stck. 20 Pf.



Josetti Cigarettes Josetti Cigarettes

44 eigene Fischdampfer.

In dieser Woche besonders preiswert:

Seezander, Rotzungen, Heilbutt.



Von frischen Fängen unserer Flotte empfehlen wir in lebendfrischer Ia. Qualität:

- Seezander (Goldbarsch) . 25 Pf.
- II. Kahljan im Anschn. 32 Pf.
- „Seelachs im Anschn. 30 Pf.
- „Schellfisch im Anschn. 40 Pf.
- „Schellfisch Ia gr. 2 bis 5 Pf.
- „Schellfisch Ia Hl. 1 bis 2 Pf.
- „Schellfisch kl. z. Braten 25 Pf.
- „Knurrhahn z. Braten 25 Pf.
- „Schollen Ia gr. 1-5 Pf. 45 Pf.
- „Bratflundern 30 Pf.
- „Rotzungen Ia gr. . 30 Pf.
- „Austernfisch Karbonad. 60 Pf.
- „Steinbutte bis 3 pfdig. 110 Pf.
- „Heilbutt im Anschn. 65 Pf.

Preise für diese Woche!

In allen Verkaufsstellen gleiche Preise!

Deutsche Dampffischerei-Gesellschaft „Nordsee“

Hauptgeschäft:
Berlin C., Bahnhof Börse, Telefon III, 8804
Verkaufsstellen:
C., Bahnhof Börse, Bogen 8-10.
N., Invalidenstr. 131.
NO. Landsberger Str. 52/53.
O., Große Frankfurter Str. 85.
O., Madistraße, Bogen 8-9, Fruchtstraße gegenüber.
S., Prunzenstr. 94.
W., Potsdamer Str. 112a.
Charlottenburg: Wilmerdorfer Str. 111.
Spandau: Breitstr. 54.
Steglitz: Schloßstr. 121.
Zehlendorf: bei Herrn Karl Schön.

Eigene Eisenbahn-Kühnwaggons!

Steppdecken Spezialhaus

Emil Lefèvre

Berlin S. Seit 1882 nur Oranienstr. 158

Unterhalte nirgends Filialen!

- Steppdecken in voller Bettgröße
- Similiseide in den Farb. 5²⁵ bis 21⁰⁰
- Wolltias bord. blau 6⁷⁵ bis 27⁰⁰ oliv
- Daunendecken 25⁰⁰ bis 125⁰⁰
- Bunte Normal-Schlafdecken 2⁵⁰ 3⁵⁰ b. 18⁰⁰
- Wolldecken 3⁰⁰ 5⁰⁰ bis 20⁰⁰
- Kamelhaardecken 10, 14-36⁰⁰
- Spezialität der Firma (engl.) getigert
- Reisedecken 6, 8 bis 60 M.
- Nach auswärts per Nachnahme.

Weihnachts-Extralist u. Katalog

enorm billiger Geschenkartikel (600 Abbild.) gratis u. franko.

Aus Industrie und Handel.

Konzentration im Eisenhandel.

Die Generalversammlung der Firma Vereinigte Rabenlöcher Stabeisen- und Trägerhandlungen Aktiengesellschaft hat beschlossen, das Grundkapital der Gesellschaft von 8.500.000 M. auf 23.000.000 M. zu erhöhen und fortan die Firma „Deutscher Eisenhandel, Aktiengesellschaft“ anzunehmen.

Porzellanfabrik der A. G. G. Auf dem 300 Morgen großen Terrain am Großschiffahrtsweg zwischen Spandau und Hennigsdorf will die Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft eine Porzellanfabrik und eine Lackfabrik errichten.

Auf Kosten der Arbeiter. Unter vorstehender Etiketmarke brachten wir in unserer Nummer vom 27. November einen Hinweis auf das Sinken des Lohnkontos bei der Kaiser-Bräuerei.

Bräuerei E. Engelhardt Nachf. Nach dem Geschäftsbericht ist im letzten Jahre ein Reingewinn von 230.523 M. erzielt worden.

Aus der Lederindustrie. Der Produktionswert der Offenbach-Frankfurter Lederwarenindustrie wird auf Grund privater Erhebungen auf 35 Millionen Mark pro Jahr geschätzt.

Trugschwindel.

Der amerikanische Zuckertrost nimmt fortgesetzt das öffentliche Interesse in Anspruch. Er hat in frech-genialer Weise den Staat

um Millionen betrogen. Der Truft führt Rohzucker ein, den er in seinen Reinigungsanstalten der Läuterung unterzieht. Der Zoll auf Rohzucker ist verschieden. Je weniger unrein der Rohzucker und je größer demgemäß der Reingehalt an Zucker, desto höher der Zoll.

Die wirtschaftliche Entwicklung der Schweiz.

Die Schweiz gehört zu den Ländern Europas, die am meisten von der elektrischen Ausrüstung der Wasserkraft profitieren.

Table with 4 columns: Industriegruppe, Arbeiterzahl im Jahre 1901, 1907, and Steigerung Total in % v. 1901. Rows include Textilindustrie, Lederindustrie, Lebensmittel, etc.

Es ergibt sich aus dieser Tabelle, daß die Zahl der Fabrikarbeiter in dem Zeitraum von 1901 bis 1907 um 64.597 oder um 26,6 Prozent gestiegen ist.

Noch charakteristischer aber als die Zunahme der Fabrikarbeiter ist der Rückgang der kleinen landwirtschaftlichen Betriebe.

Table comparing land cultivation statistics for 1886 and 1906, categorized by Bauer im Nebenberuf, Kleinbauern, and Mittelbauern.

Man sieht, daß auch die Landwirtschaft ein immer mehr ausgesprochenes kapitalistisches Gepräge erhält.

Aus der Frauenbewegung.

Das Elend der bürgerlichen Frauenbewegung.

Neben dem kraftvollen Vorn der proletarischen Frauenbewegung nehmen sich die bürgerlichen Frauenbewegungen wie ein kümmerliches Pflänzlein aus.

Leseabende.

Wilmersdorf. Der nächste Leseabend findet am Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im Gesellschaftshaus, Wilhelmstraße 112, statt.

H. E. Eiders & Dyckhoff

Ausverkauf

in fertiger Herren- und Knaben-Kleidung

enorm unter Preis wegen Filial-Aufgabe

Oranien-Strasse 48

1 Posten Damen-Jacken, Mäntel, Röcke und Blusen aussergewöhnlich billig.

Ausverkauf nur Oranienstr. Ecke Luckauerstr. am Moritzplatz.



Sozialdemokratischer Wahlverein Rixdorf.
Den Parteigenossen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der **Richard**
Julius Herrmann
(10. Bezirk)
verstorben ist. 296/13
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Donnerstag, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des neuen Rixdorfer Friedhofes (Mariendorfer Weg) aus statt.
Lieber Beteiligter ersucht
Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der **Richard**
Otto Friedrich
am 29. v. M. an Lungenentzündung gestorben ist. 136/13
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet morgen Freitag, den 2. Dezember, nachmittags 2 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichshagen aus statt.
Rege Beteiligung erwartet.
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der **Richard**
Paul Hausadel
am 28. November gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 2. Dezember, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Thomaskirchhofes in Rixdorf, Hermannstraße, aus statt.
93/1 Die Ortsverwaltung.

An diesem Schild sind die Läden erkennbar,
SINGER
in denen Nähmaschinen verkauft werden.
Anstergültig in Konstruktion und Ausführung, gleich vorzüglich für Hausgebrauch u. Industrie.
Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges.
BERLIN, Leipziger Straße 92.
Läden in den verschiedenen Stadtteilen.

Rheumatismus
Gicht, Gliederreizen, Nervenschmerzen, Hüftweh, Geschwulst etc. sind oft unerträglich, daher gebraucht man sofort
Reichol's „Electricum“
(Echtes Kieselradel-Walwolliol) ein reines, unedliches Naturprodukt von fräftiger Wirkung, erlennter, nachhaltiger, schmerzstillender Wirkung. Fiasche M. 1.- und M. 2.-. Die Wirkung wird noch erhöht durch den inneren Gebrauch von Reichol's Wachholder-Extract „Medico“.
Flasche 75 Pf., M. 1.50 und M. 2.50.
Man nehme aber nur die echten Originalflaschen u. achte scharf auf die Marke „Wiedico“. In den Apotheken u. Drogerien erhältlich, wo nicht direkt in Otto Reichol, Berlin 43, Eisenbahnstr. 4.

Deutscher Holzarbeiter-Verband
Zahlstelle Rixdorf.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der **Richard**
Julius Hermann
am 25. November verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 2. Dezember, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Rixdorfer Friedhofes, Mariendorfer Weg, aus statt.
93/2 Die Ortsverwaltung.

Verband der Hafenarbeiter und verw. Berufsgen. Deutschlands.
Mitgliedschaft Berlin.
Am 29. November verstarb unser Mitglied
Hermann Oestreich
Beltsener, Streustr. 3.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Donnerstag, nachmittags 3 Uhr, aus dem Beltsener Friedhof, Rühlstraße, statt.
Dies den Mitgliedern zur Nachricht.
19/16 Der Vorstand.

Orts-Frankenkasse der Gürtler.
Die Wahl von 218 Delegierten, Vertretern der Klassenmitglieder zur Generalversammlung für 1910 und 1911, findet am Sonntag, den 5. d. Mts., im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, Saal 8, statt. Der Wahlakt beginnt um 1/10 Uhr vormittags und endet um 1 Uhr mittags. Wähler sind sämtliche großhändlerischen Mitglieder. Nur Quittungsbuch legitimiert.
Die Wahl von 109 Vertretern der Arbeitgeber zur Generalversammlung für 1910 und 1911 findet am Mittwoch, den 8. d. Mts., abends 8 1/2 Uhr, im Saale des Deutschen Hofes, Ludauer Str. 15, statt. 27116
Die Herren Arbeitgeber, welche für die von ihnen beschäftigten Klassenmitglieder Beiträge und eigenen Beiträge zahlen, werden zu dieser Wahl hierdurch ergebenst eingeladen. Quittung über gezahlte Beiträge legitimiert.
Berlin, den 2. Dezember 1909.
Der Vorstand.
E. Schmidt, Vorsitzender.

Sämtliche Gewinne
der
Königl. Preussischen Klassenlotterie
sofort ausgezahlt
durch **Karl Gehrla, Lotterielogeschäfte,**
Dresdener Straße 5, Brunnstraße 168, am Kottbuser Tor, nahe Invalidenstrasse.

Hygienische
Bedarfsartikel, Neuester Katalog
M. Empfehlung viel Ansehen Prof. grat. u. f. f. Unger, Baumgartenstr. 17
Berlin NW., Friedrichstrasse 17/19

Dauaufnag.
Für die Teilnahme bei der Beerdigung unseres lieben, guten Vaters und Schwiegervaters, des **Richard**
August Jeretzky
sagen hiermit unseren besten Dank.
29782 **K. Jeretzky u. Frau.**

Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, Moritzplatz, 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

Bildschön
ist ein zartes, reines Gesicht mit rosigen, jugendfrischen Aussehen, weißer, sammetweicher Haut und blendend schönem Teint! Alles dies erzeugt die echte:
Steckenpferd-Lilienmilch-Seife
von **Bergmann & Co., Radeboul-Dresden**
allein echt mit Schutzmarke: Steckenpferd.
à St. 50 Pf. in den Apotheken, Drogerien und Parfümerien.

Jedes Wort 10 Pfennig. Das erste Wort (festgedruckt) 20 Pf. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pf.; das erste Wort (festgedruckt) 10 Pf. Worte mit mehr als 18 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN
Für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Edition, Lindenstrasse 69, bis 3 Uhr angenommen.

Verkäufe.
Teppiche (fehlerhafte) Gelegenheitskauf. Fabriklager **Mauerhoff**, Große Frankfurterstraße 9, Auerling. Fortwärtsleiter 6 Prozent. Sonntags geöffnet.

4.00 prachtvolle Betten, daumige Federbetten 8.00, Kuchstener, Damalbede 2.90. Nur Handliche, Andreadstraße achtunddreißig.

Die Grundbegriffe der Wirtschaft. Eine populäre Einführung von **Julian Borchardt**. Preis 40 Pf. Expedition **Bornwärts**, Lindenstraße 69.

Wochel-Veredel, Oranienstraße 68 (direkt Vorplatz). In meiner seit 1879 bestehenden Möbelfabrik stehen in 5 Stagen komplette Wohn- und Schlafzimmereinrichtungen zu niedrigen Fabrikpreisen zum Verkauf. Unvergleichliche Leistungsfähigkeit. Englisches Schlafzimmer, Kuchbaum oder Saiten 228.-, modernes Schlafzimmer mit Anrichten 268.-, Speisezimmer mit Umbau 390.-, Herrenzimmer mit Umbau 451.-, 1. Zimmer und Küche 167.-, 348.-, modern 470.-, Bettstelle mit Matratze 21.-, englische Bettstelle mit Matratze 44.-, Kleiderständer 30.-, Truemeubel, geschliffen 33.-, Chaiselongue 22.-, Schlafsofa 35.-, Tischsofa 53.-, Teppiche 10.-, Gardinen, Vorhänge, Bekleidung ohne Kaufmann zu erben. 5 Jahre Garantie. Transport und Lagerung frei. Genüßliche Zahlungsbedingungen. Gedruckt 8-8. Sonntags 8-2. Kein Laden. Verkauf nur im Fabrikgebäude. Illustrierte Spezialofferte gratis und franko. 29348

Violinunterricht (neue, doppelt fördernde Methode bis zur Vollendung) gibt erprobener Künstler wöchentlich, auf Wunsch auch nur eine Lektion a. 1.25 M., bei zwei Schülern je 75 Pf. Offerten unter D. 2 Expedition des „Vorwärts“.

Lüchtige Uniformschneider
für Offizier-Röcke, Altwelten und Paletots, sowie solche für Offizier-Beinkleider werden bei dauernder Beschäftigung sofort gesucht für **Metz** (Schlag-Rohlingen), Priesterstr. 4 bis.

Teppiche (fehlerhafte) Gelegenheitskauf. Fabriklager **Mauerhoff**, Große Frankfurterstraße 9, Auerling. Fortwärtsleiter 6 Prozent. Sonntags geöffnet.

Wandbetten, zwei Doppelbetten, zwei Kissen, weißschliffen, 18.00, große Kissen 80 Pfennige.

Preis-Gütermarkt, reichgegliedert, 2.25, 3.00, 4.00, Bortierfleisch, Wiener 1.55 bis 2.00, Karf. Teppichhaus **Emil Reibore**, Oranienstraße 158. 29648

Wohel-Veredel, Oranienstraße 68 (direkt Vorplatz). In meiner seit 1879 bestehenden Möbelfabrik stehen in 5 Stagen komplette Wohn- und Schlafzimmereinrichtungen zu niedrigen Fabrikpreisen zum Verkauf. Unvergleichliche Leistungsfähigkeit. Englisches Schlafzimmer, Kuchbaum oder Saiten 228.-, modernes Schlafzimmer mit Anrichten 268.-, Speisezimmer mit Umbau 390.-, Herrenzimmer mit Umbau 451.-, 1. Zimmer und Küche 167.-, 348.-, modern 470.-, Bettstelle mit Matratze 21.-, englische Bettstelle mit Matratze 44.-, Kleiderständer 30.-, Truemeubel, geschliffen 33.-, Chaiselongue 22.-, Schlafsofa 35.-, Tischsofa 53.-, Teppiche 10.-, Gardinen, Vorhänge, Bekleidung ohne Kaufmann zu erben. 5 Jahre Garantie. Transport und Lagerung frei. Genüßliche Zahlungsbedingungen. Gedruckt 8-8. Sonntags 8-2. Kein Laden. Verkauf nur im Fabrikgebäude. Illustrierte Spezialofferte gratis und franko. 29348

Klavierkursus. Erwachsene Schnellmethode. Monatspreis 3.00. Klavierstunden frei. 20 Klaviere. Musikakademie Oranienstraße 147, Ruhigplatz. 191/19

Lüchtige Mechaniker
die schon auf Ausschlagteile für Pinette-Maschine gearbeitet haben, werden sofort gesucht. 258/12
Leipzig-Reudnitz, Feldstr. 27.

Teppiche (fehlerhafte) Gelegenheitskauf. Fabriklager **Mauerhoff**, Große Frankfurterstraße 9, Auerling. Fortwärtsleiter 6 Prozent. Sonntags geöffnet.

Wandbetten, zwei Doppelbetten, zwei Kissen, weißschliffen, 18.00, große Kissen 80 Pfennige.

Preis-Gütermarkt, reichgegliedert, 2.25, 3.00, 4.00, Bortierfleisch, Wiener 1.55 bis 2.00, Karf. Teppichhaus **Emil Reibore**, Oranienstraße 158. 29648

Wohel-Veredel, Oranienstraße 68 (direkt Vorplatz). In meiner seit 1879 bestehenden Möbelfabrik stehen in 5 Stagen komplette Wohn- und Schlafzimmereinrichtungen zu niedrigen Fabrikpreisen zum Verkauf. Unvergleichliche Leistungsfähigkeit. Englisches Schlafzimmer, Kuchbaum oder Saiten 228.-, modernes Schlafzimmer mit Anrichten 268.-, Speisezimmer mit Umbau 390.-, Herrenzimmer mit Umbau 451.-, 1. Zimmer und Küche 167.-, 348.-, modern 470.-, Bettstelle mit Matratze 21.-, englische Bettstelle mit Matratze 44.-, Kleiderständer 30.-, Truemeubel, geschliffen 33.-, Chaiselongue 22.-, Schlafsofa 35.-, Tischsofa 53.-, Teppiche 10.-, Gardinen, Vorhänge, Bekleidung ohne Kaufmann zu erben. 5 Jahre Garantie. Transport und Lagerung frei. Genüßliche Zahlungsbedingungen. Gedruckt 8-8. Sonntags 8-2. Kein Laden. Verkauf nur im Fabrikgebäude. Illustrierte Spezialofferte gratis und franko. 29348

Klavierkursus. Erwachsene Schnellmethode. Monatspreis 3.00. Klavierstunden frei. 20 Klaviere. Musikakademie Oranienstraße 147, Ruhigplatz. 191/19

Lüchtige Mechaniker
die schon auf Ausschlagteile für Pinette-Maschine gearbeitet haben, werden sofort gesucht. 258/12
Leipzig-Reudnitz, Feldstr. 27.

Teppiche (fehlerhafte) Gelegenheitskauf. Fabriklager **Mauerhoff**, Große Frankfurterstraße 9, Auerling. Fortwärtsleiter 6 Prozent. Sonntags geöffnet.

Wandbetten, zwei Doppelbetten, zwei Kissen, weißschliffen, 18.00, große Kissen 80 Pfennige.

Preis-Gütermarkt, reichgegliedert, 2.25, 3.00, 4.00, Bortierfleisch, Wiener 1.55 bis 2.00, Karf. Teppichhaus **Emil Reibore**, Oranienstraße 158. 29648

Wohel-Veredel, Oranienstraße 68 (direkt Vorplatz). In meiner seit 1879 bestehenden Möbelfabrik stehen in 5 Stagen komplette Wohn- und Schlafzimmereinrichtungen zu niedrigen Fabrikpreisen zum Verkauf. Unvergleichliche Leistungsfähigkeit. Englisches Schlafzimmer, Kuchbaum oder Saiten 228.-, modernes Schlafzimmer mit Anrichten 268.-, Speisezimmer mit Umbau 390.-, Herrenzimmer mit Umbau 451.-, 1. Zimmer und Küche 167.-, 348.-, modern 470.-, Bettstelle mit Matratze 21.-, englische Bettstelle mit Matratze 44.-, Kleiderständer 30.-, Truemeubel, geschliffen 33.-, Chaiselongue 22.-, Schlafsofa 35.-, Tischsofa 53.-, Teppiche 10.-, Gardinen, Vorhänge, Bekleidung ohne Kaufmann zu erben. 5 Jahre Garantie. Transport und Lagerung frei. Genüßliche Zahlungsbedingungen. Gedruckt 8-8. Sonntags 8-2. Kein Laden. Verkauf nur im Fabrikgebäude. Illustrierte Spezialofferte gratis und franko. 29348

Klavierkursus. Erwachsene Schnellmethode. Monatspreis 3.00. Klavierstunden frei. 20 Klaviere. Musikakademie Oranienstraße 147, Ruhigplatz. 191/19

Lüchtige Mechaniker
die schon auf Ausschlagteile für Pinette-Maschine gearbeitet haben, werden sofort gesucht. 258/12
Leipzig-Reudnitz, Feldstr. 27.

Teppiche (fehlerhafte) Gelegenheitskauf. Fabriklager **Mauerhoff**, Große Frankfurterstraße 9, Auerling. Fortwärtsleiter 6 Prozent. Sonntags geöffnet.

Wandbetten, zwei Doppelbetten, zwei Kissen, weißschliffen, 18.00, große Kissen 80 Pfennige.

Preis-Gütermarkt, reichgegliedert, 2.25, 3.00, 4.00, Bortierfleisch, Wiener 1.55 bis 2.00, Karf. Teppichhaus **Emil Reibore**, Oranienstraße 158. 29648

Wohel-Veredel, Oranienstraße 68 (direkt Vorplatz). In meiner seit 1879 bestehenden Möbelfabrik stehen in 5 Stagen komplette Wohn- und Schlafzimmereinrichtungen zu niedrigen Fabrikpreisen zum Verkauf. Unvergleichliche Leistungsfähigkeit. Englisches Schlafzimmer, Kuchbaum oder Saiten 228.-, modernes Schlafzimmer mit Anrichten 268.-, Speisezimmer mit Umbau 390.-, Herrenzimmer mit Umbau 451.-, 1. Zimmer und Küche 167.-, 348.-, modern 470.-, Bettstelle mit Matratze 21.-, englische Bettstelle mit Matratze 44.-, Kleiderständer 30.-, Truemeubel, geschliffen 33.-, Chaiselongue 22.-, Schlafsofa 35.-, Tischsofa 53.-, Teppiche 10.-, Gardinen, Vorhänge, Bekleidung ohne Kaufmann zu erben. 5 Jahre Garantie. Transport und Lagerung frei. Genüßliche Zahlungsbedingungen. Gedruckt 8-8. Sonntags 8-2. Kein Laden. Verkauf nur im Fabrikgebäude. Illustrierte Spezialofferte gratis und franko. 29348

Klavierkursus. Erwachsene Schnellmethode. Monatspreis 3.00. Klavierstunden frei. 20 Klaviere. Musikakademie Oranienstraße 147, Ruhigplatz. 191/19

Lüchtige Mechaniker
die schon auf Ausschlagteile für Pinette-Maschine gearbeitet haben, werden sofort gesucht. 258/12
Leipzig-Reudnitz, Feldstr. 27.

Teppiche (fehlerhafte) Gelegenheitskauf. Fabriklager **Mauerhoff**, Große Frankfurterstraße 9, Auerling. Fortwärtsleiter 6 Prozent. Sonntags geöffnet.

Wandbetten, zwei Doppelbetten, zwei Kissen, weißschliffen, 18.00, große Kissen 80 Pfennige.

Preis-Gütermarkt, reichgegliedert, 2.25, 3.00, 4.00, Bortierfleisch, Wiener 1.55 bis 2.00, Karf. Teppichhaus **Emil Reibore**, Oranienstraße 158. 29648

Wohel-Veredel, Oranienstraße 68 (direkt Vorplatz). In meiner seit 1879 bestehenden Möbelfabrik stehen in 5 Stagen komplette Wohn- und Schlafzimmereinrichtungen zu niedrigen Fabrikpreisen zum Verkauf. Unvergleichliche Leistungsfähigkeit. Englisches Schlafzimmer, Kuchbaum oder Saiten 228.-, modernes Schlafzimmer mit Anrichten 268.-, Speisezimmer mit Umbau 390.-, Herrenzimmer mit Umbau 451.-, 1. Zimmer und Küche 167.-, 348.-, modern 470.-, Bettstelle mit Matratze 21.-, englische Bettstelle mit Matratze 44.-, Kleiderständer 30.-, Truemeubel, geschliffen 33.-, Chaiselongue 22.-, Schlafsofa 35.-, Tischsofa 53.-, Teppiche 10.-, Gardinen, Vorhänge, Bekleidung ohne Kaufmann zu erben. 5 Jahre Garantie. Transport und Lagerung frei. Genüßliche Zahlungsbedingungen. Gedruckt 8-8. Sonntags 8-2. Kein Laden. Verkauf nur im Fabrikgebäude. Illustrierte Spezialofferte gratis und franko. 29348

Klavierkursus. Erwachsene Schnellmethode. Monatspreis 3.00. Klavierstunden frei. 20 Klaviere. Musikakademie Oranienstraße 147, Ruhigplatz. 191/19

Lüchtige Mechaniker
die schon auf Ausschlagteile für Pinette-Maschine gearbeitet haben, werden sofort gesucht. 258/12
Leipzig-Reudnitz, Feldstr. 27.

Teppiche (fehlerhafte) Gelegenheitskauf. Fabriklager **Mauerhoff**, Große Frankfurterstraße 9, Auerling. Fortwärtsleiter 6 Prozent. Sonntags geöffnet.

Wandbetten, zwei Doppelbetten, zwei Kissen, weißschliffen, 18.00, große Kissen 80 Pfennige.

Preis-Gütermarkt, reichgegliedert, 2.25, 3.00, 4.00, Bortierfleisch, Wiener 1.55 bis 2.00, Karf. Teppichhaus **Emil Reibore**, Oranienstraße 158. 29648

Wohel-Veredel, Oranienstraße 68 (direkt Vorplatz). In meiner seit 1879 bestehenden Möbelfabrik stehen in 5 Stagen komplette Wohn- und Schlafzimmereinrichtungen zu niedrigen Fabrikpreisen zum Verkauf. Unvergleichliche Leistungsfähigkeit. Englisches Schlafzimmer, Kuchbaum oder Saiten 228.-, modernes Schlafzimmer mit Anrichten 268.-, Speisezimmer mit Umbau 390.-, Herrenzimmer mit Umbau 451.-, 1. Zimmer und Küche 167.-, 348.-, modern 470.-, Bettstelle mit Matratze 21.-, englische Bettstelle mit Matratze 44.-, Kleiderständer 30.-, Truemeubel, geschliffen 33.-, Chaiselongue 22.-, Schlafsofa 35.-, Tischsofa 53.-, Teppiche 10.-, Gardinen, Vorhänge, Bekleidung ohne Kaufmann zu erben. 5 Jahre Garantie. Transport und Lagerung frei. Genüßliche Zahlungsbedingungen. Gedruckt 8-8. Sonntags 8-2. Kein Laden. Verkauf nur im Fabrikgebäude. Illustrierte Spezialofferte gratis und franko. 29348

Klavierkursus. Erwachsene Schnellmethode. Monatspreis 3.00. Klavierstunden frei. 20 Klaviere. Musikakademie Oranienstraße 147, Ruhigplatz. 191/19

Lüchtige Mechaniker
die schon auf Ausschlagteile für Pinette-Maschine gearbeitet haben, werden sofort gesucht. 258/12
Leipzig-Reudnitz, Feldstr. 27.

Teppiche (fehlerhafte) Gelegenheitskauf. Fabriklager **Mauerhoff**, Große Frankfurterstraße 9, Auerling. Fortwärtsleiter 6 Prozent. Sonntags geöffnet.

Wandbetten, zwei Doppelbetten, zwei Kissen, weißschliffen, 18.00, große Kissen 80 Pfennige.

Preis-Gütermarkt, reichgegliedert, 2.25, 3.00, 4.00, Bortierfleisch, Wiener 1.55 bis 2.00, Karf. Teppichhaus **Emil Reibore**, Oranienstraße 158. 29648

Wohel-Veredel, Oranienstraße 68 (direkt Vorplatz). In meiner seit 1879 bestehenden Möbelfabrik stehen in 5 Stagen komplette Wohn- und Schlafzimmereinrichtungen zu niedrigen Fabrikpreisen zum Verkauf. Unvergleichliche Leistungsfähigkeit. Englisches Schlafzimmer, Kuchbaum oder Saiten 228.-, modernes Schlafzimmer mit Anrichten 268.-, Speisezimmer mit Umbau 390.-, Herrenzimmer mit Umbau 451.-, 1. Zimmer und Küche 167.-, 348.-, modern 470.-, Bettstelle mit Matratze 21.-, englische Bettstelle mit Matratze 44.-, Kleiderständer 30.-, Truemeubel, geschliffen 33.-, Chaiselongue 22.-, Schlafsofa 35.-, Tischsofa 53.-, Teppiche 10.-, Gardinen, Vorhänge, Bekleidung ohne Kaufmann zu erben. 5 Jahre Garantie. Transport und Lagerung frei. Genüßliche Zahlungsbedingungen. Gedruckt 8-8. Sonntags 8-2. Kein Laden. Verkauf nur im Fabrikgebäude. Illustrierte Spezialofferte gratis und franko. 29348

Klavierkursus. Erwachsene Schnellmethode. Monatspreis 3.00. Klavierstunden frei. 20 Klaviere. Musikakademie Oranienstraße 147, Ruhigplatz. 191/19

Lüchtige Mechaniker
die schon auf Ausschlagteile für Pinette-Maschine gearbeitet haben, werden sofort gesucht. 258/12
Leipzig-Reudnitz, Feldstr. 27.

Teppiche (fehlerhafte) Gelegenheitskauf. Fabriklager **Mauerhoff**, Große Frankfurterstraße 9, Auerling. Fortwärtsleiter 6 Prozent. Sonntags geöffnet.

Wandbetten, zwei Doppelbetten, zwei Kissen, weißschliffen, 18.00, große Kissen 80 Pfennige.

Preis-Gütermarkt, reichgegliedert, 2.25, 3.00, 4.00, Bortierfleisch, Wiener 1.55 bis 2.00, Karf. Teppichhaus **Emil Reibore**, Oranienstraße 158. 29648

Wohel-Veredel, Oranienstraße 68 (direkt Vorplatz). In meiner seit 1879 bestehenden Möbelfabrik stehen in 5 Stagen komplette Wohn- und Schlafzimmereinrichtungen zu niedrigen Fabrikpreisen zum Verkauf. Unvergleichliche Leistungsfähigkeit. Englisches Schlafzimmer, Kuchbaum oder Saiten 228.-, modernes Schlafzimmer mit Anrichten 268.-, Speisezimmer mit Umbau 390.-, Herrenzimmer mit Umbau 451.-, 1. Zimmer und Küche 167.-, 348.-, modern 470.-, Bettstelle mit Matratze 21.-, englische Bettstelle mit Matratze 44.-, Kleiderständer 30.-, Truemeubel, geschliffen 33.-, Chaiselongue 22.-, Schlafsofa 35.-, Tischsofa 53.-, Teppiche 10.-, Gardinen, Vorhänge, Bekleidung ohne Kaufmann zu erben. 5 Jahre Garantie. Transport und Lagerung frei. Genüßliche Zahlungsbedingungen. Gedruckt 8-8. Sonntags 8-2. Kein Laden. Verkauf nur im Fabrikgebäude. Illustrierte Spezialofferte gratis und franko. 29348

Klavierkursus. Erwachsene Schnellmethode. Monatspreis 3.00. Klavierstunden frei. 20 Klaviere. Musikakademie Oranienstraße 147, Ruhigplatz. 191/19

Lüchtige Mechaniker
die schon auf Ausschlagteile für Pinette-Maschine gearbeitet haben, werden sofort gesucht. 258/12
Leipzig-Reudnitz, Feldstr. 27.

Teppiche (fehlerhafte) Gelegenheitskauf. Fabriklager **Mauerhoff**, Große Frankfurterstraße 9, Auerling. Fortwärtsleiter 6 Prozent. Sonntags geöffnet.

Wandbetten, zwei Doppelbetten, zwei Kissen, weißschliffen, 18.00, große Kissen 80 Pfennige.

Preis-Gütermarkt, reichgegliedert, 2.25, 3.00, 4.00, Bortierfleisch, Wiener 1.55 bis 2.00, Karf. Teppichhaus **Emil Reibore**, Oranienstraße 158. 29648

Wohel-Veredel, Oranienstraße 68 (direkt Vorplatz). In meiner seit 1879 bestehenden Möbelfabrik stehen in 5 Stagen komplette Wohn- und Schlafzimmereinrichtungen zu niedrigen Fabrikpreisen zum Verkauf. Unvergleichliche Leistungsfähigkeit. Englisches Schlafzimmer, Kuchbaum oder Saiten 228.-, modernes Schlafzimmer mit Anrichten 268.-, Speisezimmer mit Umbau 390.-, Herrenzimmer mit Umbau 451.-, 1. Zimmer und Küche 167.-, 348.-, modern 470.-, Bettstelle mit Matratze 21.-, englische Bettstelle mit Matratze 44.-, Kleiderständer 30.-, Truemeubel, geschliffen 33.-, Chaiselongue 22.-, Schlafsofa 35.-, Tischsofa 53.-, Teppiche 10.-, Gardinen, Vorhänge, Bekleidung ohne Kaufmann zu erben. 5 Jahre Garantie. Transport und Lagerung frei. Genüßliche Zahlungsbedingungen. Gedruckt 8-8. Sonntags 8-2. Kein Laden. Verkauf nur im Fabrikgebäude. Illustrierte Spezialofferte gratis und franko. 29348

Klavierkursus. Erwachsene Schnellmethode. Monatspreis 3.00. Klavierstunden frei. 20 Klaviere. Musikakademie Oranienstraße 147, Ruhigplatz. 191/19

Lüchtige Mechaniker
die schon auf Ausschlagteile für Pinette-Maschine gearbeitet haben, werden sofort gesucht. 258/12
Leipzig-Reudnitz, Feldstr. 27.

Teppiche (fehlerhafte) Gelegenheitskauf. Fabriklager **Mauerhoff**, Große Frankfurterstraße 9, Auerling. Fortwärtsleiter 6 Prozent. Sonntags geöffnet.

Wandbetten, zwei Doppelbetten, zwei Kissen, weißschliffen, 18.00, große Kissen 80 Pfennige.

Preis-Gütermarkt, reichgegliedert, 2.25, 3.00, 4.00, Bortierfleisch, Wiener 1.55 bis 2.00, Karf. Teppichhaus **Emil Reibore**, Oranienstraße 158. 29648

Wohel-Veredel, Oranienstraße 68 (direkt Vorplatz). In meiner seit 1879 bestehenden Möbelfabrik stehen in 5 Stagen komplette Wohn- und Schlafzimmereinrichtungen zu niedrigen Fabrikpreisen zum Verkauf. Unvergleichliche Leistungsfähigkeit. Englisches Schlafzimmer, Kuchbaum oder Saiten 228.-, modernes Schlafzimmer mit Anrichten 268.-, Speisezimmer mit Umbau 390.-, Herrenzimmer mit Umbau 451.-, 1. Zimmer und Küche 167.-, 348.-, modern 470.-, Bettstelle mit Matratze 21.-, englische Bettstelle mit Matratze 44.-, Kleiderständer 30.-, Truemeubel, geschliffen 33.-, Chaiselongue 22.-, Schlafsofa 35.-, Tischsofa 53.-, Teppiche 10.-, Gardinen, Vorhänge, Bekleidung ohne Kaufmann zu erben. 5 Jahre Garantie. Transport und Lagerung frei. Genüßliche Zahlungsbedingungen. Gedruckt 8-8. Sonntags 8-2. Kein Laden. Verkauf nur im Fabrikgebäude. Illustrierte Spezialofferte gratis und franko. 29348

Klavierkursus. Erwachsene Schnellmethode. Monatspreis 3.00. Klavierstunden frei. 20 Klaviere. Musikakademie Oranienstraße 147, Ruhigplatz. 191/19

Lüchtige Mechaniker
die schon auf Ausschlagteile für Pinette-Maschine gearbeitet haben, werden sofort gesucht. 258/12
Leipzig-Reudnitz, Feldstr. 27.

Teppiche (fehlerhafte) Gelegenheitskauf. Fabriklager **Mauerhoff**, Große Frankfurterstraße 9, Auerling. Fortwärtsleiter 6 Prozent. Sonntags geöffnet.

Wandbetten, zwei Doppelbetten, zwei Kissen, weißschliffen, 18.00, große Kissen 80 Pfennige.

Preis-Gütermarkt, reichgegliedert, 2.25, 3.00, 4.00, Bortierfleisch, Wiener 1.55 bis 2.00, Karf. Teppichhaus **Emil Reibore**, Oranienstraße 158. 29648

Wohel-Veredel, Oranienstraße 68 (direkt Vorplatz). In meiner seit 1879 bestehenden Möbelfabrik stehen in 5 Stagen komplette Wohn- und Schlafzimmereinrichtungen zu niedrigen Fabrikpreisen zum Verkauf. Unvergleichliche Leistungsfähigkeit. Englisches Schlafzimmer, Kuchbaum oder Saiten 228.-, modernes Schlafzimmer mit Anrichten 268.-, Speisezimmer mit Umbau 390.-, Herrenzimmer mit Umbau 451.-, 1. Zimmer und Küche 167.-, 348.-, modern 470.-, Bettstelle mit Matratze 21.-, englische Bettstelle mit Matratze 44.-, Kleiderständer 30.-, Truemeubel, geschliffen 33.-, Chaiselongue 22.-, Schlafsofa 35.-, Tischsofa 53.-, Teppiche 10.-, Gardinen, Vorhänge, Bekleidung ohne Kaufmann zu erben. 5 Jahre Garantie. Transport und Lagerung frei. Genüßliche Zahlungsbedingungen. Gedruckt 8-8. Sonntags 8-2. Kein Laden. Verkauf nur im Fabrikgebäude. Illustrierte Spezialofferte gratis und franko. 29348

Klavierkursus. Erwachsene Schnellmethode. Monatspreis 3.00. Klavierstunden frei. 20 Klaviere. Musikakademie Oranienstraße 147, Ruhigplatz. 191/19

Lüchtige Mechaniker
die schon auf Ausschlagteile für Pinette-Maschine gearbeitet haben, werden sofort gesucht. 258/12
Leipzig-Reudnitz, Feldstr. 27.

Teppiche (fehlerhafte) Gelegenheitskauf. Fabriklager **Mauerhoff**, Große Frankfurterstraße 9, Auerling. Fortwärtsleiter 6 Prozent. Sonntags geöffnet.

Wandbetten, zwei Doppelbetten, zwei Kissen, weißschliffen, 18.00, große Kissen 80 Pfennige.

Preis-Gütermarkt, reichgegliedert, 2.25, 3.00, 4.00, Bortierfleisch, Wiener 1.55 bis 2.00, Karf. Teppichhaus **Emil Reibore**, Oranienstraße 158. 29648

Wohel-Veredel, Oranienstraße 68 (direkt Vorplatz). In meiner seit 1879